

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

12. Mai 1977
Jg. 5 Nr. 19 (19)

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 – Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21060 C

Drei Ereignisse, die zusammenhängen

– Die Regierung der UdSSR hat der Regierung Ägyptens mit „Konsequenzen" gedroht, falls sie ihre „Einmischung" in Zaire fortsetze. Ägypten hatte auf Wunsch der Regierung von Zaire und als Ausdruck der arabisch-afrikanischen Einheit 50 Piloten entsandt, um einen wirkungsvollen Einsatz der jungen Luftwaffe von Zaire gegen die Söldnertruppen des Sozialimperialismus zu ermöglichen.

– Der außenpolitische Ausschuß des US-Kongresses hat empfohlen, der Regierung von Zaire ab sofort die Kredite zum Ankauf von militärischem Nachschub in den USA drastisch zu kürzen, wegen der „komplexen Situation" in diesem Land. „Es sei gegenwärtig nicht klar, ob es sich bei dem ‚Einmarsch' in die Provinz Shaba tatsächlich um eine von Angola, Kuba und der Sowjetunion unterstützte Invasion handle. Zudem lasse die Leitung der zairischen Wirtschaft durch die Regierung Mobutu ebenso zu wünschen übrig wie dessen Popularität im Volk." (Süddeutsche Zeitung, 4. Mai 1977)

– In Shaba nahmen zairische Truppen sieben westeuropäische Journalisten,
– In Shaba nahmen zairische Truppen sieben westeuropäische Journalisten,
darunter zwei Lumpen vom „Stern", fest, die sich nach Vereinbarung mit den Invasionstruppen des Generals Mbumba illegal ins Land geschlichen hatten, um zu schnüffeln und zu spionieren. Die Regierung Zaires erklärte, reine Großzügigkeit habe die Schnüffler vor der sofortigen standrechtlichen Erschießung bewahrt.

Wie ein Rudel Wölfe versuchen die Sozialimperialisten, US-Imperialisten und Imperialisten Westeuropas sich die erhoffte Beute zuzutreiben. Schwächung der Regierung, Zerstückelung des Landes, Aufhetzung der Völker Afrikas gegeneinander und Aufteilung des Kontinents in Einflußsphären ist ihr gemeinsames Ziel.

Loyalistischer Streik in Nordirland zusammengebrochen

Der in der letzten Woche in Nordirland von der loyalistischen Reaktion unter Führung des Pfaffen Paisley ausgerufene „Generalstreik" ist zusammengebrochen. Mehr als 80 Prozent der protestantischen Arbeiter haben den Streik nicht befolgt, so die meisten Arbeiter bei Harland & Wolff, der größten britischen Werft. 200 Arbeiter eines Werkes in Ulster, die im Streik für Lohn stehen, haben diesen für die Dauer des Loyalistenstreiks unterbrochen. Die Arbeiter des Elektrizitätswerks von Ballylumford, das zwei Drittel der Elektrizität Nordirlands liefert, haben gegen den Streik gestimmt. Die loyalistische Reaktion wollte die Ablösung der britischen Direktherrschaft durch Errichtung einer klerikal-faschistischen Diktatur erzwingen. 1974 hatten die protestantischen Arbeiter in einem Generalstreik unter Führung des Arbeiterrats von Ulster die von den britischen Imperialisten eingerichtete Marionettenregierung gestürzt. Damals hatten die Arbeiter gegen die kleinbürgerliche Reaktion die Führung ergriffen und sich mehr und mehr gegen den britischen Imperialismus selbst gewandt. An diesen Streik wollte die loyalistische Reaktion jetzt anknüpfen. Das ist nicht gelungen.

Große Demonstrationen gegen den Landraub der Zionisten

Der Kolonialstaat Israel verstärkt den Landraub in den besetzten arabischen Gebieten. Jetzt werden im Westjordanland mit offizieller Regierungserlaubnis Siedlungen angelegt. Vor zwei Wochen wurde dazu 10 Kilometer von Nablus entfernt der erste Boden palästinensischer Bauern beschlagnahmt. Bisher hatte das Siedlerregime diese Besiedlungen „offiziell untersagt", tatsächlich bereits gefördert. Der Brückenkopf des US-Imperialismus im Nahen Osten beruht ökonomisch und politisch auf Raub. Durch neuen Raub, so hoffen die Imperialisten, können die ökonomischen Schwierigkeiten des Kolonialstaats gedämpft und die Widersprüche innerhalb der Siedlergesellschaft notdürftig geklammert werden.

Gegen den Staat Israel und besonders die neue Landnahme in den besetzten Gebieten nimmt der Kampf der palästinensischen Massen einen weiteren Aufschwung. Die Zionisten antworten mit Terrorisierung. Nach Angriffen mit Steinen auf Fahrzeuge der Siedlerarmee durch die Massen erschossen Soldaten der Siedlerregierung zwei Araber. Der Ausnahmezustand wurde verhängt. Ruhe kann das den Zionisten nicht schaffen. In der letzten Woche führten die Volksmassen unter Führung der PLO in Nablus, Ramallah und Denechin große Demonstrationen und Angriffe auf die Besatzungsarmee durch. Zu Demonstrationen kam es auch in Klandia, einer Vorstadt Jerusalems.

Die Finanzbourgeoisie braucht die SPD

Die „Selbstreinigung" der SPD soll die Herrschaft des Reformismus festigen

Mitte letzter Woche sind die Arbeitslosenzahlen herausgekommen. Trotz Frühjahr und April sind die Arbeitslosenzahlen praktisch nicht gesunken und bleibt es bei über einer Million, die als Arbeitslose registriert sind. Der Mechanismus, über die Rentenversicherung die Arbeitslosenversicherung in die Zange zu nehmen und unter Hinweis auf den drohenden Bankrott beider Versicherungen die Lage der Rentner wie der Arbeitslosen zu drücken, kommt in Gang. Stingl, hochbezahlter Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, wurde im Fernsehen gefragt, ob durch die gleichbleibende Arbeitslosigkeit und die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit auch dieses Jahr die Million nicht unterschreiten wird,
die Arbeitslosigkeit auch dieses Jahr die Million nicht unterschreiten wird,
nicht die Pläne gefährdet würden, Gelder aus der Arbeitslosenversicherung an die Rentenversicherung zu übertragen. Nein, hat er gesagt, vorläufig nicht. Die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung gingen trotzdem zurück. Die Maßnahmen der Bundesregierung beginnen zu greifen. Immer häufiger werden Arbeitslose vorübergehend ausgesteuert und wird ihnen das Arbeitslosengeld vorenthalten. Auch wirken sich die sinkenden Löhne aus. Die Arbeitslosengelder stagnieren. Dennoch, über kurz oder lang, wird die Bourgeoisie erneut unter Hinweis auf Defizite in der Arbeitslosenversicherung und der Rentenversicherung über Beitragserhöhungen debattieren. Nach einiger Debatte werden die Beiträge erhöht werden, und als Kompromiß wird nach Abwägung aller Interessen herauskommen, daß auch die Leistungen der Versicherungen gekürzt werden sollen, damit man mit „bescheidenen Beitragserhöhungen" auskommt.

Apel hat vor Steuerberatern in einem Vortrag ausgeführt: Um die zunehmende Belastung der Lohnsteuerzahler zu begrenzen, müsse man die Mehrwertsteuer erhöhen. Da die Lohnsteuer automatisch steigt und weiter steigen wird bei jeder noch so geringen Lohnerhöhung, heißt das einfach: Bei der Lohnsteuer funktioniert die Steuerschraube von allein, und wir können es uns nicht leisten, sie durch Gesetz noch weiter anzuziehen. Also machen wir es über die Erhöhung der indirekten Steuern.

Es ist klar, von dieser Regierung ist jede Gemeinheit zu erwarten, und keine Frechheit ist ihr zu dreist, wenn es darum geht, den Lohnabhängigen Gelder aus der Tasche zu ziehen und sie den Kapitalisten als Ausgleich für die sinkende Profitrate über den Tisch zu schieben. Daß ein ähnlicher Schachzug für die Renten- und Arbeitslosenversicherung bereits in den zuständigen Ministerien geplant wird und die Referenten bereits über Entwürfen brüten, dafür kann man die Hand ins Feuer legen. Wer Wetten darauf abschließt, wird sie gewinnen.

In der Innenpolitik hat die Regierung einiges vor. Aber in der Außenpolitik muß sie ebenfalls Aktivität zeigen. Im „Nord-Süd-Dialog" will die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den USA die Forderung der Dritten Welt nach einem Weltrohstofffonds, durch den die Ausplünderung der Dritten Welt über den Weltmarkt eingeschränkt werden soll, zu Fall bringen.

ten Welt nach einem Weltrohstoff-

In der imperialistischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt gilt es, die Bestrebungen der Konkurrenten, ihren inneren Markt gegen Importe abzusichern, so weit wie möglich zu verhindern und gleichzeitig die Kapitalisten des eigenen Landes vor Importen zu sichern. Ein schwieriges Geschäft, dem der Wirtschaftsgipfel in London gewidmet war, und wobei es mit der Gemeinsamkeit unter den Imperialisten gleich vorbei ist, auch mit der Gemeinsamkeit zwischen dem US-Imperialismus und dem BRD-Imperialismus. Das Tauziehen um das Brasiliengeschäft war bloß ein Vorgeschmack für die Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Der Sozialimperialismus zeigt Bestrebungen, den Druck auf Berlin zu verschärfen und diesen Brückenkopf der NATO im eigenen Einflußbereich unter Kontrolle zu bekommen. Eine Moskaureise Genschers und eine Zusammenkunft zwischen Breschnew und Schmidt steht bevor.

und dem BRD-Imperialismus. Das

In der EG, wo es für den BRD-Imperialismus um Hegemonie und Schaffung einer Hausmacht geht, mit der man sich in der Welt sehen lassen kann,

(Fortsetzung Seite 2)

(Fortsetzung Seite 2)



Praktisches Jahr heißt für die Medizinstudenten: 40-Stundenwoche, kein Lohn, keine Arbeitszeitregelung, kein Urlaub, kein Kündigungsrecht, keine gewerkschaftlichen und politischen Rechte, kein Streikrecht, Unterwerfung unter die Willkür des Dienstherrn, des jeweiligen Klinikchefs. Ca. 20 000 Medizinstudenten in ganz Westdeutschland stehen gegenwärtig im Streik dagegen unter den Forderungen: Ausbildungs- und Tarifvertrag! 700 DM Ausbildungsvergütung! Gewerkschaftliche und politische Rechte einschließlich Streikrecht! Vertretung durch den Personalrat! (Siehe Berichte Seite 4 und 10) Das Bild zeigt die Demonstration der Medizinstudenten am 7.9. in Westberlin.

Die Unterstützung des Kampfes der Soldaten ist notwendig

Soldaten und Reservistentage am 28.5. in Hannover, Köln und München

Oldenburg ist die größte westdeutsche Garnisonsstadt und Sitz des Kommandos der 11. Panzergrenadierdivision. Dort gibt es auch eine große Fabrik des AEG-Konzerns, in der über 3 000 Arbeiter ausgebeutet werden.

Zum 1. Mai hatten die Sozialdemokraten Willy Brandt, den abgeschminkten Reformprediger der Finanzbourgeoisie, als Redner auf der DGB-Kundgebung in diese Stadt geschickt. Vor 1 000 Gewerkschaftsmitgliedern pries er die Stärke Westdeutschlands in der Welt und redete von der Aufgabe, die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt noch zu vergrößern. Er propagierte das „Recht auf Arbeit", das es also das höchste Glück sei, wenn der Arbeiter einen Ausbeuter findet. Mitten während der Brandt-Rede haben drei Soldaten in Uniform ein Transparent mit der Forderung nach Lohnfortzahlung für Wehrpflichtige erhoben. Bald kamen Feldjäger angerückt, um die Soldaten aus der Maikundgebung heraus zu verhaften. Polizei stand einsatzbereit im Hintergrund. Der Plan der Bundeswehrführung ging fehl. Die Feldjäger haben sich nämlich Prügel von den Arbeitern eingefangen.

In der letzten Woche stand dann in der Zeitung, daß der Kommandeur der 11. Panzergrenadierdevision den Feldjäger-Einsatz „bedauere". Durch die Niederlage war er zum Rückzug gezwungen. Der Kampf um die Forderungen geht weiter: Während der Kommandeur neben seinem öffentlichen Rückzieher die Soldaten in der Armee mit Disziplinarmaßnahmen verfogen will, wird in den Kasernen von den Mannschaften die Aktion begrüßt und wächst die Unterstützung für die Forderung. In der Pommern-Kaserne in Fürstenau haben 167 Soldaten mit ihrer Unterschrift die Aktion und die Forderung begrüßt. Und sie erklären: „Deshalb halten wir es für richtig, daß am 28. Mai in Hannover, Köln und München Soldaten- und Reservistentage durchgeführt werden, wo wir für unsere Forderungen demonstrieren werden." Unter den Arbeitern und unter der Jugend wird über die Maikundgebung diskutiert und wird die Aktion der Soldaten und ihre Forderungen begrüßt.

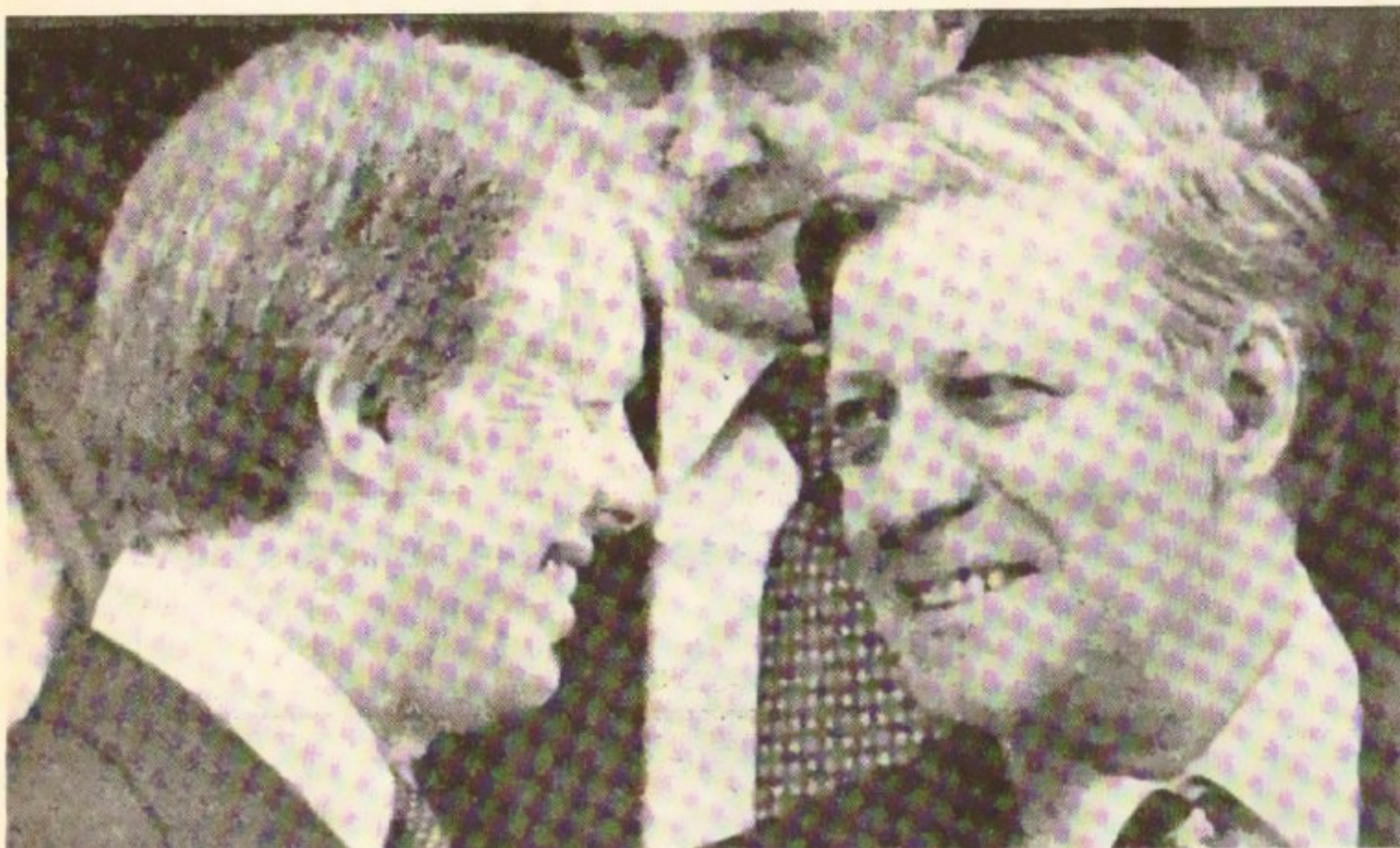
So wie in Oldenburg hatten sie überall in der BRD am 1. Mai die wehrpflichtigen Arbeiter in den Kampf der ganzen Arbeiterbewegung eingereiht, sie haben für ihre Forderungen die Unterstützung der ganzen Arbeiterklasse.

In Neumünster haben die Körperschaften der GEW und der ÖTV das Vorgehen der Staatsmacht gegen die Beteiligung der Soldaten in Uniform an der gewerkschaftlichen Maidemonstration verurteilt und haben die Forderungen nach Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht begrüßt. Die Forderung nach Lohnfortzahlung wird unterstützt, weil die Arbeiterklasse es nicht duldet, daß ein Teil von ihr durch den bürgerlichen Staat in einem völlig entrechteten Zustand gehalten wird und durch Befehl und Gehorsam dazu gebracht werden soll, gegen die eigenen Klassenbrüder und die Völker der Welt für die Interessen der Imperialisten zu Felde zu ziehen.

Jeder Arbeiter, jeder Bauer, jeder Schüler und Student hat in verschiedenen Auseinandersetzungen bittere Erfahrungen mit der Armee und der Polizei gemacht. Die Erfahrung sitzt tiefliegend, daß diese bewaffneten Formationen einem feindlich gegenüberstehen. Aber jeder kennt auch die Beispiele, wo die Polizei nicht einsetzbar war, weil es gelang, die Gemeinsamkeit der Interessen mit den einfachen Polizisten herzustellen und so die Polizei zu spalten. Wenn jetzt die Soldatenbewegung in den Kasernen immer machtvoller für Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht für Zeitsoldaten und Polizisten kämpft, dann ist es Sache der ganzen Arbeiterklasse und des Volkes, diese Kämpfe kraftvoll zu unterstützen und so die Zersetzung der Armee und der Polizei voranzutreiben.

Solange die imperialistische Staatsmaschine durch die proletarische Revolution nicht zerbrochen ist, stoßen

(Fortsetzung Seite 2)



„Helmut, sag Jimmy zu mir"

Auf dem Londoner Wirtschaftsgipfel haben die vereinigten westlichen Verbündeten ausgelotet, welcher Verbündete in Gemeinschaft mit welchen Verbündeten welche Verbündete ausnehmen kann. Wichtige Tatsache bei sowas: Wer wo wieviel zu spät kam. Wer wann mit wem unter Ausschluß von wem auf dem Klo war.

Zwischen Carter und Schmidt kam es zu einem Kompagnongeschäft. Carter segnet das Brasilien-Reaktorgeschäft nachträglich ein. Die BRD stellt sich nicht gegen die umfassenden Einfuhrbeschränkungen, mit denen Jimmy Carter den US-Markt dicht machen will, wobei er gleichzeitig die Öffnung der Märkte der Verbündeten verlangt. Die BRD-Imperialisten können dies Kompagnongeschäft gut machen. Sie gehen immer stärker zum Kapitalexport in die USA über und haben insofern von diesen Maßnahmen nicht nur Verluste.

Aber auch diese beiden Hyänen beschnuppern sich nur dem Anschein nach freundschaftlich. In Wirklichkeit geht es darum, die gegenseitigen Schwachpunkte immer besser herauszufinden. Je intimer es wird, um so gefährlicher.

Protektionismus

Dem Wortsinn nach kommt Protektionismus von „schützen". Schützen sich die Länder der Dritten Welt, um eigene Industrie aufzubauen, so ist das Geschrei der Imperialisten groß. Ein Verbrechen gegen den freien Handel. Dasselbe jedoch ist eine beliebte Maßnahme im Handelskrieg, wenn sich die Kapitalisten des einen Landes mit den Kapitalisten eines anderen um den Markt prügeln. Die eingeführte Ware wird mit Zoll belegt und verteuert gegenüber den inländischen. Quoten und Einfuhrkontingente legen Höchstmenge oder Höchstwerte für die Einfuhr bestimmter Waren oder bestimmter Waren bestimmter Länder fest. Der eine darf mehr, der andere weniger, mal wird die Einfuhr ganz verboten. Handeln sich die Kapitalisten Zölle herunter, so erläßt der eine eine Lebensmittelvorschrift, der andere verbietet unter dem Vorwand von Unfallvorschriften ein billigeres Auto. Unter dem Namen Devisenbewirtschaftung schließlich behalten sich die Imperialisten vor, den Zahlungsverkehr mit dem Ausland – und damit den Handel – ganz oder teilweise einzuschränken.

Protektionistische Maßnahmen gehören zur Konkurrenzschlacht auf dem Weltmarkt, wie der Spekulant zur Börse. In Zeiten der Ausdehnung des Weltmarktes gibt es etwas weniger davon, in Zeiten seiner Verengung gibt es mehr. Das Problem für die Kapitalisten eines Landes besteht darin, jeweils etwas mehr zu protektionieren als der konkurrierende Mehrwertjäger. Daher reden sie besonders viel vom Abbau der Handelshemmnisse, wenn sie diese Waffe schärfen wollen. So wie jetzt die Sieben in London.

Mein Gott, was soll aus diesen Kindern werden?

In großen Schlagzeilen, als „Thema des Tages" berichtet die „Bildzeitung" über „Die Leiden eines Schülers, der eine Lehrstelle sucht": „Ich weiß nicht mehr weiter. 40 mal habe ich mich als kaufmännischer Lehrling beworben.... Aber sogar bei der Sparkasse haben sie mir gesagt: ‚Wir nehmen nur Lehrlinge mit mittlerer Reife und mindestens 2,0 Notendurchschnitt.' " Und ein anderer berichtet: „Fünfmal war ich schon beim Arbeitsamt, aber die können mir auch nicht helfen." „Mein Gott, was soll aus diesen Kindern werden!"

„Mutlos und verzweifelt", so sei, schreiben die Bourgeoisschreiberlinge, die augenblickliche Situation unter den Schülern und Eltern. „Keine Lehrstelle: 16jähriger erhängte sich."

Keineswegs hat die Bourgeoisie ihr Herz für die Arbeiterjugend entdeckt. Muß sie über das, was durch ihre Herrschaft der Arbeiterjugend zugefügt wird, berichten, so nur, um „Schlimmeres" zu verhindern. Sie wissen, daß sie auf einem Pulverfaß sitzen und ihre Tage gezählt sind.

Denn was die Schreiberlinge vom Hamburger Abendblatt als Verzweiflungsruf von Eltern und Schülern darzustellen versuchen, liest sich, bei richtigem Licht betrachtet, als großer spontaner Zusammenschluß der Schüler und Eltern, die an den Staat mit der Forderung herantreten, eine

mit der Forderung herantreten, eine

vernünftige Berufsausbildung für ihre Kinder zu schaffen. Das bringt die Bourgeoisie in helle Aufregung: ... „Einander nicht im Stich lassen, wenn eine schwierige Lage zu meistern ist.... Jedes junge Mädchen und der junge Mann, dem Sie eine Chance bieten, ist ein Gewinn für uns alle. Wir dürfen und wir können uns kein Jugendproletariat in Hamburg leisten!", appelliert der Chefredakteur an die örtlichen Bourgeois und ruft nach „mehr Lehrstellen". Man sieht gut, wovor sie sich fürchten.

Zu recht fürchten sie, daß die Jugend, geführt von der Arbeiterklasse, begreifen lernt, daß ihre Lage die Folge der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft ist und kein Naturgesetz. Die „Chance", die der Jugend hier angeboten wird, ist nichts anderes als die der Unterwerfung. Sie ist ein Manöver der Spaltung im Kampf um eine Ausbildung, die die Arbeiterklasse braucht, um alle Fähigkeiten zu entfalten, mit dieser Ausbeuterordnung für alle Zeiten aufzuräumen.

Das Notensystem ist dabei eine wichtige Waffe, die der Bourgeoisie aus der Hand geschlagen werden muß. Mit dieser Triebkraft entwickeln sich auch die spontanen Kämpfe.

Am 4.5. zum Beispiel streikten 250 Schüler einer Bremer Schule gegen die Entlassung ihrer Lehrerin und gegen das Notensystem. Sie bewarfen die Schule mit Eiern und auch den Direktor, als er ihnen mit Disziplinarmaßnahmen drohte. Die Eltern stehen hinter ihren Kindern und bestreiten der staatlichen Schulgewalt das Recht, sich über ihre Interessen hinwegzusetzen. (siehe Seite 8 dieser Nr. der KVZ)

Sie richten sich gegen Fünfen und Sechsen und die Sonderschulen, mit deren Hilfe der bürgerlichen Staat die Jugend der Konkurrenz unterwerfen will, die das Lohnsystem hervortreibt. Sie schmieden die Einheit, die die Arbeiterklasse und ihre Jugend brauchen, um die verfaulende kapitalistische Produktionsweise zu stürzen und die Schlinge um den richtigen Hals zu ziehen.

Die Finanzbourgeoisie braucht die SPD

(Fortsetzung von Seite 1)

verschärft sich die Rivalität zwischen dem französischen und dem westdeutschen Imperialismus, und der britische Imperialismus hat überhaupt kein Interesse, sich als kranker Mann jenseits des Ärmelkanals herumschubsen zu lassen.

Probleme über Probleme für die westdeutsche Finanzbourgeoisie. Wie setzt sie ihre Interessen gegen die Arbeiterklasse im eigenen Land durch? Wie erwehrt sie sich der Forderungen der Dritten Welt? Wie stärkt sie ihre Positionen in der imperialistischen Konkurrenz? Der Weg der imperialistischen Expansion ist vorgezeichnet. Aber wie kann er erfolgreich beschritten werden?

Es ist alles andere als beschränkter „Parteienegoismus", wenn die Sozialdemokratie in dieser Lage an „Selbstreinigung" geht. Sie macht das im höheren Interesse der westdeutschen Finanzbourgeoisie, die eine intakte Sozialdemokratie braucht, wenn sie mit ihren Zielen und Absichten durchkommen will. Wie sonst soll es gelingen, die Arbeiterklasse Interessen zu unterwerfen, die ihren eigenen diametral entgegengesetzt sind? Dabei kann es für die westdeutsche Finanzbourgeoisie letzten Endes gleichgültig sein, ob die SPD in der Regierung oder in der Opposition ist. Ein maroder Haufen, in dessen Fraktionskämpfen eine Schmutzaffäre nach der anderen an die Oberfläche kommt, kann aber nicht darauf hoffen, die Arbeiterklasse für „Solidaritätsopfer" und Unterwerfung unter das Profitstreben der Kapitalisten im Interesse des Ganzen zu mobilisieren. Also muß etwas passieren.

Es passiert Erstaunliches. Der Bundestagsabgeordnete Kaffka hat seit Jahren mit einigem Unterschleif in die eigene Tasche gewirtschaftet. Er hat aber auch die Partei daran teilhaben lassen. Jetzt hat er ein Parteiordnungsverfahren an den Hals bekommen. In Hessen hat sich jeder sozialdemokratische Politiker, der sich für die Interessen des Gesamtwohls in verantwortlicher Stelle zerreißen mußte, durch billige Kredite entschädigen lassen. Jetzt hat die Partei gemahnt, jeder solle überprüfen, ob er irgendwo Dreck am Stecken habe, und solle die billigen Kredite umwandeln lassen in Kredite zu normalen Konditionen. Der Abgeordnete Kaffka hat schon 55 000 Mark aus persönlichen Beständen zur Bereinigung seiner Finanzaffäre beisteuern müssen. In Hessen wird noch mancher führende Sozialdemokrat an das in Jahren mühseliger Arbeit beschaffte Polster gehen müssen. Eine weiße Weste kostet halt was, und die Tendenz in der Sozialdemokratie geht jetzt dahin, daß man weiße Westen haben muß, wenn man der Finanzbourgeoisie nützen will.

„Dreißig Jahre Verantwortung in Ländern und Gemeinden, zehn Jahre Regierung in Bonn zehrten an der SPD", meint die „Frankfurter Allgemeine Zeitung". Für die sozialdemokratischen Politiker gilt das Umgekehrte. Sie haben einiges einsammeln können in dieser Zeit. Jetzt verlangt die Finanzbourgeoisie von ihnen, daß sie um der „Glaubwürdigkeit der Demokratie" willen zurückstecken und sogar wieder einiges herausrücken. Zuvor wurden freilich beträchtliche Diätenerhöhungen bewilligt. Einzelnen aber geht es an die Substanz, oder sie können ihr Schäfchen nur durch Rücktritt retten, wie Osswald.

Weiße Westen, das ist das eine, was die Finanzbourgeoisie von der SPD verlangt. Ideologische und organisatorische Schlagkraft, das ist das andere, was die Sozialdemokratie der Finanzbourgeoisie in diesen schweren Zeiten bieten muß. Auch daran wird gearbeitet. Nachdem Benneter Fänge gekriegt hat, werden die Reihen geschlossen. Die FAZ hat konstatiert: „Der Mitglieder-Zustrom der 60er Jahre ist zum Rinnsal der 70er Jahre geworden." Da muß man durch, ist die Meinung der FAZ. Damit hat die Sozialdemokratie begonnen. Dafür erhält sie erstes Lob von der Finanzbourgeoisie. „In dieser Dämmerung sind freilich auch Lichtschimmer sichtbar. Die SPD hat noch personalpolitische Reinigungskraft. Hinzu kommt die Kraft, mitten im Strudel der Rücktritte und des Kampfes um die Abgrenzung von den Kommunisten als Partei Themen anzupacken, die viele Menschen bewegen, zuletzt in Köln auf dem Energiekongreß. Noch ist das Bündnis mit den Gewerkschaften, alles in allem, intakt, und noch hält der Kanzler durch." Was die Sozialdemokratie in den Gewerkschaften betrifft, so geht sie mit an die Front. Anke Fuchs vom Hauptvorstand der IG Metall ist an das Arbeits- und Sozialministerium abgegeben worden, wo bereits über Beitragserhöhungen und Leistungskürzungen gebrütet wird. Mit seiner Stellungnahme zum Energieprogramm, das der Position auf dem Weltmarkt zuliebe sein muß, hat der DGB das Seine dazu beigetragen, um die nächste sozialchauvinistische Welle in den Gewerkschaften abzusichern. Sicher, es wäre eine Täuschung, zu glauben, daß die Sozialdemokratie zerfällt.

Was wäre 1929 aus dem deutschen Imperialismus geworden, wenn die SPD nicht gehalten hätte als Fessel der Arbeiterklasse? Sie hat gehalten, bis die Finanzbourgeoisie die Kraft hatte, zur offenen faschistischen Terrorherrschaft überzugehen. Nach 1929 war die SPD ebenfalls von Krisen geschüttelt. „Linke" sind ausgetreten oder ausgeschlossen worden. Auf ein paar Jahrzehnte hin gesehen hat selbst das dem Reformismus und dem deutschen Imperialismus genützt. Nach 1945 sind diese Helden wieder aufgetaucht und haben Erfahrung und Anhang in die SPD eingebracht. Nein, die SPD zerbricht nicht einfach. Genausowenig, wie die Herrschaft der Bourgeoisie eines schönen Tages auseinanderfallen wird. Gegenwärtig bereitet sich die SPD auf neue Angriffe auf die Arbeiterbewegung vor.

Manche reiben sich einfach die Hände und freuen sich, wie die Sache läuft, und reden von Zerfall des Reformismus. Die Sache wird schlecht laufen, wenn der Sozialdemokratie durch ideologische Behäbigkeit der Revolutionäre Luft gelassen wird, ihre Reihen zu schließen. Die Sache wird in den Betrieben und in den Gewerkschaften entschieden. Sie wird durch Politik entschieden: durch politischen Angriff auf die Politik der Sozialdemokratie und durch Politik der Aktionseinheit gegenüber allen Arbeitern, erst recht den sozialdemokratischen.

Die Unterstützung des Kampfes der Soldaten ist notwendig

(Fortsetzung von Seite 1)

die Massen in ihren Kämpfen unvermeidlich mit den bewaffneten Formationen der Bourgeoisie zusammen. Will sich die Arbeiterklasse von Ausbeutung und Unterdrückung befreien, muß sie den bürgerlichen Staatsapparat und seinen Kern, Polizei und Armee, zerschlagen. Ein großer Schaden für den Klassenkampf ist es, wenn die Massen dabei völlig intakten bewaffneten Einheiten der Bourgeoisie gegenüberstehen. Deswegen haben die Massen ein großes Interesse an der Zersetzung der bürgerlichen Armee und der Polizei.

Wie soll die Arbeiterklasse in der nächsten Zeit entscheidende Siege im Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm und gegen die staatliche Ausplünderung erringen, wenn sie nicht zielbewußt die Zersetzung der Polizei betreibt, um die einfachen Polizisten gegen die Offiziere aufzubringen? Und günstig ist, wenn in den kommenden Monaten die notwendigen Streikkämpfe für mehr Lohn, gegen die absolute Verelendung, Polizeieinheiten den Einsatz gegen Streikende verweigern, oder den Einsatzbefehl praktisch verweigern.

Werden diese Schritte nicht gemacht, dann kann die Arbeiterklasse auch nicht zielbewußt den bewaffneten Aufstand vorbereiten und dem Krieg zuvorkommen, den die Imperialisten vorbereiten und entfesseln wollen. Gegenwärtig ist die Bundeswehr nicht kriegsfähig, können die Mannschaften nicht eingesetzt werden gegen die Klassenbrüder und gegen die Völker der Welt. Soldaten in der Armee unterstützen den bewaffneten Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt, sie erklären, sich nicht gegen das Volk einsetzen zu lassen. Sie wenden sich gegen die Stationierung von US-Besatzungstruppen und gegen die Krigsvorbereitungen des BRD-Imperialismus und der Supermächte. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie will diese Lage ändern. Das wird ihr nicht gelingen, wenn die Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten die Forderungen der Soldaten zu ihren Forderungen machen. Wenn die spontane Unterstützung der Forderungen der Soldaten durch die Arbeiter, wie sie sich am 1. Mai ausgedrückt hat, verwandelt wird zum festen Zusammenschluß. Umso kürzer sind dann die Tage der westdeutschen Finanzbourgeoisie.

Nicht gelingen wird es ihr dann auch, die Jugend von den revolutionären Erfahrungen und Kämpfen der letzten Jahre abzukapseln und unter ihr den Geist von Chauvinismus Militarismus und christlicher Reaktion zu verspritzen, um williges Menschenmaterial für Armee und Polizei zu bekommen. Postlehrlinge aus Göttingen, Krankenpflegeschüler aus Braunschweig und anderen Städten unterstützen heute die Forderung nach Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht. Die Sammlung für Gewehre für die Jugend Zimbabwes zeigt, daß die Jugend für den bewaffneten Befreiungskampf ist.

Für den 28. Mai rufen die Soldaten- und Reservistenkommitees zu Soldaten- und Reservistentagen in Hannover, Köln und München auf.

Sie werden zu einem Schlag der Massen gegen Imperialismus und Militarismus werden.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Kommitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 190 240, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 19, Telefon 0611 / 730236 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 190 240, Mainzer Landstraße 15, 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 19 / 1977: 32. 000

Schwarzer Pelz und harte Hand

Norbert Blüm wird Vorsitzender der Sozialausschüsse

Norbert Blüm erhält neue Aufgaben: dem „Werkzeugmacher", Doktor der Philosophie, Aufsichtsratsmitglied, CDU-Bundestagsabgeordneten, Geschäftsführer der Sozialausschüsse ist die Wahl zum Vorsitzenden der CDU-Sozialausschüsse, der christdemokratischen Arbeitnehmer, sicher. Bis vor kurzem galt Blüm als „enfant terrible" (Handelsblatt) und der Posten dem bisherigen Vorsitzenden Hans Katzer als sicher. Inzwischen hat sich Blüm der Bourgeoisie nachdrücklich empfohlen. Er hat seine Erfindung, die „neue Solidarität" (vgl. KVZ Nr. 17), um einen neuen Gesichtspunkt erweitert:

„Wenn es uns nicht gelingt, die notwendige Umstellung unserer Gewohnheiten in freier Solidarität zu bewerkstelligen, wird die Zukunft sie mit harter Hand erzwingen." (Blüm in „Welt der Arbeit" Nr. 2/1977: „Das Wort ‚Solidarität' müssen wir ganz neu buchstabieren.")

Blüm gilt im Gegensatz zu Katzer als „Programmatiker". Er hat seinen Ruf verdient. Konsequent hat er ausgearbeitet, vornehm umschrieben mit „notwendige Umstellung unserer Gewohnheiten", was er mit der Arbeiterklasse vor hat. Das „Handelsblatt" nennt's: die „gleichmäßigere Verteilung des Mangels". Am Beispiel: „Offenbar sind wir an einem Punkt der industriellen Entwicklung angekommen, wo der technische Fortschritt schneller vorankommt als das wirtschaftliche Wachstum und mehr Arbeitsplätze ‚wegrationalisiert' werden als durch gestiegene Nachfrage geschaffen werden. (...) Wir stehen vor der Wahl, die knappere Arbeit für einen Teil der Arbeitnehmer zu reservieren und die anderen ‚sozial' mitzuschleppen oder die knappere Arbeit auf alle zu verteilen. (...) Die zweite Lösung ist die Arbeitszeitverkürzung. Die Politik der Arbeitszeitverkürzung muß allerdings einkommenspolitisch abgestimmt werden, denn man kann dasselbe Sozialprodukt nicht zweimal verfuttern: einmal mit Lohn – und wenn es verzehrt ist, nochmal mit kürzerer Arbeitszeit." (Welt der Arbeit, Nr. 2/1977)

Wir haben absichtlich so ausführlich zitiert. Die Bourgeoispresse hat Blüm fast liebevoll als „ ‚Juso' im schwarzen Pelz" bezeichnet. Während die Sozialdemokraten in ihrer Demagogie den Profit in Frage stellen, um ihn dann als „notwendiges Übel" zu bestätigen, handelt Blüm nach der Devise: An den Profit darf man überhaupt nicht rühren, man darf nichtmal danach fragen. Die Krise der kapitalistischen Produktion sollen die Arbeiter, die Rentner usw. zahlen, nach „gleichem Belastbarkeitskriterium", d.h. das allgemeine Lohnniveau, das allgemeine Rentenniveau und was dergleichen mehr soll herabgedrückt werden, soweit es geht. Auf die „neue Solidarität", nach der der Arbeiter sich freiwillig ins Elend begeben soll, scheint Blüm nicht viel zu geben. Er redet ja auch schon lange genug darüber, ohne daß er Ergebnisse sieht.

Folgerichtig wird er zum Propagandisten der „harten Hand". Das „Handelsblatt" sagt Blüm nach, er wolle in einer zukünftigen CDU-Regierung Minister für Arbeit und Soziales werden. Wenn seine harte Hand da keine Empfehlung ist, etwa für die Einführung von Arbeitsdienst und Zwangsarbeit, von Konzentrationslagern, für noch drastischere Rentenkürzungen usw.

Man könnte meinen, Norbert mit der harten Hand würde die uneingeschränkte Zustimmung der Bourgeoisie erfahren. Das ist nicht der Fall. Vor allem in der eigenen Partei, der CDU, gibt's Krach um den Mann. An seinem 80. Geburtstag hat Ludwig Erhard in seiner letzten Rede gegen die Sozialausschüsse, gegen Geißler, den neuen Generalsekretär, und Blüm vom Leder gezogen:

„Und wenn ein anderer meint, daß soziale Politik – etwa in der Verkleidung als ‚neue soziale Frage' – bedeutsamer, gewichtiger und gegenüber der Wirtschaftspolitik, deren Erfolge oder Mißerfolge allein die Effizienz der sozialen Leistung bestimmen, gar noch vorrangig wäre, dann protestiere ich mit Entschiedenheit, denn soziale Leistungen ... schöpfen nur aus einer Quelle: das ist die Arbeit unseres Volkes in einer freien Wirtschaft und Gesellschaft. Sie allein setzt Qualität und Quantität des sozialen Standards." Erhard verteidigt die „Soziale Marktwirtschaft". Daß „den Kräften des Marktes zu vertrauen" sei und „Leistung" und „Wettbewerb" „Wohlstand für breite Schichten" brächten.

Die Blümsche Demagogie untergräbt den Glauben in das, „wofür Erhard gekämpft hat: dem Bürger wirtschaftlich und sozial die Freiheit zu schenken, ihm die Welt zu öffnen, ihm den staatlichen Leviathan (Ungeheuer) so gut wie möglich vom Leibe zu halten". (Frankfurter Allgemeine, 6. Mai) Der Mann mit der harten Hand untergräbt den Glauben in die „Selbstheilungskräfte" der Wirtschaft, stellt die „Soziale Marktwirtschaft" in Frage, ruft nach dem „staatlichen Leviathan", nach Staatseingriffen, zuerst nach solchen, die den Lohn, die Rente, das Arbeitslosengeld drücken sollen.

Den Glauben an die „Soziale Marktwirtschaft" hat die CDU/CSU schon vorher begraben, lange bevor sie den Erhard begraben hat. Nicht freiwillig. Ihre Nachrufe auf Erhard sind ziemlich sentimental. Es schmerzt sie, daß der „Mythos dieses großen Mannes" (Frankfurter Allgemeine) verblaßt ist. Worin bestand der Mythos, wenn nicht in der Aussicht, daß sich die Lage der Massen mit dem Wachstum der Wirtschaft entwickle. „Durch seine Soziale Marktwirtschaft wurden zugleich die Voraussetzungen für die innere Überwindung des Klassenkampfdenkens ... geschaffen", schreibt „Die Welt". Die Bourgeoisie schmerzt es, daß die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise ihr dieses Mittel zur Abstumpfung der Klassengegensätze aus der Hand genommen hat.



Die „Soziale Marktwirtschaft", die Ideologie des Wettbewerbs, konnte nur in einer Zeit verfangen, in der sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt relativ günstig für die Arbeiter entwickelte. In der sie auch bei relativ schwachem Zusammenschluß die Konkurrenz unter den Kapitalisten ausnutzen und relativ bessere Bedingungen für den Verkauf ihrer Arbeitskraft herausholen konnten. Nur in der Zeit des „Wiederaufbaus" also, in der die westdeutsche Monopolbourgeoisie über einen verhältnismäßig großen inneren Markt verfügte, der eine rasche Ausweitung der Produktion ermöglichte. Die „Soziale Marktwirtschaft" wurde unbrauchbar und der „Vater des Wirtschaftswunders" aus dem Verkehr gezogen, als der westdeutsche Imperialismus 1966 in seine erste schwere Überproduktionskrise geriet. Um aus der Krise herauszukommen, verschärfte er die imperialistische Expansion auf dem Weltmarkt, wozu die Löhne der Arbeiter gedrückt werden mußten und gedrückt wurden.

Die „Bild"-Zeitung schreibt zum Tode Erhards: „Die großen Alten verlassen uns für immer. Wir trauern wohl auch, weil wir spüren, daß mit ihnen eine Ära zu Ende geht. (...) Die Jüngeren, die Männer um 50, beherrschen vielleicht die Technik der Macht. Daß sie Väter des Volkes sind, müssen sie noch beweisen."

Was den guten Willen des Norbert Blüm angeht, kann die „Bild"-Zeitung beruhigt sein. Ein Sprichwort sagt: „Wer sein Kind liebt, züchtigt es." Das Versprechen auf harte Hand in der Zukunft hat Blüm im Januar gegeben. Im Juni wird er zum Vorsitzenden der Sozialausschüsse gewählt. Was seinen guten Willen angeht, hat dann die Zukunft begonnen. – (Z-Red.)

Die NATO – eines von Carters Instrumenten zwecks Verwirklichung der Menschenrechte

„Der Grundzug in der menschlichen Entwicklung läuft auf eine universalere Forderung nach fundamentalen Menschenrechten hinaus. Die Vereinigten Staaten haben ein historisch angestammtes Recht, sich mit diesem Prozeß zu identifizieren."

„Ich sehe eine hoffnungsvolle Welt, – eine Welt, die beherrscht wird von wachsenden Forderungen nach den Grundfreiheiten, nach den Grundrechten, nach einem höheren Standard der menschlichen Existenz. Wir sind begierig, uns an der Gestaltung dieser Welt zu beteiligen."

Solch schöne Worte hat der US-Präsident Carter vor der UNO gefunden, um den Anspruch der USA auf Weltherrschaft vorzutragen und das Recht auf Einmischung rund um die Welt zu bekräftigen. Wie sich die Sowjetunion bei ihren imperialistischen Taten auf die russische Revolution beruft, deren Ziele, Herrschaft der Arbeiterklasse und Kommunismus, sie in Wirklichkeit unterdrückt, so beruft sich der US-Präsident bei der Vorbereitung neuer Interventionen auf den amerikanischen Befreiungskrieg gegen die englische Kolonialmacht. Keine der beiden Supermächte wagt es, ihre imperialistischen Ziele offen zu vertreten, jede von ihnen beruft sich auf Revolutionen, gegen deren Ziele ihre Politik gerichtet ist.

Eines der Instrumente, mit deren Hilfe der US-Imperialismus sich mit dem „Prozeß" der Verwirklichung der Menschenrechte „identifizieren" und an der „Gestaltung dieser Welt" sich beteiligen will, ist die NATO. Das Problem ist, daß die USA dieses Instrument bereits seit einiger Zeit nicht mehr vollständig im Griff haben. Das will Carter wieder ändern und die NATO auf Vordermann bringen, um sie besser im US-imperialistischen Interesse einsetzen zu können.

Nach ihrem „Wirtschaftsgipfel" zu Beginn der Woche haben sich die Regierungschefs der westlichen imperialistischen Länder zum NATO-Gipfel zusammengesetzt. Die Reihenfolge ist passend: nach der Behandlung der imperialistischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt die Behandlung des imperialistischen Krieges. Über die Ergebnisse ihres Wirtschaftsgipfels haben sie nicht viel herausgelassen. Das beweist, daß sie großen Krach haben. Das kann auch nicht anders sein. Die Überproduktionskrise kann jeder der Imperialistenhäuptlinge im Interesse der von ihm vertretenen Finanzbourgeoisie nur auf Kosten des anderen zu überwinden hoffen. Zusammengehalten wird die Sache sowieso nur dadurch, daß die westlichen Imperialisten mit der anderen Supermacht rechnen müssen, die ebenfalls scharf auf Europa ist.

Wieviel man über den NATO-Gipfel erfahren wird, weiß man nicht. Die Widersprüche, über die die Regierungschefs verhandeln werden, stehen aber ohnehin fest.

Afrika

Eines der Probleme ist die Afrikapolitik. Da haben es die westlichen Imperialisten mit zwei ihrem Wesen nach völlig unterschiedlichen, für sie aber gleich unangenehmen Problemen zu tun: dem Befreiungskampf der afrikanischen Völker und den Bestrebungen des sowjetischen Sozialimperialismus, immer tiefer in den afrikanischen Kontinent einzudringen und seine Vorherrschaft zu errichten. Das NATO-Bündnis ist wie jedes imperialistische Bündnis scheinheilig auf die Verteidigung ausgerichtet und nicht offen auf imperialistische Eroberung, was sein Wesen ist. Der Eingriffsbereich der NATO ist begrenzt und reicht im Süden nur bis zum Wendekreis des Krebses, d.h. er umfaßt den Atlantik im Süden bis ungefähr auf die Höhe der Demokratischen Arabischen Republik Sahara, der früheren spanischen Sahara. Die Interessen der in der NATO zusammengeschlossenen Imperialisten sind aber weltumspannend und erstrecken sich insbesondere auf den afrikanischen Kontinent, auf dem die europäischen imperialistischen Staaten ihre Kolonien hatten und wohin der US-Imperialismus nach dem Zweiten Weltkrieg im Zuge der Ablösung des Kolonialismus durch den Neokolonialismus eingedrungen ist. Der westdeutsche Imperialismus hat rund 3 Milliarden in Afrika investiert. Seine Truppen hat er insgesamt der NATO unterstellt. Der BRD-Imperialismus muß an einer Ausdehnung des NATO-„Sicherheitsbereiches" interessiert sein. Seit Jahren jammern die Experten über die Notwendigkeit der Sicherung der Kap-Route. In einem Artikel kurz vor der NATO-Gipfeltagung stellt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" fest: „Da der NATO-Vertrag bis zum Kriegsfall den Bündnisbereich nach Süden am Wendekreis des Krebses beschränkt, gab es keine westliche Gegendemonstration" (gegen das Auftauchen sowjetischer Flottenverbände vor der westafrikanischen Küste während der sozialimperialistischen Intervention in Angola).

„... Allerdings hat für künftige Fälle der NATO-Militärausschuß (wie jetzt bekannt wurde) im vergangenen Oktober dem NATO-Oberbefehlshaber für den Atlantik (SACLANT) – US-Admiral Kidd – Planungsvollmachten für die Sicherung der Versorgungswege im Südatlantik erteilt. Die Formulierung ‚für den Spannungsfall' beschreibt freilich nicht exakt, wann ein solcher Spannungsfall eintritt. Die politische Zustimmung der Verteidigungsminister im NATO-Verteidigungsplanungsausschuß (ohne Frankreich und Griechenland) steht ohnehin noch aus. Nach diesen Plänen könnten gemischte NATO-Flotteneinheiten mehrerer Nationen südlich vom Wendekreis des Krebses entsandt werden, wobei aber jede Regierung das Recht behielte, keine Schiffe zu entsenden." Also ein Thema für den NATO-Gipfel: freie Fahrt für NATO-Verbände an die Küsten Afrikas. Die Fregatten, die Schmidt bauen läßt, bekommen ein Aktionsfeld. Hier werden sie sich einig sein, der Häuptling des US-Imperialismus und Helmut Schmidt.

NATO-Süd-Flanke

Über Europa selber hat sich NATO-Sekretär Luns besorgt geäußert: „Ich bin nicht allzu optimistisch über die Situation, der sich die Allianz gegenübersieht. Das betrifft die Situation in einigen Staaten des Bündnisses und die Beziehungen einiger verbündeter Länder. Insbesondere den Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland. Obwohl die Regierungschefs der beiden Länder verschiedentlich ihre Bereitschaft zur Lösung ausgesprochen haben." Die sozialimperialistische Supermacht versucht diese Widersprüche weidlich auszunutzen und die NATO-Südflanke zu sprengen und sich den Zugang zum Mittelmeer wie über die Türkei den Landweg nach dem Nahen Osten zu öffnen. Der BRD-Imperialismus ist hier verschiedentlich als Vermittler für die NATO aufgetreten.

Für die USA und den BRD-Imperialismus bleibt das Problem, diese beiden vom Imperialismus unterdrückten Länder sich wieder fest zu unterwerfen und gleichzeitig alle Widersprüche zwischen diesen Ländern offen zu halten, damit sie sich nicht gemeinsam wehren gegen die Unterdrückung durch den US-Imperialismus als Oberherren der NATO und gegen den BRD-Imperialismus, der seine Interessen in diesen beiden Ländern ständig verstärkt. Ein mühseliges Unterfangen, wo diese Gipfelkonferenz auch keine Lösung bringen wird.

Mitteleuropa

Sowohl die Rivalität der beiden Supermächte um die Weltherrschaft wie auch die Klassenkämpfe zwischen Proletariat und Bourgeoisie konzentrieren sich immer mehr auf Europa und hier auf Mitteleuropa, wo die Einflußbereiche der beiden Supermächte zusammenstoßen. Der US-Imperialismus reagiert auf diese Tatsache mit einer Truppenverstärkung in Westdeutschland. Die offizielle Begründung dafür ist, daß es einem sozialimperialistischen Blitzkrieg zuvorzukommen gelte. In Wirklichkeit kommt es dem US-Imperialismus ohnehin darauf an, seine Truppenpräsenz in Europa zu verstärken. Er hat Einfluß in Westeuropa und Westdeutschland. Diesen Einfluß will er halten und ausbauen. Die USA werden in Europa verteidigt, das hätte sich in den beiden Weltkriegen bewahrheitet, meint im letzten NATO-Brief der US-Senator Sam Nunn, zuständig für die Mannschaftsstärke der US-Truppen. „Ich bin überzeugt, daß das Überleben Westeuropas für die Vereinigten Staaten lebenswichtig ist." Überleben als kapitalistisches Westeuropa und im amerikanischen Einflußbereich ist gemeint. Die BRD-Imperialisten sind mit der Verstärkung der US-Truppen einverstanden, aber sie wissen natürlich, daß diese Truppen auch eine ständige Mahnung der US-Imperialisten sind, es in der imperialistischen Konkurrenz nicht zu weit zu treiben. Für das westdeutsche Proletariat macht gerade die Verstärkung der US-Truppen klar, daß es im allernächsten Interesse der Arbeiterklasse ist, den Kampf für den Austritt aus der NATO und für den Abzug aller fremden Truppen zu führen. Ständig die ganze NATO sich gegenüber zu haben, das ist zuviel. Man muß sie loswerden.

Nächster „Gipfel" schon in Sicht

Jede der NATO-Gipfelkonferenzen ist eine Giftküche, wo die Regierungschefs einige Anstrengungen machen, damit die Giftschwaden nicht so frühzeitig ruchbar werden, daß die Massen sofort den Kampf dagegen führen, um die Pläne der NATO-Imperialisten zu zerschlagen. Aber man ist nicht auf die Kenntnis der Protokolle dieser Konferenzen angewiesen, um zu wissen, was sich tut. Im Sommer treffen sich die US-Imperialisten, die Sozialimperialisten und ihr jeweiliges Gefolge zu der Fortsetzung der KSZE-Konferenz. Bis dahin sind sie dabei, ihre Positionen zu festigen, um die Kräfte dann messen zu können. Sie werden sich des langen und des breiten über Menschenrechte etc. auslassen.

Das betreiben sie bereits jetzt bis zum Erbrechen. Aber es gehört zum Geschäft der Kriegsvorbereitung nicht weniger als die militärische Rüstung und die Aufstellung der Kräfte. – (Z-Red.)

Medizinstudenten im Kampf um das Koalitionsrecht

Der westdeutschen und Westberliner Linken ist der Streik der Medizinerfachschaften nicht echt genug. Er sei borniert. Er sei ständisch. Er sei unpolitisch. Er sei weiß der Henker was, nur nichts Gutes.

Die westdeutsche und Westberliner Linke befindet sich mit diesen Ansichten in Gemeinschaft mit der westdeutschen Rektorenkonferenz, zu der sie auch paßt.

Der blöde Vorwurf, der Streik sei „ständisch", ist aus der Geschichte der Arbeiterbewegung lang bekannt. Was soll das denn anderes heißen, als daß sich hier eine „Gruppe" einen „Vorteil" auf Kosten „aller" verschafft. Die Tatsachen schauen ganz anders aus. Wenn die Medizinstudenten im Praktischen Jahr unentgeltlich Pflegearbeit an den Krankenhäusern leisten, so wird das den Preis dieser Pflegearbeit drücken. Deswegen schicken die Krankenpflegeschüler Solidaritätsadressen und deswegen schicken klassenbewußte Krankenschwestern streikbrechende PJ-Studenten nach Hause oder quälen sie auch ein wenig. Der Streik der PJ-Studenten hat eine Richtung gegen die Lohndrückerei am Krankenhaus; von wegen ständisch, ihr Betrüger!

Der Vorwurf, der Streik der Medizinerfachschaften sei „unpolitisch", setzt auf die mangelnde Erfahrung in politischen Kämpfen und auf die bekannte Schlechtigkeit des Geschichtsunterrichts an den Gymnasien. Der Streik stellt eine politische Frage *praktisch*. Sollen die Studenten Koalitionsrecht genießen, sollen sie Streikrecht haben und sollen sie gegenüber dem Dienstherrn Vertretungsrechte haben? Das sind politische Fragen, und die Studenten, die diese Rechte nicht haben, sind *politisch* entrechtet. Wie anders sollen die Studenten solche Rechte erzwingen, als daß sie im Kampf einen Vertrag von der Staatsmacht erpressen, der ihnen diese Rechte zugestehen muß. Es hat noch nie anders in der Geschichte des Kampfes um das Koalitionsrecht geklappt. Noch *nie*.

Geschichte des Kampfes um das Koalitionsrecht geklappt. Noch *nie*.

Oft heißt es, man müsse was gegen die Ordnungsverfahren machen. Das sei jetzt wichtiger als der Streik der Medizinerfachschaften. Dies ist ein närrisches Argument. Liegt denn nicht auf der Hand, daß die Medizinerfachschaften ihren Kampf nur abschließen dürfen, wenn sie das Verbot von Maßregelungen vereinbart haben? Liegt nicht auf der Hand, daß die Anerkennung des Streiks durch Vertragsabschluß der Masse der Ordnungsverfahren den politischen wie rechtlichen Boden unter den Füßen wegziehen würde?

Alle diese Dinge liegen auf der Hand, und deswegen ist es auch gar nicht ausgemacht, daß es den verschiedenen Betrügern glücken könnte, die Streikfront zu spalten. Vielmehr arbeiten Zehntausende an der Festigung dieser Front und kämpfen unter großen Opfern. Sie wissen schon, warum.

Wir können dennoch nicht von einer rosigen Lage sprechen. Warum gelingt es den verschiedenen Opportunisten noch, die Einreihung der anderen studentischen Fachschaften in diesen Streik zu verhindern? Warum erkennt man nicht, daß dieser Medizinerstreik unbedingt bis zur außerordentlichen Mitgliederversammlung der VDS aufrechterhalten werden muß und daß auf dieser außerordentlichen Mitgliederversammlung, die mit der ganzen Autorität der westdeutschen und Westberliner Studentenschaft sprechen kann, eine Urabstimmung über die Forderungen der Studenten nach einer Bezahlung eingeleitet werden muß? Sieht man denn nicht, wie günstig sich die objektive Lage entwickelt?

Die Solidarität mit dem Kampf der Medizinstudenten für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr bleibt hohl und bringt es nicht, solange nicht mit aller Kraft darauf hingearbeitet wird, über die außerordentliche Mitgliederversammlung der VDS einen Streik der Studenten einzuleiten, der ihnen das Koalitionsrecht und mit dem Koalitionsrecht was so „Lächerliches" wie ausreichend zu essen bringt.

Wenn dies den Opportunisten nicht echt genug ist, seis drum, die Solidarität der Arbeiter hat ein solcher Kampf.



Freiburg


Heidelberg

„Wir werden den Streik nach Kräften unterstützen"

Krankenpflegeschüler in Mainz

Ein Hörsaal, vor dem Flugblätter verteilt wurden, liegt direkt gegenüber unserer Krankenpflegeschule. Schnell entwickelte sich die Diskussion unter den Krankenpflegeschülern. Spontane Begeisterung bei den einen, Unsicherheit bei den anderen: „Die Weißröcke sind doch genau die, die uns Krankenschwestern nachher auf der Station gängeln und sich zu fein sind für jede Arbeit. Jetzt streiken sie nur, weil sie noch mehr Privilegien haben wollen", sagten einige.

Wir haben die Sache diskutiert. Es zeigten sich bald die Parallelen zu unserer Lage als Krankenpflegeschüler: Uns ist das Ausbildungsgeld gekürzt worden. Auf BAFöG wollen sie uns setzen. Statt Tarifvertrag haben wir dann den Schülerstatus, d.h. keine gewerkschaftlichen Rechte und kein Recht auf Vertretung durch den Personalrat. Im Stellenplan allerdings sind wir eingerechnet: Drei Schüler ersetzen eine Planstelle. Genau wie die Studenten im Praktischen Jahr sollen wir unsere Arbeitskraft kostenlos vernutzen lassen.

Für die Medizinstudenten soll das durch die Approbationsordnung geregelt werden. Pflegepersonal wird dann einfach entlassen bzw. gar nicht eingestellt werden. Deshalb ist beides, das Praktische Jahr und unsere Zurückstufung, Teil der Rationalisierungsmaßnahmen, die im öffentlichen Dienst laufen. Ein Mittel sind sie, noch unverhohlener und frecher den Lohn der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu drücken. Wie soll die Krankenhausbelegschaft gegen den Dienstherrn kämpfen, wenn die Studenten im Praktischen Jahr und die Krankenpflegeschüler nicht Teil der Kampffront sind, sondern durch ihre besonders rechtlose Stellung zur Arbeit gezwungen werden können und als Spalter fungieren?

AN DIE STREIKENDEN STUDENTEN

Heute am 4.5. kamen 2 Medizinstudenten in unsere Abteilung, um am Orthopädiekurs teilzunehmen. Diese beiden Studenten, die sich gegen die gerechten Forderungen zum Praktischen Jahr stellen, sind Streikbrecher. Wir, das Pflegepersonal des LGH der Orthopädischen Klinik, unterstützen euren Streik zur Durchsetzung des Ausbildungs- und Tarifvertrags im PJ und das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung, einschließlich des Streikrechts, damit wir gemeinsam gegen Mißstände im Gesundheitswesen vorgehen können und lehnen jegliche Konkurrenz ab.

Mit solidarischen Grüßen
17 Kollegen der Querschnittsgelähmtenabteilung der Orthopädie

Die Krankenpflegeschüler befinden sich im Kampf gegen ihre Zurückstufung. Sie wissen, daß sie ihn nicht allein führen können. Nach der Diskussion haben zwei Kurse der Krankenpflegeschüler sich mit dem Streik der Medizinstudenten solidarisch erklärt. In der Resolution wird betont, daß die Ziele der streikenden Medizinstudenten und die der Krankenpflegeschüler die gleichen sind: Sie richten sich gegen die Spaltung der Beschäftigten an den Krankenhäusern, gegen Lohnabbau und Rationalisierung. Wir werden den Streik nach Kräften unterstützen. – (s, Mainz)

Die Arbeiterjugend unterstützt den Kampf der Medizinstudenten

DruPa-Jugendliche, Kassel

Am letzten Mittwoch verabschiedete eine Setzerklasse an der Walter-Hecker-Schule eine Solidaritätserklärung mit dem Streik der Medizinstudenten. Ein Lehrling aus der Klasse berichtete auf der Sitzung der DruPa-Jugend Kassel vom Streik.

Die Jugendlichen hatten über Fernsehen und Radio vom Streik der Studenten gehört. Die Erklärung stieß spontan auf Unterstützung. Die Jugendlichen wollten genaue Informationen. Ein Flugblatt des KBW zum Streik der Medizinstudenten wurde gelesen. Leicht konnten wir den Charakter des Kampfes verstehen: führte doch die Jugendgruppe selbst vor einigen Wochen den Lohnkampf und faßte Beschlüsse zur Durchsetzung eines Lehrlingslohns, von dem man leben kann. Einige Jugendliche wollten die Erklärung unterschreiben und 1 DM für die Streikkasse spenden.

Erstmals war ein DKP-Betriebsrat zur DruPa-Sitzung erschienen. Anfangs war er ruhig. Dann sah er sich angesichts der großen Unterstützung des Streiks der Studenten genötigt, das Wort zu ergreifen. „Warum bringt ihr diese Resolution ein?" „Aha, weil das vom KBW ausgeht. Das wollte ich nur hören." Kein Jugendlicher sah einen Grund, den Medizinerstreik deshalb weniger unterstützenswert zu finden; hatten doch gerade alle durch das Flugblatt erst genau erfahren, worum es im Streik geht.

„So werdet ihr nie die Arbeiter für die Gewerkschaftsarbeit gewinnen. Die sind im Bewußtsein doch nicht so weit, wo sie über Jahre von der Bildzeitung und dem Fernsehen gegen die Studenten aufgehetzt worden sind." Auch das Argument konnte die Gewerkschaftsjugend nicht abbringen von der Unterstützung des Streiks. „Wie kommt es, daß dann 11 von 12 Schriftsetzerlehrlingen den Kampf unterstützen?"

Der Jugendleiter, SPD-Wahlkämpfer, tutete jetzt in dasselbe Horn. „Die Jugendgruppe kann keine öffentliche Erklärung beschließen. Das muß erst der Bezirksvorstand erhalten und darüber abstimmen. Wir können nur unter unserer Berufsbezeichnung die Erklärung unterstützen." Die Jugendlichen haben schon Erfahrung, wie der Bezirksvorstand reagiert, wenn sie Beschlüsse fassen, die gegen Kapitalisten und Staatsapparat gerichtet sind. Ausschlußdrohungen, zur-Sau-machen im Betrieb vom Betriebsrat. Und so ließen wir uns einschüchtern und faßten nicht als Jugendgruppe den Beschluß.

Mit Mehrheitsabstimmung gegen die Stimme des DKP-Betriebsrates und die Stimme des Jugendleiters wurde beschlossen: „IG DruPa-Mitglieder unterstützen die Solidaritätserklärung der Schriftsetzerklasse." Alle unterschrieben die Erklärung und spendeten eine Mark für die Streikkasse. Nur wenn die Umklammerung durch Reformismus und Revisionismus gesprengt wird, kann die Arbeiterklasse ihre Gewerkschaft zum Kampf gegen die Kapitalisten und zur Führung der Kämpfe des Volkes nutzen. – (o,Kassel)



Münster

An die streikenden Medizinstudenten

Täglich erhalten die Fachschaften Unterstützungsbeschlüsse so u.a. von:

Bremen. Krankenhaus St. Jürgen: 2 Kurse von Krankenpflegeschülern; Ausbildungspersonalrat

Frankfurt. ÖTV-Betriebsgruppe Unikernbereich

Gießen. Vertrauensleutekörper der Unikliniken, Vollversammlung der Fachhochschule, ÖTV-Jugendgruppe Uniklinik

Hamburg. Krankenpflegeschüler am Universitätskrankenhaus Eppendorf; 10 Arbeiter des Metallbetriebs Lumoprint; Komitee gegen den § 218; Beschäftigte der Buchhandlung Frensche

Hannover. 6 Beschäftigte einer Station der Medizinischen Hochschule; 7 Beschäftigte einer Abteilung des Annastiftes

Heidelberg. 3 Stationen der Orthopädischen Klinik; 75 Beschäftigte des Sozialamtes; 8 Schüler des 3. Ausbildungsjahres der Krankenpflegeschule; 17 Beschäftigte Arbeitskreis zur Vorbereitung der Personalratswahlen an der Uniklinik; Rechtsreferendare in der ÖTV; 12 Arbeiter und Angestellte des Springer Verlages; 9 Arbeiter und Angestellte der Firma Teldix

Hildesheim. 10 Beschäftigte am Lehrkrankenhaus, Arbeitskreis Sozialpädagogische Berufe in der GEW und ÖTV, Kreisverband Hildesheim

Köln. Vertrauensleute der Universität; Abteilung 16 c der Unikliniken

Mainz. Gewerkschaft ÖTV Rheinland-Pfalz; Kreisjugendausschuß des DGB Mainz/Bingen; Krankenpflegeschüler von 2 Kursen

Offenbach. GEW-Mitgliederversammlung Offenbach Stadt

Ravensburg. Initiative für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum

Tübingen. Beschäftigte an der Nervenklinik; Vorstand der Abteilung Wissenschaft und Forschung; Betriebsgruppe Universität; Kreisvorstand Ulm/Ostwürttemberg der ÖTV

Westberlin. Beschäftigte der Abteilung Nuklearmedizin am Klinikum Steglitz; Beschäftigte des Kindergartens Zehlendorf

Wiesbaden. ÖTV-Betriebsgruppe Jugendamt

Kleine Chronik des Kampfes gegen die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen im Praktischen Jahr und des Kampfes um den Beschluß zum Streik

26. – 30.1.76. An den medizinischen Fachbereichen wird ein bundesweiter Warnstreik durchgeführt für gewerkschaftliche und politische Freiheiten und Ausbildungs- und Tarifvertrag.

14. – 15.2.76. Die VDS-Fachtagung verabschiedet einen offenen Brief an die Bundesregierung zur Bekräftigung der Forderungen.

8. – 9.5.76. Die VDS-Fachtagung beschließt die Beteiligung an der Demonstration der VDS im Sommersemester unter den Forderungen nach Ausbildungs- und Tarifvertrag, gegen das Hochschulrahmengesetz und die politische Entrechtung. Für den Beginn des Praktischen Jahrs am 1. Oktober 1976 wird beschlossen, gemeinsame Kundgebungen von Fachschaften und zuständigen ÖTV-Gliederungen an den Kliniken anzustreben. Gleichzeitig werden alle Fachschaften aufgefordert, Vorbereitungen für einen bundesweiten Streik zu treffen.

ERKLÄRUNG DER HOCHSCHULLEHRER DER FAKULTÄTEN FÜR NATURWISSENSCHAFTLICHE MEDIZIN UND THEORETISCHE MEDIZIN

Die Hochschullehrer der Fakultäten für Naturwissenschaftliche Medizin und Theoretische Medizin nehmen zu den Vorgängen der vergangenen Tage Stellung:

Die Hochschullehrer teilen viele Bedenken der Studenten gegen die gegenwärtige Regelung des Praktischen Jahres. Sie sind der Ansicht, daß die Durchführung des Praktischen

Die Hochschullehrer teilen viele Bedenken der Studenten gegen die gegenwärtige Regelung des Praktischen Jahres. Sie sind der Ansicht, daß die Durchführung des Praktischen
Jahres vom Gesetzgeber nochmals überdacht werden muß.

Sie halten jedoch den unbefristeten Boykott für ein ungeeignetes Mittel, das sich zum Schaden der Studenten selbst auswirken muß. Für die Vergabe der Praktikum-Scheine ist eine regelmäßige Teilnahme Voraussetzung, die, wenn weiter "gestreikt" wird, nicht mehr gewährleistet werden kann.

Die Hochschullehrer beider Fakultäten werden die Vorlesungen und Praktika anbieten und mit den lernwilligen Studenten durchführen. Wer in einem Praktikum fehlt, versäumt den entsprechenden Teil des Praktikums und gefährdet damit seinen Schein. Die Behinderung lernwilliger Studenten an der Teilnahme der Lehrveranstaltungen ist illegal.

Dekan der Fakultät für Naturwissenschaftliche Medizin — Dekan der Fakultät für Theoretische Medizin

22.6.76. Ein starker Block von über 1 500 Medizinstudenten beteiligt sich an der VDS-Demonstration für BAFöG-Erhöhung.

26.6.76. Die Fachtagung Medizin beschließt: „Jede Fachschaft der Medizin der BRD führt im Wintersemester 76/77 auf einer Vollversammlung einen Beschluß herbei, ob eine Urabstimmung über Streik der Medizinstudenten und Boykott des Praktischen Jahrs im Frühjahr 77 erfolgen soll."

Oktober 1976. Zu Beginn des Praktischen Jahrs finden an den meisten Fachbereichen bzw. Unikliniken gemeinsame Kundgebungen- oder Veranstaltungen zwischen Fachschaften und ÖTV-Betriebsgruppen statt. Der Hauptvorstand der ÖTV „fordert ... den Gesetzgeber auf, ... unverzüglich tarifvertragliche Gestaltungsmöglichkeiten für die Arbeitsbedingungen und Ausbildungsinhalte der Absolventen einzuräumen".

4. – 5.12.76. Der Antrag, auf unbefristeten Streik hinzuarbeiten, wird von der Mehrheit der Sozialdemokraten und Revisionisten mit 14 zu 15 Stimmen auf der Fachtagung abgelehnt. Auf einer Fachtagung im Januar soll erneut darüber beraten werden.

22. – 23.1.77. Die VDS-Fachtagung Medizin beschließt auf Verlangen von Medizinerr-Vollversammlungen aus inzwischen 16 Städten den bundesweiten Streik der Medizinstudenten an den Hochschulen und im Praktischen Jahr für den Beginn des Sommersemesters 1977.

22.4.77. Der Hauptvorstand der ÖTV, Abteilung „Bund gewerkschaftlicher Ärzte", unterstützt die Forderungen nach tarifvertraglicher Absicherung der Ausbildungsinhalte, der Arbeitszeit und des Urlaubs, einer „angemessenen Ausbildungsvergütung" sowie der „Wahrnehmung der Interessenvertretung am Krankenhaus durch den Personalrat und die Gewerkschaften".

30.4.77. Die VDS-Fachtagung Medizin beschließt aufgrund der Urabstimmungsergebnisse an 17 Hochschulen in 9 Bundesländern den bundesweiten Streik.

VW-Vertrauensleute lehnen Schmückers neue Fertigungspläne ab

Wie wir in der letzen KVZ berichteten, hat der erfolgreiche Streik von 28 Arbeitern gegen die neuen Fertigungspläne in der Golf-Endmontage den Kampf der ganzen Arbeiter gegen die Verschärfung der Ausbeutung beflügelt. Auf einer Sondersitzung am letzten Mittwoch haben die Vertrauensleute der Schicht 1 einstimmig den Beschluß gefaßt, die sofortige Rücknahme der Fertigungspläne zu fordern und den Betriebsrat zur Verhandlung beauftragt.

Ist damit die notwendige Einheit hergestellt, um die Kraft der Arbeiter der ganzen Halle gegen diesen Angriff der Kapitalisten zu entfalten? Das ist die Frage, die über den Ausgang des Kampfes entscheidet. ein Dreivierteljahr haben die Kapitalisten an diesen Plänen gebastelt, um alle Möglichkeiten der Spaltung auszunutzen. Nur so können sie die Verschärfung der Ausbeutung gegen die Arbeiter durchsetzen – das ist die Lehre, die ihnen durch den erfolgreichen Widerstand der Arbeiter gegen die Stückzahlerhöhung auf 300 (76) drastisch vor Augen geführt wurde. Also zehntel- und hundertstelsekundenweise die Arbeitsgänge umgemodelt, überhaupt nur knapp die Hälfte direkt betroffen. Zusicherung gegenüber den Vertrauensleuten, daß alles auf Basis der alten Stoppzeiten geht und die restlichen durch allerlei Humanisierungsversprechungen von wegen Sitzgelegenheiten an den Bändern, mehr Versorgungsautomaten, Waschgelegenheiten und etliches mehr geködert. Vereinzelter Widerstand wird sich totlaufen, ist das Kalkül. Tatsächlich konnte der größte Teil der Maßnahmen durchgesetzt werden.

Der Streik der Fenstereinbauer hat die Lage geändert, weil er zeigte, daß die Spaltung überwunden werden kann. Dazu kam, die Versprechungen von Schmückers Offizieren sollten auch solche bleiben. Keine einzige Zusicherung ist eingehalten, neue Stoppzeiten wurden verwendet, teilweise regelrechter Beschiß, indem die Zeiten einfach so hingedreht wurden. Die Einstimmigkeit der Vertrauensleute beruht darauf, daß man sich derlei nackten Betrug nicht bieten lassen kann und die Pläne deshalb weg müssen.

Am Montag sollte der Betriebsrat verhandeln. Das hatte er zugesichert. Es wurde nicht verhandelt. Der Betriebsrat ist gar nicht erst erschienen. Der zweite Hallenbetriebsrat auch nicht da, kein Ersatzmann benannt. Empörung, aber auch Ratlosigkeit bei den Vertrauensleuten und den Arbeitern, die durch ein Flugblatt der Betriebszelle unterrichtet waren. Wie kann der Sozi sich das leisten? Es ist so: einmal auf den Humanisierungsschwindel hereingefallen, riskiert die Abteilungsleitung nicht viel, macht sie einen ganzen Schwindel daraus. Einmal die Stoppuhr als objektiv anerkannt, kann man schonmal probieren, diese oder jene Zehntelsekunde so hinzudrehen. Diese Begründung für die Ablehnung der Fertigungspläne kann die Spaltung nicht überwinden, weil klar ist, daß sie auch andersherum geht. Kann man kämpfen für ein paar Spüler, Automaten, Waschbecken und die größere Schufterei hinnehmen? Das geht nicht.

Dann gibt es auch noch Illusionen, besonders bei denen, die jetzt nicht betroffen sind, daß man so noch einmal davonkommt. Eine wirkliche Grundlage gibt es dafür nicht. Die Bourgeois-Presse hat die Veröffentlichung des Geschäftsberichts als „Wunder von Wolfsburg" gefeiert. Etwas über drei Milliarden DM Profit, vornehm „cash flow" genannt (wie Landgewinn plus Investitionen plus Rückstellungen), geben sie selbst zu. Um 31 % ist der Rohertrag pro Beschäftigten gestiegen. Schmücker dämpft den Jubel. 2,8 % ist die Umsatzrendite: „Wir sollten 5 % haben." Im LKW-Geschäft mit MAN muß man sich mit Mercedes anlegen. Dann sind da die „Japaner, die, wenn sie wollten, immer noch billiger anbieten könnten als wir und andere". Also dicke Extraprofite machen. Und, „das ist erst die Basis für eine kontrollierte Expansion".

Das ist eine Kriegserklärung gegen die VW-Arbeiter. Die „Personalpolitik der mittleren Linie" soll fortgesetzt, d.h. neue Sonderschichten abgepreßt werden. Ein auf dem MTM-System beruhendes neues Akkordsystem soll eingeführt werden.

Offensichtlich ist, daß die Sozialdemokraten alles daran setzen, die Spaltungsmanöver der VW-Kapitalisten wirksam zu lassen und den Kampf der VW-Arbeiter in Halle 12 dadurch totlaufen lassen wollen.

Die Vertrauensleute verlangen jetzt, daß am Dienstag auf jeden Fall mit der Abteilungsleitung verhandelt werden muß. Einige haben die Absetzung des Betriebsrats verlangt. Entscheidend ist aber, daß die Spaltung überwunden wird und die Illusionen bekämpft werden. Die neuen Fertigungspläne müssen weg, weil sie die Ausbeutung verschärfen und die Arbeitskraft noch schneller ruinieren. Ist das klar, dann wird man auch mit den Sozis fertig und kann den Kampf erfolgreich führen. Das haben die 28 Fenstereinbauer gezeigt. Die Genossen der VW-Betriebszelle kämpfen jetzt darum.

„Recht auf Arbeit"

Bis zu vier Wochen Zwangsarbeit ohne einen Pfennig Lohn kann das Arbeitsamt nach einer am 1. Mai in Kraft getretenen Verfügung von Arbeitslosen verlangen. Eine entsprechende Änderung der „Anordnung zur Förderung der Arbeitsaufnahme" hat der Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit beschlossen, „ohne Kontroverse", wie die Gewerkschaftsvertreter im Verwaltungsrat zugeben. (Frankfurter Rundschau, 6.5.)

„Schwervermittelbare" Arbeitslose können danach zu einer zwei- bis vierwöchigen „Arbeitsprobe" bei einem Kapitalisten gezwungen werden. Der Kapitalist zahlt keinen Lohn, der Arbeiter kriegt bestenfalls weiter Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe. Vertretungsrechte der Betriebsräte für die so Zwangsverpflichteten gibt es nicht. Für bis zu drei Monate kann sich daran eine „Probebeschäftigung" anschließen. Während dieser Zeit übernimmt das Arbeitsamt Lohn- und andere „Arbeitskosten" zu 100 %. Einzige Bedingung: Der Kapitalist muß die „Eignung des arbeitslosen Arbeitssuchenden für seinen Betrieb bezweifeln". An derlei „Zweifeln" soll es nicht fehlen, mit Gratisarbeit und so aufgezwungenem Hungerlohn werden sie dann „ausgeräumt".

Erklärtermaßen dienen die neuen Anordnungen dazu, schneller über die „Zumutbarkeit" einer Arbeit zu befinden. Die industrielle Reservearmee muß beweglich gemacht werden, nicht nur mit „Mobilitätszulage", sondern jetzt auch mit Zwangsarbeit. Wer sich weigert, kriegt eine Sperre, beim zweiten Mal soll das Arbeitslosengeld ganz gestrichen werden.

Die Arbeitslosenversicherung in den Händen der Kapitalisten ist ein Unterdrückungsapparat gegen die Arbeiterklasse. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer finden darin keinen Grund zur Kontroverse. Wir schon.

Die Bundesregierung hat das **Fregattenprogramm** beschlossen, zunächst sechs von insgesamt zehn Fregatten mit weltweitem Aktionsradius. Die Werftkapitalisten konkurrieren scharf darum untereinander. Der Vorstandsvorsitzende der HDW-Werft Henke rechnet mit einem Auftrag von 2,6 Millionen Fertigungsstunden. Denn: „Wir haben als erste deutsche Werft angesichts einer heraufziehenden Schiffbaukrise mit Kapazitätenreduzierung begonnen (. . .) und ein strenges Rationalisierungs- und Einsparungsprogramm eingeleitet – bei der Kostenstruktur eines Werftbetriebes sind Personaleinsparungen nun einmal nicht zu umgehen." (Kieler Nachrichten 3.5.) Durch ungeheure Verschärfung der Ausbeutung ist es den HDW-Kapitalisten gelungen bei verringerter Belegschaft und trotz neuer Aufträge den Handelsschiffbau so zu beschleunigen, daß das Dock VII ab Ende 1978 frei ist. Es wird für die Fregatten freigehalten. Die Wirkung des Kampfes um die Fregatten ist also Vernichtung von Arbeitsplätzen, Arbeitsplätze durch Fregatten gibt es allerhöchstens in Uniform auf fernen Meeren.

„Kernkraftwerke sichern Arbeitsplätze"

Mit diesem Argument versuchen die Kapitalisten und die Sozialdemokraten die Arbeiter für das imperialistische Energieprogramm zu gewinnen. Bei Brüninghaus in Westhofen bei Schwerte werden Gittermaste gebaut für das geplante Kernkraftwerk in Brokdorf. Es handelt sich um zwei kleinere von 200 m Höhe und zwei Maste von 250 m Höhe. Insgesamt soll der Auftrag den Brüninghauskapitalisten 8 Millionen einbringen. Um diesen Auftrag hat es heftige Konkurrenz gegeben zwischen Brüninghaus und einer italienischen Firma. Auf einer Betriebsversammlung im letzten Herbst hat die Betriebsleitung verkündet, daß es schlecht aussehe mit dem Auftrag und, wenn man den Auftrag nicht bekomme, auch mit den Arbeitsplätzen. Dann hat man über 3 Monate kurzarbeiten lassen. Um die Jahreswende haben die Brüninghauskapitalisten dann den Auftrag gehabt.

An dem Brokdorf-Auftrag arbeiten fünf Arbeiter. Die vorgegebenen Akkordminuten langen vorn und hinten nicht. Zu 10 000 vorgegeben Akkordminuten müssen von den Meistern in der Regel noch 30 000 zugeschoben werden. Diese 30 000 Minuten werden von den Meistern aber mit 5 Prozent weniger abgerechnet als die, die die Arbeiter selbst abrechnen. Das macht für einen Arbeiter in der Stunde 36 Pfennig aus, das sind im Monat rund 65 DM. Diese Lohnsenkung versuchen die Kapitalisten als Hebel zu benutzen, den Arbeitstag durch Überstunden auszudehnen. Zuerst sind Samstagsschichten eingeführt worden. Am Samstag werden zwei Schichten zusätzlich verfahren. Außerdem ist jetzt geplant, die Spätschicht auszudehnen von 8 auf 10 Stunden. Dagegen gibt es Widerstand bei den Arbeitern. Zur letzten Samstagsschicht sind von 11 Arbeitern in der Montagehalle nur 5 gekommen. Als in einer Kolonne über die Lohnsenkung diskutiert wurde, haben alle Arbeiter zugestimmt als einer sagte, daß man bei einer weiteren Lohnsenkung streiken müsse.

Forderungen nach 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich seit Januar 1977

Personalversammlung Fernmeldezeugamt	ÖTV	Steinfurt
Vertreterversammlung	Metall	Nordenham
Landesdelegiertenkonferenz	Holz u. Kunstst.	Hamburg
Vertrauensleutekörper Vulkan	Metall	Bremen
Vertrauensleutekörper Zentralkrankenhaus	ÖTV	Bremen-Nord
Bezirksversammlung Charlottenburg/Moabit	Druck	Berlin
Vertrauensleuteversammlung Zeiss	Metall	Göttingen
IG Druck Jugend	Druck	Kassel
Post Jugend	DPG	Kassel
Ortsverein Vollmarshausen	IG BSE	Vollmarshausen
Vertrauensleutekörper Ratio	HBV	Kassel
Jugendgruppe HBV	HBV	Münster
Arbeitskreis Gesundheitswesen	ÖTV	Dortmund
Ortsverein Druck	Druck	Essen
DGB-Jugendgruppe		Herne
Vertrauensleutekörper Rheinkabel	Metall	Köln
Vertrauensleutekörper KHD	Metall	Köln
Leybold Heraeus (Abteilung WVG 35 und SAV)	Metall	Köln
Pulsotronic (Abteilung Versand und Packerei)	Metall	Gummersbach
ÖTV-Betriebsgruppe Universität	ÖTV	Bonn
Ortsjugendausschuß	Druck	Aachen
Vertrauensleutekörper Garbe, Lahmeyer & Co.	Metall	Aachen
Fachgruppe Sozialpädagogik	ÖTV	Aachen
Betriebsversammlung Opel Rüsselsheim	Metall	Rüsselsheim
Jahreshauptversammlung	Druck	Wiesbaden
Betriebsgruppe Mühltal	ÖTV	Mainz
Jahreshauptversammlung	Druck	Mainz
Kreisjugenddelegiertenkonferenz		Offenbach
Arbeitskreis junger Metaller	Metall	Offenbach
Jugendbetriebsgruppe Siemens	Metall	Frankfurt
BG d. Gemeinschaftswerkes ev. Publizistik	ÖTV	Frankfurt
Landesbezirkstag Hessen	Druck	Frankfurt
Mitgliederversammlung Sòcietätsdruckerei	Druck	Frankfurt
Jahreshauptversammlung	Druck	Darmstadt
Vertrauensleutekörper Röhm	Chemie	Darmstadt
Vertrauensleutekörper Schenck	Metall	Darmstadt
Ortsvereinsversammlung	Druck	Mannheim
Rhein-Neckar-Bezirkskonferenz	Druck	
Jahreshauptversammlung	Druck	Stuttgart
Ortsverein	Druck	Konstanz
Jahreshauptversammlung	Druck	Freiburg

Entlassungen in der Stahlindustrie

Rationalisierung und Schaffung einer industriellen Reservearmee

Nordrhein-Westfalen

Thyssen: Thyssen-Niederrhein Oberhausen: entweder Stillegung des Siemens-Martin-Stahlwerkes (2 500 Entlassungen) oder Ersatz durch ein Elektrostahlwerk (1 600 Entlassungen). Am 15.4.77 demonstrierten 3 000 Stahlarbeiter in Oberhausen gegen die drohenden Entlassungen.

Thyssen-Niederrhein Duisburg: an der Drahtstraße 344 Entlassungen geplant.

„Indes wird die Thyssen-Gruppe, die schon bisher ihren Belegschaftsabbau auf ‚stillen Wegen' vollzog, solche Anpassungen weiterhin ohne die neuerdings auch in der Stahlindustrie zu beobachtenden Massenentlassungen vollziehen." (Welt, 18.3.1977)

Mannesmann: Düsseldorf-Reisholz: 1 800 Entlassungen (1 400 Arbeiter, 400 Angestellte) geplant. Demonstration von 3 000 Mannesmann-Arbeitern am 26.3. unter der Forderung: „Keine Entlassungen!"

In der Blechpresserei sind 750 Arbeitsplätze „noch unklar".

Hoesch: Dortmund: „Die Produktion in den Hoech-Werken Phoenix und Westfalenhütte mitten im Stadtgebiet von Dortmund kann auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden." (FAZ, 8.3.77)

Wuppertal: Das Werk Wuppertal der Hoesch Siegerland-Werke AG wird am 31.3.78 stillgelegt, 133 Entlassungen.

„Im ersten Quartal ist die Belegschaft um weitere 344 Mitarbeiter reduziert worden. Außerdem wurde beschlossen, bis Ende 1979 in der kaufmännischen und technischen Verwaltung 1 730 Beschäftigte freizusetzen." (Welt, 6.5.77) Für 1977 sind insgesamt 1 037 Entlassungen geplant.

Krupp: „Es wird in der Branche darüber gemunkelt, daß im Konzern der Friedrich Krupp Hüttenwerke über solche Pläne (Entlassungen) intern ebenso beraten wird wie bei der ThyssenTochter Niederrhein in Oberhausen." (Handelsblatt, 18.3.47)

Klöckner: Hütte Hagen-Haspe: 1977 insgesamt 167 Entlassungen, im nächsten Jahr sollen weitere 40 folgen.

Saarland

Neunkircher Eisenwerke: 900 Entlassungen bis Jahresende

Röchling-Burbach: Völklingen: Teilstillegung, 1 300 Entlassungen. Am 1.3. demonstrierten 1 000 Stahlarbeiter in Neunkirchen, am 9.3. 6 000 in Völklingen und am 16.3. 10 000 in Burbach bei Saarbrücken gegen die Entlassungen.

Niedersachsen

Peine & Salzgitter: „Allerdings wird die Belegschaft durch Nichtersetzen von Fluktuation und vorgezogenen Pensionierungen weiter abgebaut werden, nachdem sie im Gesamtkonzern im vergangenen Geschäftsjahr um fast 5 % auf rund 54 000 Beschäftigte reduziert worden war." (Stuttgarter Zeitung, 19.4.77) 1 000 sollen in diesem Jahr entlassen werden.

Bayern

Klöckner Maxhütte: „Vorstandsvorsitzender Dr. Gienow teilte in der Bilanzbesprechung mit, von den rund 6 900 Arbeitsplätzen auf der Maxhütte seien ca. 1 200 aus strukturellen Gründen zuviel, und dieser Überhang müsse bereinigt werden." (Süddeutsche Zeitung, 25.3.77)

Elektroindustrie: Kampf für mehr Lohn, gegen Akkord und Überstunden

Braunschweig. Wie die Siemenskapitalisten die Fertigung des neuen elektronischen Fernschreibers FS 1 000 in Berlin konzentrieren (sie haben dafür in Berlin allein 50 Millionen investiert), so konzentrieren sie jetzt die Fertigung (Restfertigung) des alten elektromechanischen Fernschreibers für Europa in Braunschweig. Die Teilfertigung aus Lanklaar (Belgien) wurde abgezogen und nach Braunschweig verlagert.

Die Absichten der Siemenskapitalisten werden klar in einem Zitat des Personalchefs v. Oertzen in den Siemensmitteilungen 4/77. „Es wäre falsch, wenn wir hier Rationalisierung und technischen Fortschritt nicht vornehmen würden, nur um im Augenblick Arbeitsplätze zu erhalten", sagte er. „Denn wenn wir nicht ebenso leistungsfähig sind, wie die Weltkonkurrenz, fliegen wir aus dem Markt."

Damit einher geht eine Intensivierung der Arbeit und Ausdehnung der Überstundenarbeit.

Bisher gab es für die Revisorgruppe für Drucker keine Stückzahlvorgaben. Die Arbeit ist im Zeitlohn, Tariflohngruppe V. Die Arbeiterinnen, die jetzt neu an dieser Arbeit angelernt werden, müssen jetzt am Schluß der Anlernzeit mindestens zehn Stück schaffen. „Sonst wird es nichts an diesem Arbeitsplatz", wurde ihnen gesagt. Bei der Revision der Drucker müssen 300 Prüfvorgänge und Einstellhandgriffe gemacht werden, es sollen also 3 000 am Tag sein. Die Kolleginnen, die zur Zeit eingearbeitet werden, berichten, daß sie zur Zeit höchstens vier Stück am Tag schaffen. Sie unterhalten sich bereits darüber, daß sie die täglichen Stückzahlen absprechen müssen, um sich nicht gegenseitig hochzutreiben.

Ähnlich ist es bei der Einstellung der Sender, der aus Lanklaar geholt wurde. Die Arbeiter sollen da ebenfalls im Zeitlohn jetzt 80 Stück am Tag schaffen. Einer berichtete uns, daß das unmöglich ist. Jetzt sollen die Einsteller auch noch die Reperaturen übernehmen, die vorher ein Arbeiter, der extra in Lanklaar dafür angelernt wurde, durchgeführt hatte. Der wurde jetzt abgezogen.

Zu dieser Intensivierung der Arbeit, Verdichtung des Arbeitstages nutzen die Kapitalisten die Lohnraubabschlüsse, um den Arbeitstag zu verlängern, denn viele sind jetzt auf die paar Mark angewiesen. In allen Abteilungen der Fernschreiberfertigung werden jetzt Überstunden gefahren, oft auch noch sonnabends. Die Siemenskapitalisten wollen aus der auslaufenden Fernschreiberfertigung noch soviel Profit wie möglich schlagen. Die Gesundheit der Arbeiter geht dabei drauf. Vor zwei Wochen ist in der Fernschreiberfertigung ein 42-jähriger Arbeiter in der Toilette tot zusammengebrochen: Herzversagen. Arbeiter berichten, daß er nach der Arbeit (mit Überstunden) noch 4-6 Stunden Taxi gefahren hat, um seine drei Kinder ernähren zu können. Die Kapitalisten pressen die Arbeitskraft aus bis zu ihrer Vernichtung.

Seitdem sollen die Meister wesentlich größere Schwierigkeiten haben, die Kollegen noch für Überstunden zu gewinnen. Viele weigern sich jetzt einfach, sonnabends zu kommen.

Auf der letzten Betriebsversammlung wurde der Betriebsrat, nachdem er wortradikal gegen Überstunden aufgetreten war, aufgefordert, auch tatsächlich keiner Überstunde zuzustimmen, was er zur Zeit nicht macht. Es ist notwendig, die Sozialdemokraten im Betriebsrat dazu zu bringen.

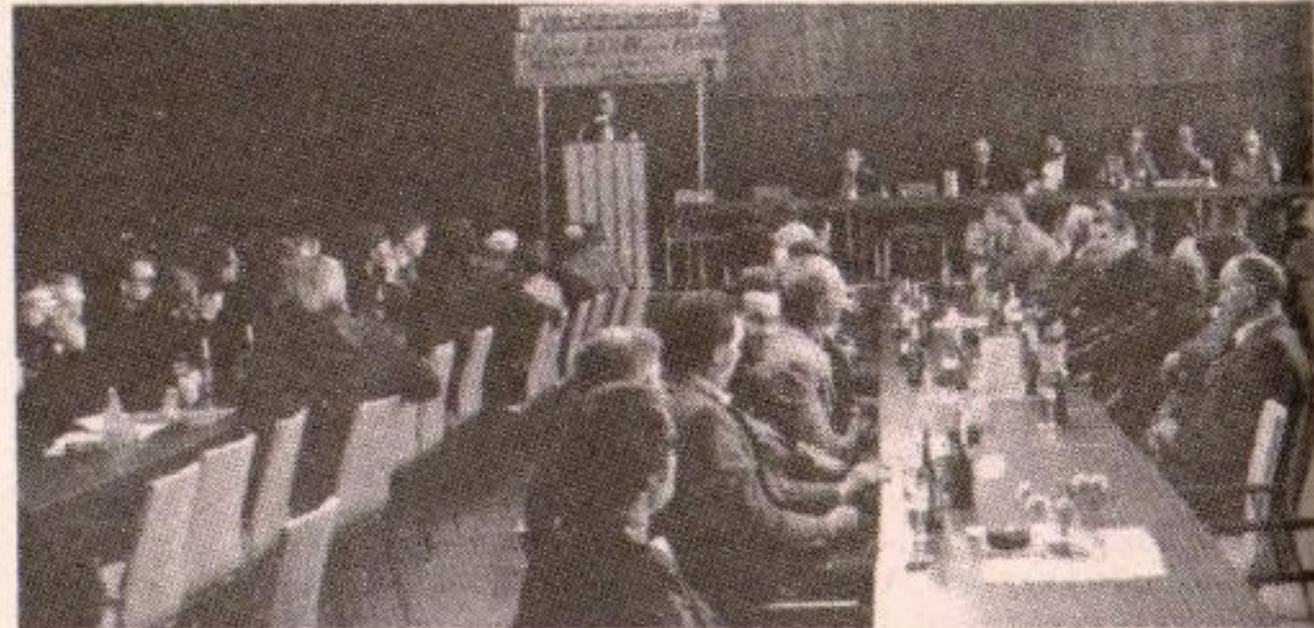
Bockenem. Zum 30.6. laufen die Tarife in der niedersächsischen Kautschukindustrie aus. In den Betrieben wird der Lohnkampf vorbereitet. Bei den Meteor-Moosgummiwerken in Bockenem wird in einer Unterschriftensammlung der Vertrauensleutekörper aufgefordert, eine Festgeldforderung von 1 DM, 173 DM im Monat aufzustellen. Schon in den ersten beiden Tagen unterschrieb in zwei Abteilungen eine klare Mehrheit, in einer weiteren Abteilung unterschrieben alle Arbeiter. Im letzten Jahr haben die Kapitalisten den 5,6 %-Abschluß genutzt, um den Zwang zu Schicht- und Akkordarbeit und zu Überstunden zu steigern. An den großen Pressen, wo Dichtungen für die Autoindustrie gebeizt werden, haben sie den Akkord um bis zu 30 % gesenkt. Die Arbeiter haben dort im Dezember in einem einstündigen Streik in allen drei Schichten einen Mindestlohn von 132,5 % erkämpft. Für die Festgeldforderung sind die Arbeiterm weil „nur auf dieser Forderung die notwendige Einheit aller Arbeiter, Facharbeiter und des größten Teils der Angestellten hergestellt werden kann" und „allein am Verhandlungstisch nichts laufen wird". Bei einem Organisationsgrad von 92 % schwätzen die Sozialdemokraten, ein Streik sei unmöglich. Dazu ein älterer Arbeiter auf der letzten Vertrauensleutesitzung: „Wenn die Gewerkschaft nicht dazu da ist, den Streik zu organisieren, wozu dann?!"

Osnabrück. Am Montag beschlossen alle vier Organisierten von insgesamt sechs Bauarbeitern einer Baustelle der Firma Krause, Osnabrück, die „Mitgliederbefragung" der IG Bau-Steine-Erden über das 6,4 %-Verhandlungsergebnis gemeinsam in der Baubude mit Ablehnung zu beantworten. Die Sozialdemokraten wissen ganz genau, daß das 6,4 %-Ergebnis von den Mitgliedern und allen Bauarbeitern abgelehnt wird. Deshalb schicken sie ihnen die Befragung ins Haus in der Hoffnung, daß die Arbeiter dann alleine dem Tarif zustimmen. Alle fanden es daher notwendig, ihren Willen auf der Baubude kollektiv und öffentlich zu äußern. In der Diskussion wurde errechnet, daß 6,4 % die Arbeiter zwingen würden, regelmäßig schwarz zu arbeiten, um die Reproduktion der Arbeitskraft einiger-
Reproduktion der Arbeitskraft einiger-
maßen zu sichern.

Der 6,4 %-Abschluß wird abgelehnt – Streik!

„Mitgliederbefragung" in der IG Bau, Steine, Erden

Auf 6,4 % hatten sich die sozialdemokratischen Führer der IG-Bau, Steine, Erden mit den Kapitalisten geeinigt. Verschiedene Spaltungsmanöver haben sie eingeleitet, zur Durchsetzung dieses Ergebnisses unter den Bauarbeitern. Offene Spaltung: den Facharbeitern soll pünktlich zur nächsten Tarifauseinandersetzung ab 1.5.78 eine Zulage von „durchschnittlich" 1,5 % der Tariflohnsumme gezahlt werden, um sie vom Lohnkampf abzuspalten. „Demokratie": Jeder einzeln und ohne Debatte und Beschlußfassung auf den Baustellen und Gewerkschaftsversammlungen sollen die Bauarbeiter ihre Antworten in der „Mitgliederbefragung" als „Empfehlung" an den Gewerkschaftsbeirat schicken, der am 12.5. tagt und entscheidet. Die Bauarbeiter nutzen die Lage um ihre Einheit und Kraft zu entwickeln. Der nachstehende Bericht von einer Mitgliederversammlung in Kiel gibt davon ein Beispiel:



Die Bauarbeiter wollen den Streik gegen die Kapitalisten. In Oldenburg, wo schon vor dem Abschluß 150 gestreikt hatten, haben bis Sonntag in der „Mitgliederbefragung" 260 gegen den Abschluß und damit für Streik gestimmt, nur 80 für die Annahme der 6,4 %. Unser Bild zeigt die dortige Mitgliederversammlung.

Kiel. In Kiel wurde die Abstimmungsversammlung von 153 Kollegen besucht, seit Jahren eine der bestbesuchten Versammlungen des Bezirksverbandes. Mit Zahlenspielereien wie: 6,4 % mehr Lohn, 0,8 % Erhöhung des 13. Monats gehalts, 1,5 % Sommerlohnausgleich (bisher einmaliger Pauschalbetrag von 190 DM), macht zusammen 8,7 %, macht für den Facharbeiter 0,75 DM pro Stunde plus 160 DM mehr Weihnachtsgeld – und das Ganze ohne Streik und nur durch Verhandlungen, versucht der Gewerkschaftssekretär den Abschluß zu verkaufen. Immer wieder hebt er beschwörend hervor, die Bauarbeiter sollten sich die Konsequenzen einer Ablehnung genau überlegen. Der Streik sei ein Spiel mit dem Feuer, wo jeder ein persönliches Risiko tragen müßte, orakelt er. Das Flehen und Drohen und Spalten hat nicht gefruchtet. Die lange Rede des Gewerkschaftssekretärs wird mehr und mehr durch Unruhe gestört, weil die Bauarbeiter ein Nein hören wollen statt Phrasen über „innere Verantwortung jedes einzelnen". Gleich der erste Arbeiter der zu Wort kommt, greift den Lohnraubabschluß an, verurteilt die Abspaltung der Facharbeiter und fordert, daß die Versammlung der Großen Tarifkommission den Vorschlag macht, die 8,5 %-Forderung fallen zu lassen und den Streik für die Forderung nach 1 DM für alle zu organisieren.

In allen Redebeiträgen wird die Ablehnung der 6,4 % und die Organisierung des Streiks gefordert. Keiner spricht sich für Annahme aus. „Die Kollegen waren auf Streik eingestellt und sind für den Streik. Da kann man sich an 6,4 % überhaupt nicht gewöhnen", führt ein Betriebsrat aus, bei dem gerade eine Bertriebsversammlung zur Tarifrunde stattgefunden hat. Als ein Kollege enthüllt, daß der Arbeitgeberverband der Baukapitalisten bereits die neuen Lohnlisten mit dem noch gar nicht abgeschlossenen Tarif an seine Mitglieder geschickt hat, herrscht helle Empörung. Ein Redner führt aus, daß die Lage der Bauarbeiter, ein Hungerlohn als Tariflohn, der zu Überstunden, Schwarzarbeit und Akkordhetze zwingt, staatliche Ausplünderung mittels Steuern und Gebühren, wie jetzt die Mehrwertsteuererhöhung und die anstehenden Fahrpreiserhöhungen bei der Kieler Verkehrs-AG, keine andere Entscheidung zulassen als Ablehnung und Streik, bringt die Versammlung deutlich zum Ausdruck, daß das ihre Meinung ist.

Der Arbeiter berichtet von dem Brief seiner Kolonne an die Große Tarifkommission, wo gefordert wird, die 8,5 % fallen zu lassen, und die Forderung nach 1 DM für alle aufzustellen und dafür Kampfmaßnahmen zu organisieren. Unter Beifall stellt er fest, daß nur so die Spaltung verhindert und die Einheit für den Streik hergestellt werden kann.

Die Abstimmung über Annahme oder Ablehnung der 6,4 % ist nach dieser Debatte klar – von den 153 Anwesenden stimmen 137 für Ablehnung und 16 für Annahme. Das sind fast 90 % für Streik.

Die Sozialdemokraten wollen alle, die ihre Karte nicht abschicken, als Stimmen für die 6,4 % zählen. Diesem Taschenspielertrick muß eine Abfuhr erteilt werden, indem alle ihre Ablehnung der 6,4 % hinschicken. Der Streik muß für 1 DM für alle organisiert werden. In Warnstreiks muß diese Forderung erhoben werden. – (Bezirksverband Holstein)

Warnstreiks erlaubt?

„Gewerkschaftliche Warnstreiks erlaubt", jubelte der DGB im Januar zu einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts Kassel unter Zustimmung der Gruppe Rote Fahne.

Es handelte sich um das Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 17.12., nach dem ein Arbeiter, der sich im Tarifkampf 1974 an einer von der IG Metall organisierten Demonstration beteiligt hatte, nach Kündigung des Kapitalisten Fissler in Idar-Oberstein wieder eingestellt werden mußte. Weil, „. . . . Warnstreiks der in der Rede stehenden Art dienen dem beschleunigten Abschluß von Tarifverhandlungen . . . Sie sind gewisse Ordnungsmittel zur Herbeiführung und Beschleunigung eines neuen Tarifvertrags". (Vorläufige Begründung des Bundesarbeitsgerichts)

Wir hatten zu diesem Urteil in der KVZ Nr. 2/77 am 13. Januar geschrieben: „Wir erklären das Urteil für eine große Lumperei, denn: Die ‚Warnstreiks – der in der Rede stehenden Art', die jetzt erlaubt sind, können hinterrücks verboten werden und sind überhaupt selten. Bekanntlich gilt *vor* Abschluß der Schlichtungsverhandlungen die ‚Friedenspflicht', ruft die Gewerkschaft während dieser Friedenspflicht zu Kämpfen auf, ‚trägt' diese also, so kann sie schadensersatzpflichtig gemacht werden. Deswegen ruft die Gewerkschaft in aller Regel *nicht* offiziell zu solchen notwendigen Streiks auf, sondern stützt sie bestenfalls unter der Hand."

Das „Handelsblatt" schreibt nun befriedigt, nachdem die vollständige Begründung des Urteils erschienen ist, unter den Überschriften „Warnstreiks nicht nach Lust und Laune" und „Die spontanen Streiks können teuer werden". „Grundsätzlich kann also zu diesem Urteil festgestellt werden, daß zumindest in solchen Branchen, in denen durch Schlichtungs- oder Schiedsvereinbarungen – wie in der Metallindustrie – das Erlöschen der Friedenspflicht eindeutig an gewisse Bedingungen wie z.B. die Erklärung des Scheiterns der Verhandlungen geknüpft ist, Warnstreiks vor diesem Zeitpunkt, also während noch bestehender Friedenspflicht, nach diesem BAG-Urteil illegitim bleiben.

Und jeder Warnstreik ist ex definitione des BAG rechtswidrig, der nicht von der zuständigen Gewerkschaft getragen oder verantwortet wird. Die Organisation von ‚spontanen' Streiks durch die Gewerkschaft, um das Tarifklima anzuheizen, ohne daß die Gewerkschaften in Haftung gehen, ist nicht erlaubt. Auch bleiben gezielte Warnstreiks, die über die ‚Abmachung' des Tarifpartners hinausgehen und in Wirklichkeit nur dessen wirtschaftliche Schädigung bezwecken, unverhältnismäßig und deshalb weiter verboten." (Handelsblatt, 28.3.)

Streiks von Arbeitern, während der Tarif noch gilt, sind verboten. Sie sind jedoch auch, und das bestätigt dieses Urteil, *nach* dem Auslaufen des Tarifs verboten, und zwar während der Schlichtung. Dagegen gibt es Kampf. Also wollen die Sozialdemokraten diesen Tatbestand vertuschen. Sie erklärten das Urteil sogar zu ihrem „Rechtsstandpunkt". Jetzt ist heraus, was das für einer ist.

Tarifkampf im Einzelhandel vor der Entscheidung

Gegen Zersplitterung der Tarife – Streik für 170 DM

Im niedersächsischen Einzelhandel besteht seit dem 1. Mai tarifloser Zustand. Am 28.4. hat der Spalterverband DAG bei durchschnittlich 6,5 % abgeschlossen. Die HBV hat dem nicht zugestimmt. Letzten Freitag wurde in verschiedenen Hannoveraner Betrieben gestreikt: Bei Karstadt legten 20 Dekorateure und etwa ebensoviel Verkäufer bis zu zwei Stunden die Arbeit nieder. Bei Horten veranstalteten 60 bis 70 Lagerarbeiter, Verkäufer und Beschäftigte aus dem Restaurant einen dreiviertelstündigen „Informationsgang" durch das ganze Haus zur Geschäftsleitung. Bei Neckermann, wo nach der Eingliederung in den Karstadt-Konzern Massenentlassungen eingeleitet worden sind, wurde eine außerordentliche Betriebsversammlung zur Beratung der Lage im Tarifkampf durchgesetzt.

Die Streikaktionen in Hannover zeigen den einzigen Weg aus der Krise, in die die Sozialdemokraten den Lohnkampf der Lohnabhängigen im Handel geführt haben. Erst hatten sie eine Spalterforderung von 9,4 %, mindestens 120 DM aufgestellt. Davon sind sie noch vor den letzten Verhandlungen öffentlich runtergegangen. Nach dem Abschluß der DAG ist z.B. in einem Flugblatt der Göttinger Verwaltungsstelle von einer Forderung buchstäblich nicht mehr die Rede. Dafür wußte die „Hannoversche Allgemeine" schon am 30. April zu berichten, daß es „der DGB-Gewerkschaft HBV darum" geht, „noch durchschnittlich 0,2 % mehr herauszuholen." eine Woche hat die HBV-Landesleitung zum Dementieren Zeit gehabt, sie hat es nicht getan. In dem zitierten Göttinger Flugblatt ist auf der Rückseite die Streikunterstützung mit Ausrufezeichen vermerkt. Die Sozialdemokraten müssen die Streikbereitschft der Belegschaften irgendwie aufgreifen. Ernsthaft den Streik organisieren wollen die nicht. Wie soll das auch gehen, für 0,2 %?

Nullkommazwo, so nennen die Sozialdemokraten den Unterschied zwischen offener und schlecht verhüllter Kapitulation vor den Kapitalisten. Die riechen die Chance, einen *großen* Schlag gegen die gewerkschaftliche Organisation zu führen, und es nach dem Hamburger „Vorbild" aus dem letzten Jahr erst mal beim tariflosen Zustand zu lassen. Sie werden frech. Der Lohnraub soll sogleich zur Abpressung von Überstunden und zur Unterhöhlung des Ladenschlusses genutzt werden. In Northeim haben die Einzelhändler schon am 24.4. an einem Samstag nachmittag geöffnet und vier Überstunden arbeiten lassen.

Die Streiks in Hannover haben dem Übermut der Einzelhandelskapitalisten schon einen kräftigen Dämpfer verpaßt. Auf einmal ist wieder von Verhandlungsbereitschaft die Rede. Den 20.5. haben die Kapitalisten als neuen Termin angeboten. Damit ist noch nichts gewonnen. Die Frechheit, einen Termin exakt nach Ablauf eines Ultimatums der HBV-Führung vorzuschlagen haben sie, und gedacht ist das ganze als Manöver zur Abwiegelung. Aber sie sind gezwungen zu reagieren. Die Streiks bringen die Konkurrenz unter den Kapitalisten erst zur Geltung.

Entscheidend für den Sieg im Lohnkampf ist, welche Seite die Konkurrenz untereinander am weitesten einschränken kann. Die Kapitalisten versuchen auf Grundlage der Hungerlöhne im Handel die Konkurrenz zu schüren und die Lohnabhängigen zu spalten. Einige, wie in Göttingen, durch sofortige Auszahlung der mit der DAG vereinbarten Erhöhung, um die 0,2 % in ihrer ganzen Lächerlichkeit strahlen zu lassen. Allgemein durch Zersplitterung des Tarifwesens und damit der Kraft der Lohnabhängigen. Die Sozialdemokraten haben diese Zersplitterung zu verantworten, und sie verhelfen ihr erst zur vollen Wirkung. Am gleichen Tag, wo in Niedersachsen 6,5 % abgelehnt werden, schließt die HBV in Bayern bei ebendiesen 6,5 % ab, am 2.5. auch in Bremen. Während sie in Niedersachsen schwungvoll die Kapitulation vorbereiten, werden die Verhandlungen in Schleswig-Holstein und Hamburg, wo die Tarifverträge gleichzeitig ausgelaufen waren, verschleppt; in Hamburg sollen sie erst am 16. beginnen. In Westberlin gilt gar eine Laufzeit bis zum 30.6.

Alles ist also eingefädelt von den Kapitalisten und ihren sozialdemokratischen Kumpanen für eine schwere Niederlage. Aber mit den Streiks haben die Lohnabhängigen begonnen, die Lage zu wandeln. Die Belegschaften gewinnen in der Krise der Tarifauseinandersetzung Bewegungsraum gegenüber der Gewerkschaftsführung und gehen zu Kampfaktionen gegen die Kapitalisten über. Wenn diese Kampfaktionen zum allgemeinen Streik geführt werden sollen, und das müssen sie, sonst geht nichts, muß eine Forderung her, auf der Streik möglich ist. Eine solche Forderung ist die nach 170 DM für alle, die die Fachgruppe Buchhandel in Göttingen jetzt erneut bekräftigt hat. Es gibt welche, die haben gesagt, *jetzt* kann die Forderung nicht mehr geändert werden, das schwächt gegenüber den Kapitalisten. Gibt es einen besseren Beweis als die jetzt eingetretene Lage, was den Lohnkampf wirklich schwächt?!

Die Zersplitterung des Tarifwesens kann nicht länger geduldet werden. Vereinheitlichung und gemeinsamer Kampf aller Lohnabhängigen im Bereich HBV ist nötig. Die Arbeiter und Angestellten vor allem in Schleswig-Holstein und Hamburg gehören jetzt an die Seite ihrer Kollegen in Niedersachsen.

Die Sozialdemokraten reden sich auf die Schwäche der gewerkschaftlichen Organisation heraus, die sie selbst zu verantworten haben. Wo zu selbständigen Kampfaktionen übergegangen wird, wird die gewerkschaftliche Organisation gestärkt. Noch am Freitag erklärten in Hannover Mitglieder der Spalter-DAG, daß sie jetzt in die HBV eintreten werden. – (N-Red.)

Mehrwertsteuererhöhung gegen „Lohnsteuerstaat"?

Interview mit einem sozialdemokratischen Arbeiter auf der Klöckner-Hütte Bremen

Der sozialdemokratische Finanzminister Apel hat kürzlich die Mehrwertsteuererhöhung damit begründet, daß man den Lohnsteuerstaat verhindern müsse.

Ich bin gegen die Mehrwertsteuererhöhung! Ich glaube auch nicht, daß sie damit durchkommen.

Nach Apel kommt dann der „Lohnsteuerstaat".

Ach, weißt Du, das bleibt sich doch gleich. Bezahlen tun wir das sowieso. Die Forderung nach 1 500 DM monatlich steuerfrei finde ich richtig. Die ist im Interesse der Arbeiter. Mit den indirekten Steuern weiß ich nicht recht, ob die weg sollen. Das ist doch neben der Lohnsteuer eine der Haupteinnahmequellen des Staates. Und irgendwo muß der Staat das Geld, das er braucht, doch hernehmen.

Der Staat ist der geschäftsführende Ausschuß der Kapitalistenklasse; er dient nur ihren Interessen. Deshalb muß man verlangen, daß er durch die progressive Besteuerung des Einkommens aus Vermögen, Erbschaft usw. finanziert wird, also auch von den Kapitalisten bezahlt wird.

Ja, das ist richtig. Ich kriege monatlich ungefähr 1 900 DM brutto. Davon gehen etwas über 400 DM Abzüge ab, 240 bis 250 DM allein für die Lohnsteuer. Von dem Rest muß ich eine vierköpfige Familie ernähren.

Ein Arbeiter der das Gespräch teilweise mit angehört hatte, mischte sich ein: 1 500 DM steuerfrei. Ja, das wäre schon richtig. Aber die machen doch nicht, was gegen ihre Wirtschaft gerichtet ist. Das wird nie was. Doch, wenn wir uns einig sind und die Forderung vor allen Dingen auch in der Gewerkschaft verankern können, meinte darauf wieder der andere Arbeiter: Du bist doch in der SPD und bis vor einiger Zeit noch mit deiner Frau zu Sitzungen und Versammlungen gegangen.

Aber heute nicht mehr. Es gibt bestimmt viele in der Partei, die das nicht richtig finden, was die Regierung macht. Ich finde die von dir genannten Forderungen richtig und unterstütze sie. Wenn sie mich deswegen aus der SPD ausschließen wollen, sollen sie doch. – (Betriebszelle Klöckner, Bremen)

> Auf einem Kongreß Deutscher Steuerberater in Bonn sagte Apel, um die Belastungen durch Lohn- und Einkommenssteuer mindern zu können, müsse die Mehrwertsteuer angehoben werden. Der Minister apellierte an die Steuerberater.. durch Aufklärung der Bürger Steuerverdrossenheit entgegenzuwirken. Viele dieser Bürger haben das Gefühl, in einem Räderwerk zu sitzen, dessen Funktion, dessen unbarmherziges Wirken sie weder übersehen noch beeinflussen können. Und in sofern gewinnt für mich Vereinfachung, Verbesserung, Erleichterung der Steuergesetzgebung eine ganz andere Dimension. Diese ist nicht nur eine Frage der Technik, es ist auch eine Frage der Demokratie, und wenn wir Demokratie wollen, dann müssen wir auch wollen, daß die Bürger begreifen, warum gewisse Dinge so sind, und deswegen müssen wir gemeinsam – und Sie werden uns dabei helfen, weiterhin den Kompromiß suchen, mehr Einfachheit der Steuergesetzgebung, aber gleichzeitig nicht Verlust der Gerechtigkeit in der Steuergesetzgebung." (Finanzminister Apel in den ZDF-Nachrichten vom 2.3.77)

„Wir sind es, die ganz allein die Verantwortung für die Erziehung unserer Kinder tragen ..."

Eltern und Schüler kämpfen gegen die Entlassung einer Lehrerin

Bremen. Am 30.4. hatte die kommunistische Lehrerin Angela von Bremen Bescheid bekommen, daß sie zum 30.6. aus dem Schuldienst entlassen wird. Etwa 250 Schüler der Pestalozzi-Schule Gröpelingen bestreikten daraufhin am Mittwoch, den 4.5. den Unterricht zwei Stunden lang. Sie versammelten sich vor dem Schulgebäude. Ihrem Haß gegen die bürgerliche Schule machten sie Luft, indem sie das Schulgebäude mit rohen Eiern bewarfen. Alle Versuche von Rektor Mannweiler, die Schüler wieder in den Unterricht zu kriegen, schlugen fehl. Im Gegenteil. Mannweiler drohte mit blauen Briefen, als Antwort traf ihn ein rohes Ei. Selbst Drohungen mit schlechten Zensuren verfehlten zunächst ihre Wirkung. Eine Klasse sollte eine Mathematik-Arbeit schreiben. 27 Schüler davon beteiligten sich trotzdem am Streik. Zum nächsten Tag machten Schüler der Klasse H 7 c, wo Angela von Bremen Klassenlehrerin ist, ein Flugblatt. Sie stellten ihre Forderungen:

„Frl. von Bremen muß Lehrerin bleiben! Unser Schulleiter ist ein Unterdrücker! Die H 7 c fordert einen neuen Mathe-Lehrer!" Die letzte Forderung richtet sich direkt gegen Rektor Mannweiler, der die Klasse in Mathematik unterrichtet. Hier schwingt er den Notenknüppel so sehr, daß Schüler sich nicht mehr trauen, im Unterricht zu fragen, so daß immer mehr Schüler auf Fünfen und Sechsen gesetzt werden. Die Schüler schlugen vor, weiter zu streiken und nach der großen Pause eine Demonstration durch Gröpelingen zu machen. Sie versammelten sich vor Schulbeginn auf dem Sportplatz, gingen nicht in den Unterricht, sondern versuchten, die anderen Klassen für Streik und Teilnahme an der Demonstration zu gewinnen. Aber als es dann um 10 Uhr los ging, schlossen sich nur wenige weitere Schüler an.

Schüler der Abgangsklassen sagten morgens, daß sie gern weiter machen würden, aber sie könnten nicht mehr. „Nachher krieg ich einen Vermerk ins Zeugnis oder schlechte Zensuren. Und dann ist's aus mit der Lehrstelle." Die 27 Schüler, die die Mathe-Arbeit bestreikt hatten, erhielten die versprochene Sechs. Auch diese Klasse konnte nicht für die Demonstration mobilisiert werden. Die Schulbehörde versuchte, die Eltern gegen den Streik der Schüler zu mobilisieren.

Trotzdem ließen sich die Schüler der H 7 c nicht beirren. Mit 30 Mann marschierten sie los zu den anderen Gröpelinger Schulen. Die ganze Zeit strich die Polizei um die Demonstration herum. An einer unbelebten Stelle überfiel sie die Schüler und entriß ihnen das Megaphon. Jedoch blieb es nicht in den Händen der Polizei, sondern wurde aus dem Streifenwagen wieder herausgeholt.

In monatelangen Auseinandersetzungen hatte sich eine feste Einheit der Schüler der H 7 c herausgebildet. Zu einem Elternabend im März hatten die Schüler zwei Flugblätter verfaßt: „Was uns an Herrn Mannweiler nicht gefällt" und „Was uns an Frl. von Bremen gefällt" Mannweiler warfen sie vor, daß er die Stunden überzieht. „Er gibt zuviel Hausaufgaben auf. Wenn man im Mathematik-Unterricht Kaugummi kaut, müssen die Eltern zur Schule kommen. Er nimmt jeden Tag das Klassenbuch mit in sein Büro und schnüffelt darin herum." Gut fanden es die Schüler, daß A. von Bremen den Kampf gegen die Straßenbahntariferhöhung und gegen den Bau des Kernkraftwerkes in Brokdorf im Unterricht behandelt hatte. Die Schüler hatten dazu ihr Wandbrett gestaltet. Mannweiler riß die Flugblätter und Zeitungsartikel herunter und betrieb die Entlassung der Lehrerin wegen „politischer Indoktrination und Parteipolitik".

Auf dem Elternabend gewann das entschlossene Vorgehen der Schüler die Unterstützung der Eltern. Sie beschlossen einen Brief an Oberschulrat Pöhlsen, in dem es heißt: „Wir sind es, die ganz allein die Verantwortung für die Erziehung unserer Kinder tragen. Das kann uns niemand abnehmen. Und wir haben einstimmig festgestellt, daß wir nach jahrelangen Erfahrungen mit Schulen uns keine bessere Lehrerin für unsere Kinder vorstellen können. Sie erzieht die Kinder in unserem Sinne zur Selbstständigkeit, Kameradschaftlichkeit und Kritikfähigkeit." Sie stellen fest, „daß der Unterricht, den Frl. von Bremen gibt, ganz in unserem Interesse und im Interesse unserer Kinder ist." Die Zensur des Wandbrettes durch Mannweiler haben sie kritisiert und erklärt, daß sie sich entschieden wehren werden, wenn Frl. von Bremen entlassen wird.

Pölsen erklärt in seinem Antwortschreiben an die Eltern, daß er ihnen gern den durch „Verfassung, Gesetze und Anordnungen festgelegten Erziehungsauftrag der Schule" verdeutlichen würde und er verwahrte sich gegen die Auffassung, daß die Eltern die alleinige Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder hätten. Am Donnerstag fiel die Presse über die Aktion der Schüler her. Der „Weser-Kurier" schrieb: „Die Lehrerin, so hieß es wörtlich, habe die ‚Dienstpflichten verletzt, sich nicht in den Schulbetrieb integrieren lassen und das gemeinsame Schulleben nicht mitgetragen'". Und die „Bremer Morgenpost" schrieb, sie würde entlassen, weil sie „den ordnungsgemäßen Schulunterricht störe und die Schüler gegen den Leiter (der Schule) aufbringe."

Am Samstag flatterten den Eltern der H 7 c „Blaue Briefe" ins Haus. Darin hieß es, daß der KBW die Schüler zum Schulboykott aufgehetzt hätte. Aufgefordert wurden Eltern, ihre Kinder in Zukunft dahingehend zu beeinflussen, daß sie sich nicht weiter aufhetzen lassen.

Aufhetzen braucht man da nichts, die „Schulordnung" treibt den Widerstand der Schüler selber hervor. Immer deutlicher wird, daß der Kampf gegen die Entlassung der Lehrerin nur Erfolg haben wird, wenn er zum bewußten Angriff auf das Notensystem selber und die es strukturierenden Gesetze und Verordnungen übergeht. Die Zeugniskonferenzen stehen bevor, wo über Versetzung entschieden wird. Es muß gefordert werden, daß es keine Fünfen und Sechsen geben darf und daß alle versetzt werden, dann kann es der Schulbehörde nicht gelingen, die feste Einheit der Schüler der Klasse zu zerschlagen. Dann wird die Einheit der Schüler der ganzen Schule wieder hergestellt werden können. Das wird jetzt unter den Schülern beraten. Eine Schülerinitiative soll gegründet werden, um so den Kampf zu organisieren. Eine erneute Elternversammlung der Klasse H 7 c wird vorbereitet. – (mb, Zelle Gröpelingen, Bezirk Bremen-Unterweser)

Bundesrat beschließt Lohnsenkung für Referendare

Am letzten Freitag hat der Bundesrat die Vorlage für das 6. Besoldungserhöhungsgesetz verabschiedet. Die Abschlüsse der ÖTV mit dem staatlichen Dienstherren wurden weitgehend übernommen. Die Bundesregierung hat die Gelegenheit genutzt, die Löhne der Referendare und Stufenlehrer zu *senken.* Beschlossen worden ist, daß die Referendare, die nach dem 1.9.77 eingestellt werden, 6,4 % weniger erhalten, was zwischen 85 und 90 Mark liegen wird.

– Die Stufenlehrer an Grund- und Hauptschulen und der Sekundarstufe I sollen ab 1.1.78 nur noch 60 % von A 12 statt wie bisher von A 13 erhalten.

– Die Referendare der Sekundarstufe II (also Gymnasiallehrer) sollen weiterhin 60 % von A 13 plus 100 Mark erhalten.

– Referendare von Sonderschulen erhalten 60 % von A 13. Sie hatten bisher 60 % von A 13 plus 100 Mark.

Man irrt sich, wenn man glaubt, mit der Einsackung der 6,4 % und der vertieften Spaltung hätte sich der Zweck dieses Beschlusses für die Finanzbourgeoisie und ihren Staatsapparat erschöpft. Die Pläne sind umfassender. Erreicht werden soll, daß die Lohnzahlungen während der Ausbildungsgänge im öffentlichen Dienst, wie Referendare, Krankenpflegeschüler usw. nicht mehr als Gehalt, sondern als „Unterstützung" in ähnlicher Form wie die Graduiertenförderung oder sogar nach BAFöG vergeben werden. Das bringt der Bourgeoisie verschiedene Vorteile:

– Die auszuzahlende Summe wird abermals gesenkt, das hat nicht nur Auswirkungen auf den Staatshaushalt, sondern ist über die Senkung des Niveaus des Werts der jungen, unausgebildeten Arbeitskraft auch direkt profitabel für die Kapitalisten.

– Die Rechtsverhältnisse zwischen Beschäftigten und Staatsapparat verschieben sich noch weiter in Richtung völlige Entrechtung. Weil auf Graduiertenförderung (bzw. entsprechende Unterstützungen) kein *Anspruch* besteht, ebensowenig auf BAFöG, also der Rest des Status des freien Lohnarbeiters im öffentlichen Dienst in dem Status des Hilfeempfängers verschwindet, ist der Willkür der Dienstherren Tür und Tor geöffnet, was Lohnsenkungen, Rationalisierungen, aber auch Entlassungen angeht. Das wird auch als Druckmittel gegen die anderen Beschäftigten, denen ein Heer von „Hilfeabhängigen", also unter Druck gesetzten Referendaren, Krankenpflegeschülern usw., gegenübergestellt. – (Z-Red.)

anderen Beschäftigten, denen ein Heer von „Hilfeabhängigen", also unter Druck gesetzten Referendaren, Krankenpflegeschülern usw., gegenübergestellt. – (Z-Red.)

„Es bedarf einer Vorwärtsstrategie, um Berlin

„Es bedarf einer Vorwärtsstrategie, um Berlin eine attraktive Zukunft zu sichern"

In seiner Regierungserklärung vom 16.12.76 hatte Bundeskanzler Schmidt verkündet: „Im Mittelpunkt unserer Anstrengungen für Berlin muß in den nächsten Jahren die Wirtschaft im weitesten Sinn stehen." Schon seit die deutsche Finanzbourgeoisie mit Hilfe vor allem des US-Imperialismus und der Sozialdemokratie unter Kurt Schumacher nach dem Zweiten Weltkrieg Deutschland spalteten und Westberlin als Brückenkopf ihrer Aggressionsbestrebungen aus dem Gebiet der späteren DDR herausbrachen, steht auch in Westberlin „die Wirtschaft im weitesten Sinn" im Mittelpunkt der Anstrengungen der westdeutschen Kapitalistenklasse. 1950 schon hat der Bundestag das sogenannte Berlinhilfegesetz verabschiedet. Mit ihm werden allen Kapitalisten, die Mehrwert hecken durch die Ausbeutung der Arbeiterklasse Westberlins, Umsatzsteuerpräferenzen gewährt. In den folgenden über 25 Jahren ist dieses Arsenal beträchtlich erweitert worden: Lohnsteuerpräferenzen, wodurch die im Verhältnis zur BRD niedrigeren Nettolöhne erhöht wurden, ohne die Lohnkosten für die Kapitalisten zu steigern, Lohnsummensteuersenkung, Sonderabschreibungsmöglichkeiten, besondere Investitionszulagen, zinsgünstige Darlehen, Ermäßigung der Einkommens- und Körperschaftssteuern, öffentliche Bürgschaften für Darlehen, womit risikofreie Investitionen ermöglicht werden, kostenlose Zurverfügungstellung von Industriegelände usw.

Das Besondere an den sogenannten Berlinpräferenzen ist keineswegs die Tatsache, daß die Kapitalistenklasse sich auch über ihren Staatsapparat durch Ausplünderung der Massen bereichert, besonders ist an der Subventionierung der Kapitalisten in Westberlin allenfalls das Ausmaß, in dem sie betrieben wird, und die Ideologie, die damit verbunden und betrieben wird. So Horst Elfe, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Berlin: „Die verantwortlichen Politiker in Berlin und Bonn müssen deutlich machen, daß sie in der Zukunftssicherung Berlins wirklich eine nationale Aufgabe von hohem Rang sehen." Für diese „nationale Aufgabe von hohem Rang" wird auch die Arbeiterklasse in Westdeutschland ausgepreßt. Allein für die sogenannte Bundeshilfe, die 45,4 % des Westberliner Haushalts bestreitet (1976), wurden 6,43 Milliarden DM aufgewandt.

Die Kapitalisten gieren nach mehr Profit. Westberlin ist die größte Industriestadt im Herrschaftsgebiet der westdeutschen Bourgeoisie. Zwar betont die Industrie- und Handelskammer zu Berlin fortwährend, daß die Produktivität je Beschäftigtem in der Westberliner Industrie erheblich höher sei als im Bundesdurchschnitt. Aber die Kapitalisten sehen da noch ganz andere Möglichkeiten. Westberlin soll wieder zur Goldgrube werden. Gegenwärtig werden in fast allen Westberliner Betrieben, in denen bisher noch keine Schichtarbeit existierte, Schichten eingeführt. Das ist auch wesentlicher Bestandteil des sogenannten Arbeitsplatzbeschaffungsprogramms, von dem die Imperialisten jetzt viel daherreden. Die Geschäftsleitung von Borsig hat gesagt, wie das gemeint ist: Sie können ohne weiteres 1 000 Arbeitsplätze zusätzlich schaffen. Man brauche lediglich vom derzeitigen Eineinhalbschichtbetrieb auf drei Schichten überzugehen.

Gleichzeitig zur Verschärfung der Ausbeutung wird die Bereicherung über den Staatsapparat vorangetrieben. Bevor der Schütz-Senat gefeuert wurde, hat er noch ein 14-Punkte-Investitionsprogramm bescheren müssen: die Lohnsummensteuer wird gesenkt, „in dem Umfang, in dem die Bundesregierung bereit ist, die dadurch entstehenden Einnahmeausfälle des Landes Berlin durch zusätzliche Bundesleistungen zu ersetzen", die Kapitalisten werden von der Grunderwerbssteuer befreit, Grundstücke werden aus Senatsmitteln baureif gemacht, Umzüge der Kapitalisten bezahlt, Wohnungen für Führungskräfte bereitgestellt usw. „Es müssen jetzt Erleichterungen geschaffen werden", so Harry Ristock, Senator für Bau- und Wohnungswesen, „um das Vertrauen der bundesdeutschen Anleger zu festigen".



Zum 1. Mai verbreitete die CDU dieses Bild mit Text in Westberlin

Mit Hilfe der sogenannten Berlinpräferenzen bereichern sich nicht nur die Kapitalisten zusätzlich, sondern auch die Bourgeoispolitiker im Senat. Ein Skandal nach dem anderen wurde in der letzten Zeit ruchbar. Steglitzer Kreisel, Kongreßzentrum, Königliche Porzellan Manufaktur – die Affären sind bekannt. Dieser Senat mußte weg, zuviel war aufgekommen. Dr. Günter Braun erklärte bereits Ende März vor der Vollversammlung der IHK zu Berlin: „Engagement für Berlin können wir allerdings nur dann erwarten, wenn das politische Erscheinungsbild der Stadt und ihrer Führung überzeugend sind. Die Politiker selbst erklären uns, daß dies gegenwärtig nicht der Fall ist. Hier kommt es darauf an, daß es nicht nur bei der politischen Einsicht bleibt, sondern daß diese politische Einsicht unverzüglich in politische Wirklichkeit umgesetzt wird." Knappe 4 Wochen später mußte der Schütz-Senat zurücktreten. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie will ihren imperialistischen Vorposten stärken. Dazu verstärkt sie auch die sozialchauvinistische Propaganda. In der verschärften imperialistischen Konkurrenz und der Vorbereitung des imperialistischen Krieges wird sie ihre Vormachtstellung in Europa nicht ausbauen und festigen können, um von dort aus den Griff zur Weltherrschaft zu machen, wenn sie nicht Teile der Massen für diese Pläne gewinnen kann. Am 1. Mai hat die hiesige CDU ein Blättchen herausgegeben. Darin war ein Bild von den sogenannten Freiheitskundgebungen der 50er und 60er Jahre abgebildet, wo die Kapitalisten, die Alliierten und der Senat noch hunderttausend mobilisieren konnten zu Kundgebungen gegen die Beschneidung der Freiheit „unserer Brüder und Schwestern im Osten".

Daneben stand: „Wer sagt denn, daß so etwas nicht mehr möglich ist?" Die „Berlingemeinschaft" wird erneut verstärkt beschworen. Schier die ganze Finanzbourgeoisie hat Zähren vergossen über die geplante Teilschließung der Spinnstoffabrik „Spinne" in Zehlendorf. Dies schade Berlin, haben sie alle getönt. Am 1. Mai, nachdem die kämpfende Belegschaft die IG Chemie zu einer gewerkschaftlichen Maidemonstration gezwungen hatte, sollte eine sozialchauvinistische Kundgebung mit Schütz und anderen SPDlern vom Senat stattfinden. Ihre eigene Krise hat es ihnen schon vermasselt, bevor noch die Arbeiterbewegung es ihnen direkt vermasseln konnte. Kein Senatsvertreter erschien zu Demonstration und Kundgebung. Stattdessen sprach neben Vertretern von Hauptvorstand und Bezirksvorstand der IG Chemie der Betriebsratsvorsitzende der „Spinne" zum Abschluß der Demonstration, an der 4 500 teilgenommen hatten und auf der auch die Forderungen der Arbeiterklasse gegen die imperialistische Kriegsvorbereitung, für die Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes der unterdrückten Völker und für die proletarische Weltrevolution vielfach erhoben wurden. Er sagte u.a.: „Wenn die Produktionsmittel da wären, wo sie hingehören, nämlich in den Händen der Arbeiter und Angestellten, dann würde dieser 1. Mai 1977 anders für uns aussehen, dann brauchten wir nicht durch Zehlendorf zu demonstrieren – und dann brauchten wir heute nicht für die Erhaltung von 700 Arbeitsplätzen und für die Erhaltung eines alt eingesessenen Betriebes gegen einen mächtigen Konzern ankämpfen." Gegen die Freiheit der Kapitalistenklasse, auszubeuten und die Völker in Kriege zu reißen, für ihre Befreiung durch die soziale Revolution ist die Arbeiterbewegung in Westberlin an diesem 1. Mai einen Schritt vorangekommen. – (dz, Westberlin)

Bremen. In einem Tarifvertrag für die Auszubildenden im KFZ-Handwerk und KFZ-Handel im Gebiet Weser-Ems hat die IG Metall-Bezirksleitung Hamburg den Kapitalisten zugestanden, daß die Ausbildungsvergütung an die Entwicklung der Beitragsbemessungsgrenze für die Rentenversicherung gekoppelt wird. Die Lehrlinge im 1. Ausbildungsjahr erhalten 10 % der Beitragsbemessungsgrenze für die Rentenversicherung (derzeit 3 400 DM), die Lehrlinge im 2. Lehrjahr erhalten 109 % vom 1. Jahr. Die Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung legt die Höchstgrenze des Lohns fest, bis zu dem 18 % Beitrag aufgebracht werden müssen. Sie wird in den nächsten Jahren relativ fest bleiben, weil die Bourgeoisie die darüber liegenden höheren Angestellten nicht so gerne plündert. Mit diesem Abkommen, das für drei Jahre festgelegt ist bis Ende 1979, wird die Ausbildungsvergütung weit unter den Satz gedrückt, der notwendig ist zum Leben, und wird faktisch das Koalitionsrecht und die Tariffähigkeit der Lehrlinge außer Kraft gesetzt. Die Abspaltung vom Tarifkampf der Arbeiterklasse ist der weitere Zweck.

180 Beschäftigte aus allen Einsatzdienststellen des Öffentlichen Dienstes in Westberlin, die im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms eingestellt wurden, haben eine Betriebsversammlung während der Arbeitszeit durchgeführt, obwohl der Senator für Arbeit und Soziales, Horst Korber, diese Versammlung verboten hatte. Beschlossen wurde diese erste gemeinsame Versammlung aller Beschäftigten aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm von ihren 40 Vertrauensräten als Protestaktion gegen den geplanten Lohnraubabschluß. Beflügelt durch ihren Erfolg gegen die Arbeiterbewegung im Lohnkampf waren Senat und Gewerkschaft darangegangen, die über 1 300 in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Öffentlichen Dienst Beschäftigten außer dem schäbigen 5,3 %-Abschluß und einer anteiligen Streckungszulage von 7 DM pro Monat sollten sie nichts erhalten, kein Urlaubsgeld, keine weiteren Urlaubstage. Davon erhofft sich die Bourgeoisie gleich doppelten Nutzen. Mit 1 300 DM brutto gehören diese Arbeiter zu den untersten Lohngruppen des Öffentlichen Dienstes. Sie sollen noch besser die Funktion der Lohndrücker erfüllen und darüber den Kampf der Beschäftigten gegen Lohnabbau und kapitalistische Rationalisierung noch wirkungsvoller spalten. Auf der Betriebsversammlung wurde mit nur einer Gegenstimme eine Resolution verabschiedet, die das Recht auf Betriebsversammlung zur Durchsetzung der Forderungen nach Streichung der unteren Lohngruppen, einem zehnten Monatsgehalt, 29 Tage Jahresurlaub und der Ausweitung der betriebsrechtlichen Regelung gegenüber Korber erhebt.

„Die Fünfen und Sechsen müssen weg"

In allen Bundesländern hat sich die bürgerliche Klasse Gesetze geschaffen, die die Nichtversetzung von Schülern regeln. „Nicht ausreichende Leistungen in zwei Kernfächern schließen in der Regel eine Versetzung aus", heißt es in den Versetzungsbestimmungen für weiterführende und allgemeinbildende Schulen in Hessen. „Die Versetzung oder Nichtversetzung ist eine pädagogische Entscheidung, die den Bildungsgang des Schülers mit seinem geistigen Wachstum in Übereinstimmung halten ... soll", heißt es in demselben Erlaß 829/220–190. Wohin dieser Bildungsgang führt, wird rausgelassen: „Schüler, die zum zweiten Mal in einer Klasse oder in zwei aufeinanderfolgenden Klassen nicht versetzt werden, müssen die Schule verlassen. Ihnen soll der Zugang zu geeigneten anderen Schulen oder der Weg in die Berufswelt geöffnet werden." Gegen diese Gesetze hat sich am 4.5. die Stadtteilversammlung der GEW Gallus ausgesprochen und beschlossen, den Antrag der GEW Frankfurt gegen die Verschärfung der Notenunterdrückung mit dem neuen Notenverordnungsentwurf in allen Schulgruppen zu behandeln. Die Forderungen des Antrags sind: „Sofortige Zurücknahme des Verordnungsentwurfs der schriftlichen Arbeiten! Sofortige Abschaffung der Sonderschulen! Die Fünfen und Sechsen müssen weg! Die Bezirksvertreterversammlung bietet als Aufgabe der GEW und aller Gewerkschaften aus dem DGB an, für die Forderung nach Streichung aller Paragrafen in den Schulgesetzten des bürgerlichen Staates, die die Nichtversetzung regeln, den Kampf zu organisieren."

Delmenhorst. „... Urlaubspläne – Bitte genaue Daten angeben und Überschneidungen vermeiden. *Es gibt keine Urlaubsvertretung in diesem Jahr.* Die Pflegedienstleitung ist der Auffassung, daß Krankheitsausfall einer Person von der Station getragen werden muß. Überstunden und Mehrstunden sind nach Möglichkeit sofort abzufeiern. Es ist nicht gestattet, sie zu sammeln, bis ganze Tage anstehen. Sitzwachen werden ab sofort nur noch von den Chefärzten oder dem ärztlichen Direktor angeordnet. Sollte während der Nacht eine Nachtwache ausfallen, haben die anwesenden Mitarbeiter die Station mitzuversorgen ... " (aus dem Protokoll der Krankenpflegekonferenz vom 14.4. der neuen Oberin des Krankenhauses Delmenhorst).

Um den Widerstand der Belegschaft gegen diese Maßnahmen zu brechen, wurde die Genossin S. Bergau, Krankenpflegeschülerin und ÖTV-Vertrauensmann, fristlos entlassen. Sie hatte den Vorschlag gemacht, eine Personalversammlung einzuberufen und ein Aktionsprogramm vorgelegt. Gegen diese Entlassung haben sich inzwischen alle Arbeiter der Delmenhorster Müllwerker auf einer extra einberufenen Versammlung vor Arbeitsbeginn ausgesprochen und fordern die Rücknahme der Kündigung in einer öffentlichen Erklärung an den Oberstadtdirektor. 18 Gymnasiasten der Max-Planck-Schule haben öffentlich erklärt, daß die Ausbildung fortgesetzt werden muß. Mehrheitlich hat sich das 4. Semester der Krankenpflege an den Städtischen Krankenanstalten gegen die Kündigung ausgesprochen.

Die Belegschaft wird die geforderte Personalversammlung jetzt durchsetzen und sammelt dazu Unterschriften. Sie soll genutzt werden, um den Kampf gegen die Rationalisierung aufzunehmen und die sofortige Rücknahme der Entlassung durchzusetzen.

Hamburg. Zur Überprüfung der Schüler, die von den Volksschulen als „sonderschulbedürftig" gemeldet werden, werden Test mit den Schülern durchgeführt.

Ein Untertest aus der „Testbatterie für geistigbehinderte Kinder" (für Sieben- bis Neunjährige) heißt „Befolgen von Anweisungen". Dafür wird ein Puppenkoffer, eine Puppe, ein Stoffbär und ein Plastikauto gebraucht. Der Schüler soll dann die Befehle genau ausführen:

„Mache die Tür zu. Lege die Puppe, den Teddy, das Auto in den Koffer. Nimm den Teddy aus dem Koffer und lege ihn unter den Stuhl." (Anweisung 17) oder: „Nimm den Teddy aus dem Koffer und gib ihn mir, klopfe auf den Tisch, mache die Tür auf und wieder zu." (Anweisung 11). Mit diesem Test soll die „Merkfähigkeit wie auch die Motivation und Mitarbeitsgemeinschaft" geprüft werden.

Dieser Test ist nicht einfach unsinnig und Blödsinn. Er widerspricht den Erfahrungen der Kinder, aber er entspricht den Anforderungen der Kapitalisten an die Sonderschulen: „... die Sachanforderungen der Arbeitswelt und Wirtschaftswelt liefern den Maßstab für die Auswahl der Lehrinhalte" (Richtlinie für Sonderschulen, Hamburg).

Die Sonderschule liefert den Kapitalisten Arbeitskräfte für die stumpfsinnigsten, dreckigsten Arbeiten. Mit Drill und absoluter Unterwerfung sollen die Schüler auf diese Tätigkeiten vorbereitet werden, damit sich später kein Widerstand regt. Die Tests sollen herausfinden, wie weit die Schüler sich dagegen zur Wehr setzen, damit die Schule dann gezielt nachsetzen kann.

Alle Leistungsreserven auf dem Gebiet des menschlichen Kapitals aufspüren und konsequent nutzen

Bundesbahnausbesserungswerke Neumünster

„Neben Rationalisierung und Modernisierung des Fahrwegs und der Bahnanlagen kommt es entscheidend darauf an, alle Leisungsreserven auf dem Gebiet des ‚menschlichen Kapitals' zu nutzen." So schreibt der Bundesverband der Industrie in seinem Jahresbericht.

Diese Absichten des Finanzkapitals werden im Ausbesserungswerk Neumünster durchgesetzt. Angefangen hat es damit, daß die Unternehmensberatungsfirma Knight-Wegenstein eine Untersuchung über die Auslastung des Ausbesserungswerks erstellt hat. So bekam die Bahndirektion die ersten Tips, wo man mit kürzeren Gedingezeiten (Gruppenakkord) und Versetzungen von Arbeitern in andere Kolonnen ansetzen kann. So können die Arbeiter vom Hebewerk und der Türkolonne ihre Arbeit kaum noch schaffen. Besonders stark sollen die Zeiten bei der Reparaturstufe 4: Totalüberholung (es werden praktisch alle Teile erneuert) gedrückt werden. Hier hat man dann auch den Ansatzpunkt, um bei den anderen Reparaturstufen kürzere Zeiten einzuführen.

Außerdem wurde die Laufzeit zwischen den Reparaturstufen um 100 000 km verlängert, so daß ungefähr ein Viertel weniger Untersuchungen durchgeführt werden. Daß die Betriebssicherheit der Reisezugwagen nicht steigt, wenn sie erst 100 000 km später untersucht werden, ist klar.

Weiter versucht man, die einzelnen Ausbesserungswerke untereinander zu spalten. Reisewagen werden z.B. auch im Ausbesserungswerk (AW) München überholt. Die Direktion in Neumünster erzählt, „die in München sind schneller und billiger, das müssen wir auch schaffen!" Den nächsten Angriff auf die Beschäftigten hat die Direktion dann Ende März gefahren. Der 5,3 %-Abschluß im Öffentlichen Dienst war noch keine zwei Wochen alt (für die Kollegen bei der Bahn nur ein 5 %-Abschluß, da die Zulagen nicht erhöht worden sind), da erklärte Werksdirektor Nötzold den Schiebern und Meistern, daß ab April nur noch 27 % Gedinge abgegeben werden dürfen (bisher 28 %, einige Kolonnen gaben aber noch immer 29 % oder 30 % ab).

Bedeutet dies schon eine Lohneinbuße von 1 bis 3 % für die Kollegen, so hat der Direktor noch etwas besseres gefunden. Alle Kolonnen, die mehr als 27 % abgeben, erhalten sofort einen Mann mehr. Das bedeutet bei einer 15-Mann-Kolonne eine Gedingesenkung um 20 %.

Auf der letzten Betriebsversammlung im Dezember hat Direktor Nötzold noch „scherzhaft" gefragt, ob jemand sagen könne, wie man die Zahl der Beschäftigten im AW von 1 000 auf 900 bringen könne. 1977 gäbe es nur einen natürlichen Abgang von sechs Mann, und vergiften könne man ja niemanden (obwohl sich die Direktion in dieser Hinsicht bemüht! So ist das Essen nach Meinung vieler Kollegen schlechter denn je, teurer wird es auch bald werden).

Auf jeden Fall, jetzt sind die amtlichen Zahlen auf dem Tisch. Die Bundesbahn hat zu den ersten Maßnahmen gegriffen. Die Zahl der Beschäftigten betrug bis Ende März 1 010; am Jahresende sollen es 900 sein, der Jahresdurchschnitt soll 930 betragen. Diese Zahlen bedeuten, daß im AW schon ab April nur noch 903 Kollegen arbeiten dürfen, wenn die Direktion auf einen Jahresdurchschnitt von 930 kommen will.

Der Anfang ist schon gemacht worden:

1. Es wird jede Möglichkeit genutzt, Entlassungsgründe zu finden (zwei Arbeiter fristlos, ein Arbeiter Umwandlung in eine fristgerechte Kündigung).
2. die Arbeiter, die ihren Wehrdienst ableisten, erhalten noch bei der Bundeswehr Bescheid über ihre neue Arbeitsstelle, sie tauchen damit gar nicht mehr im AW auf.
3. Zwei Arbeiter wurden nach Hamburg versetzt (Fahrzeit 5.40 h bis 17.20 h, davon einer ein ehemaliger Jugendvertreter, bei dem nur die Vesetzungsschutzfrist abgewartet wurde).
4. 12 Arbeiter (alles Handwerker) erhielten Freitag Bescheid, daß sie ab Montag ins AWSt Glückstadt abgeordnet sind, die Versetzung wird folgen.
5. Weitere drei bis fünf Arbeiter (Nichthandwerker) sollen nach Hamburg versetzt werden.

Für die Arbeiter, die nach Glückstadt versetzt worden sind, ergibt sich mit Fahrt glatt ein 14-Stunden-Tag (Abfahrt Neumünster 4.09 h, Ankunft Neumünster 17.05 h).

Man versteht gut, wieso Minister Gscheidle zwar planen kann, die Zahl der Beschäftigten abzubauen, aber gleichzeitig verspricht, daß die Bahn keine Kündigungen aussprechen werde: die Maßnahmen zwingen dazu, selbst zu kündigen. Dieses Ziel ist schon teilweise erreicht.

Fünf der nach Glückstadt versetzten Arbeiter haben jetzt gekündigt. Daß die Versetzungen noch vorangetrieben werden sollen, kann man auch daran erkennen, daß es bei der Bahn über 50 000 KW-Stellen gibt (KW bedeutet ‚künftig wegfallend'). Wenn diese Benennung sich niederschlagen soll, dann muß dies eine ungeheure Umwälzung der Beschäftigten bei der Bahn nach sich ziehen, denn die Stellen müssen dann mit Eisenbahnern, die kurz vor dem Rentenalter sind, besetzt werden.

Bei den geplanten Versetzungen besteht Direktor Nötzold denn auch darauf, daß auch ältere Arbeiter mit Familie versetzt werden, da ihm sonst der „Werkaltersdurchschnitt" versaut wird, wie er sich so fein ausdrückt. Die Rationalisierungen bei der Bahn haben dazu geführt, daß die Zahl der eingesparten Stellen pro Jahr von 1975 gleich 17 000 auf 1976 gleich 28 200 gesteigert werden konnte. Schon 1975 gelang es dadurch, sowohl die Lohnerhöhung als auch die Einführung der 40-Stunden-Woche aufzufangen.

Billigen Transport für die Kapitalisten, Ausplünderung der Volksmassen und damit Subventionierung der Kapitalisten, das ist der Zweck der Bahn. So verkehren auf den Strecken Hamburg und Nordenham nach Salzgitter Erzzüge im Sechs-Stunden-Takt zu Sondertarifen. Gleichzeitig sind am 1. Mai Fahrpreiserhöhungen im Personennahverkehr in Kraft getreten (betroffen sind Werktätige und Schüler), auf Erhöhungen im Fernverkehr (außer bei den Sozialtarifen) hat man verzichtet.

Schützenhilfe erhalten die Sozialdemokraten in der Regierung bei ihren Rationalisierungsplänen durch die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands. So haben sie jetzt ihre Aktion 2: Rettet die Bahn! gestartet. Sie rufen: Mehr Güter für die Bahn! Das soll heißen: Macht den Gütertransport noch billiger! Sie rufen: Die Bahn muß schneller werden! Das soll heißen: Die Arbeitshetze muß steigen. Unter diesen Forderungen lassen die Arbeiter sich nicht zusammenschließen. Nur drei Personalräte nahmen mit diesen Forderungen an der 1. Mai-Demonstration in Neumünster teil.

Auf der Jahreshauptversammlung der GdED Neumünster erläuterte der Bezirksleiter Krebs die weiteren Rationalisierungspläne der Bahn. Getan hat er dies jedoch nicht, um die Arbeiter gegen die Pläne der Bahn zusammenzufassen, sondern um ihnen an Stelle der Bahndirektion die neuesten Maßnahmen vorzulegen.

Auf der Vertrauensleutesitzung im AW Neumünster mußte der Personalrat zugeben, daß der Werkdirektor ihm eine Liste von 60 bis 70 Arbeitern vorgelegt habe, die versetzt werden sollen.

Er weigerte sich aber mit dem Hinweis auf das Personalvertretungsgesetz (Verschwiegenheitspflicht), die Namen bekanntzugeben. Stattdessen beschwerte er sich über zwei Personalräte, die den Kollegen persönlich vorher einen Tip gegeben hatten. Auf der Sitzung mußte der Personalrat aber zugestehen, daß es erst einmal keine weiteren Versetzungen geben würde. Die Arbeiter müssen nach dieser Vertrauensleutesitzung die Bahn weiter unter Druck setzen, eine Personalversammlung durchsetzen und sich unter folgenden Forderungen zusammenschließen:

– Absicherung des Gedinges mit mindestens 30 %!
– Keine Versetzung gegen den Willen der betroffenen Arbeiter!

(Zelle Metall, Neumünster)

„Klar, die Noten müssen weg!"

„Die Arbeit müßt ihr schreiben, ich brauche ja Noten!" So wollte ein Lehrer an der Planck-Berufsschule einen widerlichen Dressurakt durchführen. Die Schüler sollten jeweils in 20 Sekunden Meter in Millimeter, Tonnen in Zentner, Kilo in Gramm usw. umrechnen. Insgesamt 25 Aufgaben in acht bis neun Minuten. Die Klasse debattierte, ob man die Arbeit schreiben solle oder nicht. Der Lehrer Wettstedt drohte mit Sechsen und Schicken in den Betrieb. So konnte er die Arbeit noch durchsetzen. Sein Ziel hat er nicht erreicht. Die Schüler haben beschlossen, am nächsten Berufsschultag eine Wandzeitung aufzuhängen, wo über die Arbeit und über die Auseinandersetzung mit dem Lehrer berichtet wird.

In einer anderen Klasse lief es noch besser. Der Lehrer kam morgens um acht in die Klasse, forderte die Lehrlinge auf, Kugelschreiber mitzunehmen, sich in einen großen Raum zu begeben, jeder an einen einzelnen Tisch. Die Schüler setzten sich alle an den gleichen. Sie beschlossen: Diese Arbeit schreiben wir nicht. Der Lehrer drohte. Es half nichts. Der Direktor wurde geholt. Er las aus dem Schulverfassungsgesetz vor: Wer die Leistung verweigert, bekommt eine Sechs. Die Schüler hielten dagegen: „Die Schülervertretung hat beschlossen, solche Klassenarbeiten, die uns nur kleinkriegen sollen, schreiben wir nicht. Außerdem hat die Schülervertretung beschlossen: Weg mit dem Schulverfassungsgesetz! Dies unterstützen wir."

Der Rektor wollte den Zusammenschluß der Schüler zerschlagen. Kollektive Beschlüsse erkennt er nicht an. Er fragte die Schüler einzeln. Doch er stieß auf Granit. Bis auf zwei Schüler bekräftigten alle: „Diese Arbeit schreiben wir nicht!" Die Arbeit wurde nicht geschrieben. Jetzt soll jeder eine Sechs bekommen. Die Schüler beschlossen daraufhin: Nächste Woche muß die Schülervertretung tagen, um zu beraten, wie man die ganzen Kämpfe in den Klassen vereinheitlichen kann. Einer faßte die Erfahrungen der Schüler so zusammen: „Uff Arbeit machen wir doch ooch alles gemeinsam, det müssen wir hier genauso machen. Klar, die Noten müssen weg!"

Daß die Noten nur zur Auslese und gewaltsamen Indoktrination imperialistischer Anschauungen dienen, das sind die Tatsachen. Bei der Firma Menzel wurde einem Lehrling der Rausschmiß angedroht, weil er sich gegen die Unterdrückung an der Berufsschule wehrt, was der Kapitalist den Fünfen auf den Berufsschulzeugnissen entnahm.

Lehrlingen, die in den ersten Stunden noch auf Druck durch schlechte Zensuren gezwungen werden konnten, die Arbeit zu schreiben, wurde im Laufe des Tages klarer, daß dies nicht so weitergehen kann. In der nächsten Stunde gabs Fachkunde. Der Lehrer führte eine Tonbildschau vor, danach sollte eine Arbeit darüber geschrieben werden. Diesmal mußte der Lehrer schon die Klasse verlassen und nach fünf Minuten von einem Gespräch mit dem Direktor berichten, um die Arbeit durchzusetzen. In der letzten Stunde gab es dann Sozialkunde. Dort wollte der Lehrer Kene, der als übler Reaktionär bekannt ist, den Schülern verkaufen: Die BRD ist ein Staat des Volkes. Angesprochen daraufhin, wie er denn dann Lehrer werden könne (Ausspruch in der letzten Stunde: „Mit 1 000 Mark kommt eine vierköpfige Familie gut aus"). Daß er wohl nur Lehrer sei, weil der Schulrat ihn dazu mache und nicht das Volk. Er daraufhin: „So weit käms noch, daß Hinz und Kunz bestimmen, wer Lehrer sei!" Also seis wohl doch nichts mit dem Staat des Volkes, hielten ihm mehrere Lehrlinge entgegen. Er daraufhin: „Sie bilden sich vorschnell und einseitig Urteile, Sie haben ja keine Ahnung, sondern psychische Komplexe. Wenn Sie hier nicht lernen wollen, wird es entsprechende Zensuren geben." Dem Genossen drohte er noch an: „Wenn Sie so weitermachen mit der Sabotage des Unterrichts werde ich dafür sorgen, daß Sie von der Schule kommen."

Dies wird er nicht schaffen, Vielmehr hat dieser Reaktionär den Zusammenschluß der Lehrlinge noch gestärkt. Einer: „Da haben wir ja noch mehr auf die Wandzeitung zu schreiben!" – (KJB Westberlin)

Die Sonderschulen müssen weg!

Wir sind ehemalige Sonderschüler der vierten Schule für Lernbehinderte Neukölln. Wir sind seit einem Jahr aus der Schule und können einiges darüber berichten, wie es für Sonderschüler im Leben aussieht.

Wir haben in der Sonderschule auf dem Zeugnis immer gute Noten gehabt, aber die nützen überhaupt nichts.

In der Berufsschule kommen wir nicht mit, Bruchrechnen haben wir nicht gelernt. Physik, Chemie und Biologie haben wir nie gehabt.

Wenn Sonderschule auf dem Zeugnis steht, bist du abgehakt. Bei der Arbeitssuche wird gesagt: „Tut uns leid, Sonderschüler nehmen wir nicht. Deshalb müssen wir jede Drecksarbeit annehmen, weil wir nichts gelernt haben. Z.B. Michael hat lange eine Lehrstelle für Garten- und Landschaftsbau gesucht. Von überall bekam er Absagen. Jetzt hat er eine Stelle als „jugendlicher Arbeiter" (Hilfsarbeiter) bei der Firma Fehmer in Spandau. Er verdient in der STunde 4,20 DM. Er muß täglich neun Stunden arbeiten. Dafür macht er Knochenarbeit: Er muß das gleiche arbeiten wie ein Erwachsener, schwere Steinplatten tragen, schweren Boden umgraben, usw. Außerdem macht er Überstunden, weil er sonst mit seinem Geld nicht auskommt. Akkordarbeit macht er auch manchmal.

Erika ist von der Sonderschule in die Hauptschule gegangen, weil ihr gesagt wurde, dann hast du bessere Möglichkeiten. Sie hatte große Schwierigkeiten mitzukommen, weil sie in der Sonderschule manche Fücher, z.B. Englisch, Chemie und Physik gar nicht hatte. Jetzt geht sie von der Hauptschule ab und muß sich als Hilfsarbeiter eine Stelle suchen.

Wir müssen sämtliche Drecksarbeit machen und kriegen bloß einen Hungerlohn, wovon wir kaum leben können. Kino können wir uns selten leisten, Urlaub überhaupt nicht.

Gegen die Noten sind wir auch. Schlechtere Noten heißen: Sonderschule und danach wenig Geld für schwere Arbeit.

Wir wollen eine Ausbildung, mit der wir jede Arbeit annehmen können.

Wir fordern alle Schüler auf, sich zusammenzutun, um die Sonderschulen abzuschaffen. Überzeugt eure Lehrer, daß wir nicht doof sind, daß wir was lernen wollen. Fordert eure Lehrer auf, euch keine Fünfen und Sechsen mehr zu geben, die schaden der Einheit der Schüler und nützen nur den Unternehmern, damit kriegen sie Arbeiter für einen Hungerlohn.

Zum Schluß noch: Wehrt euch gegen solche Lehrer und die Rektorin Marx, die uns nicht für voll nehmen. Wenn wir was sagen, was ihnen nicht paßt, z.B. das hier, dann sagen sie, wir wären aufgehetzt worden. Was wir sagen, haben wir aber selber am eigenen Körper miterlebt.

Frau Marx ist Schulleiter. Sie verdient zwischen 2 500 und 3 000 DM im Monat. Wir sind Hilfsarbeiter oder arbeitslos und verdienen einen Hungerlohn von 4,20 DM in der Stunde oder gar nichts.

Die Sonderschulen müssen weg! Vier Schüler

Schulrektor: „Der Brief an die ZANU gefährdet den Ruf der Schule"

Die Spaltungsversuche der Schulleitung werden bekämpft

Peine. Der Schulbürokratie an der Hauptschule Vöhrum/Peine ist ein übles Spaltungsmanöver gelungen. Die Schüler der 9 c haben am Mittwoch der letzten Woche eine Erklärung unterschrieben, in der es heißt, daß der Brief an die Jugendlichen in Zimbabwe, der kürzlich in der KVZ abgedruckt war, eine Fälschung sei und sie gar nicht für Gewehre für die jugendlichen Befreiungskämpfer sammeln wollten. Die 9 c stand vorher an vorderster Front im Kampf gegen Schulunterdrückung und gegen das Notensystem. Rektor Sittig und Konrektor Mitschke haben das oft zu spüren gekriegt. Sie würden mit dem Brief an die ZANU den Ruf der ganzen Schule gefährden, jammerten sie der Klasse vor.

Jetzt haben bis auf die Schul- und Klassensprecherin alle die Erklärung unterschrieben. Zwar hat ein Schüler die Erklärung eingebracht, doch ist offensichtlich, wer tatsächlich dahintersteckt: Konrektor Mitschke hat die Klasse direkt zu der Erklärung aufgefordert, getippt wurde sie im Sekretariat der Schule. Nur durch massive Drohungen: „Ihr werdet alle bei der Kriminalpolizei registriert, und das kann sich auf eure Lehrstellen auswirken", ist es überhaupt gelungen. Die Schul- und Klassensprecherin ist von der Schulleitung inzwischen – auf einer in ihrer Abwesenheit einberufenen Schülerratssitzung – abgesetzt worden. Der Schülerrat hat deswegen nicht gleich diesen Schritt verhindert, weil Sittig und Mitschke einige Schüler der 9 c auf diese Schülerratssitzung getrieben haben, die dort behaupteten, der Brief an die ZANU sei gefälscht. Neuwahlen haben sie jedoch nicht durchsetzen können.

„Unser Ziel haben wir jedenfalls erreicht", sagte Konrektor Mitschke. Um ihr Ziel zu erreichen, arbeitet die Schulleitung direkt mit der politischen Polizei zusammen. In der 9 c war vor zwei Wochen einer von der „Kriminalpolizei"; bei den Eltern der Schulsprecherin am letzten Freitag. Am Montag letzter Woche meldete sich wieder ein Kommissarhauptmeister Meyer, ein ganz junger, in Peine neuer Schnüffler, um zu Hause mit der Schulsprecherin zu sprechen. Er habe gehört, sie sei Kandidatin im KBW, was sie denn anstellen würde usw. Von ihr hat er eine Abfuhr gekriegt. Anschließend stand sein Wagen wieder vor der Schule.

Mitschke hat sich wohl zu früh gefreut und das merkt er auch. So weigert er sich, eine Fotokopie des Briefes an die ZANU, die er in die Hände gekriegt hat und auf der jeder sehen kann, daß nichts gefälscht ist an dem abgedruckten Brief, herauszugeben. Und eifrig hat er versucht rauszukriegen, ob einer der Schüler auf der 1. Mai-Demonstration das mitgeführte Transparent „Weg mit dem Notensystem! Einheitsschule!" mitgetragen hat.

In den unteren Schulklassen ist die Schulleitung von Anfang an nicht gelandet. Sie stehen nicht unmittelbar vor dem Abschluß und da ist es klarer: Entweder noch ein, zwei Jahre Zuchthaus Schule – oder sie schließen sich zusammen. Die Schulsprecherin haben sie ermutigt, sich nicht kleinkriegen zu lassen. Ein Schüler hat inzwischen die von der 9 c erpreßte Erklärung vom Schwarzen Brett der Schule abgerissen. In der 9 c selber sehen schon eine ganze Reihe Schüler es als falsch an, daß sie sich dem Druck der Schulleitung gebeugt haben. Dazu hat gerade ein Artikel in der letzten Bezirksbeilage Braunschweig-östliches Niedersachsen beigetragen. Konrektor Mitschke ist ein „Teufel in Engelsgestalt" sagen viele. Einige Arbeiten, in denen bis zu 50 % der Klasse Fünfen und Sechsen reingewürgt gekriegt hatten, hat er gestrichen. Ebenfalls Rektor Sittig. Den Schülern erklärt er, seine Frau habe ihn darum gebeten. Es ist aber ein Erfolg des Zusammenschlusses der Schüler. Und auch das Lehrerkollegium kriegen Mitschke und Sittig nicht auf Reihe: Anfang letzter Woche haben sie bis in die Nacht getagt. Ein Vorschlag, die Schulsprecherin noch kurz vor dem Abschluß aus der Schule zu werfen, kam nicht durch.

Der Schülerrat hat sich jetzt darauf geeinigt, daß zwar Neuwahlen durchgeführt werden sollen, aber nur, weil die Schulsprecherin in drei Wochen sowieso entlassen wird. Bis dahin soll sie aber weiter mit die Geschäfte führen und die Schüler im Stadt- und Kreisschülerrat vertreten. Einen Beschluß des Schülerrats, einen Dia-Vortrag über Zimbabwe zu zeigen, um vernünftig zu beraten, wie man die Sammlung unterstützt, wollen einige Klassensprecher jetzt umsetzen.
– (w, Stadtzelle Peine)

Kampf gegen Heimunterdrückung

Ihre Erzieherin niedergeschlagen

Durch KJB-Flugblätter beeinflußt

Göttingen (ra). Auf fruchtbaren Boden scheint zumindest bei einem Teil der Jugendlichen des Niedersächsischen Landesjugendheims die Saat der Gewalt zu fallen, die der Kommunistische Jugendbund (KJB), ein Ableger des KBW, auf seinen Flugblättern propagiert. In den letzten beiden Monaten wurden im LJH ein Erzieher und eine Erzieherin von Jugendlichen überfallen, die den Hausschlüssel an sich bringen wollten, um aus dem Heim türmen zu können.

Die Behauptung auf einem kommunistischen Flugblatt, Erzieher hätten wie Polizisten einen gefährlichen Beruf, droht sich in der Praxis des staatlichen Jugendheims zu bestätigen. Anfang März würgten einige Jungen einen Erzieher und entwendeten ihm gewaltsam den Schlüssel. Mit dem gleichen Ziel schlug ein Mädchen vor zehn Tagen eine Erzieherin mit einer Cola-Flasche auf den Kopf. Die Frau erlitt einen Bluterguß und einen Schock.

Der Überfall auf die Erzieherin ist für die Göttinger Kriminalpolizei keine spontane Tat, sondern war von einer Gruppe Mädchen abgesprochen und geplant. Kriminalkommissar Heinrich Matten: „Das Mädchen, das mit der Flasche zuschlug, war von den anderen unter Druck gesetzt und aufgehetzt worden. Auf ein Zeichen hin schlug es dann zu. Zuerst sollte sogar ein Messer benutzt werden, um die Erzieherin zur Herausgabe des Schlüssels zu zwingen."

Hatten die Mädchen anfangs noch versucht, die Frau zu überreden, so entschlossen sie sich bald zur Anwendung von Gewalt, als sie die Vergeblichkeit ihres Versuchs einsahen. Der Zusammenhang zwischen kommunistischer Propaganda und den Vorfällen zeigte sich deutlich bei der polizeilichen Vernehmung. So gab eines der beteiligten Mädchen zu Protokoll: „Das Flugblatt hat uns alle sehr beeindruckt"

Auf dem Flugblatt hatte der KJB behauptet, die Jugendlichen würden von der Heimleitung als Lohnsklaven mißbraucht und als billige Arbeitskräfte ausgebeutet. Von 90 Jugendlichen erhielten nur drei eine Ausbildung, mehr als die Hälfte würden zu Hilfsarbeiten gezwungen. Weiter behauptete der KJB, die Jugendlichen würden des nachts auf ihren Schlafräumen eingeschlossen und hätten keine Glegenheit, die Toilette aufzusuchen.

Dr. Werner Munkwitz, Direktor des Landesjugendheims, weist diese Vorwürfe als unwahr zurück: „Wir verfügen hier über neun Lehrstätten für die Ausbildung der Jugendlichen. Ein Teil besitzt einen ordnungsgemäßen Ausbildungsvertrag als Maler-, Maurer- oder Friseurlehrlinge. Daneben gibt es aber sicher auch eine Reihe Jungen und Mädchen, die von ihrer Intelligenz her gar nicht zu einer qualifizieten Ausbildung befähigt sind."

Dessen ungeachtet fordert der KJB die Rücknahme der Strafanzeigen gegen die Jugendlichen, wöchentlich drei Tage Ausgang bis 22 Uhr sowie die volle Auszahlung des Lohns. Diese Forderungen müßten, so das Flugblatt „Druck — Gegendruck", gegebenenfalls durch Arbeitsverweigerung erzwungen werden. Notfalls müsse man eben den Heimleiter so lange einsprerren, bis er nachgäbe.

Zur Zeit werden von den 340 bis 400 Mark, die die Jugendlichen monatlich verdienen, neben 185 Mark für Kost und Logis sowie 40 Mark für Sozialversicherung auch 105 Mark auf ein Sparkonto eingezahlt. „Dieses Geld erhalten die Jugendlichen, wenn sie das Heim verlassen", erklärt Dr. Munkwitz. „Allerdings müssen davon auch mutwillig zerstörte Fensterscheiben sowie eventuelle ‚Freifahrten' bei der Bundesbahn bezahlen." Foto: Müller



RÜCKNAHME DER STRAF-ANZEIGEN WEGEN TETZLAFF UND SCHIRMER!!
3 TAGE MINDESTEN AUSGANG BIS 22 UHR FÜR ALL!
KEINE AUSGANGSPERRE
AUSZAHLUNG DES VOLLEN LOHNS!
FREIE VERFÜGUNG ÜBER DEN LOHN!!

Gegen die Verkrüppelung und unterdrückung der Fähigkeiten der Arbeiterjugend gibt es Kampf im Landesjugendheim Göttingen. Die Jugendlichen haben sich unter den Forderungen: Drei Tage mindestens Ausgang bis 22 Uhr! Keine Ausgangssperre! Auszahlung des vollen Lohns! Rücknahme der Strafverfahren! zusammengeschlossen. In der nächsten Woche machen die Jugendlichen eine Demonstration zur Durchsetzung ihrer Forderungen. Die Jugendlichen sammeln für Gewehre für die Jugend Zimbabwes. Mehrere wollen jetzt in den KJB eintreten, der ihren Kampf unterstützt.

Afrikakomitees organisieren Rundreise von ZANU-Vertreter

Afrikakomitees in ganz Westdeutschland und Westberlin organisieren vom 16. bis 26. Mai 1977 eine Rundreise mit dem Vertreter der ZANU für Westeuropa und Skandinavien, Rex Chiwara.

Das Volk von Zimbabwe intensiviert unter Führung der ZANU den bewaffneten Befreiungskampf gegen das rhodesische Siedlerregime, den Handlanger des Imperialismus im südlichen Afrika. Die Komitees rufen auf, die weltweite Front gegen Kolonialismus und Imperialismus zu stärken, den Interventionsbestrebungen der Imperialisten im südlichen Afrika entgegenzutreten und die nötige materielle Unterstützung des bewaffneten Kampfes zu organisieren. Die Komitees setzen sich zum Ziel, mit der Rundreise das vom Generalsekretär der ZANU, R. Mugabe, vorgeschlagene Landwirtschaftsprojekt zu unterstützen.

Die Rundreise findet in folgenden Städten statt:

16. Mai	München
17. Mai	Freiburg
18. Mai	Stuttgart
19. Mai	Heidelberg
20. Mai	Gießen
21. Mai	Mainz und Frankfurt
22. Mai	Hannover
23. Mai	Essen
24. Mai	Bremerhaven
25. Mai	Hamburg
26. Mai	Westberlin

Bis zum Jahresende will die west deutsche Monopolbourgeoisie die Volksbewegung gegen ihr Energieprogramm zerschlagen haben

„Um die Jahreswende ist mit einer Entkrampfung der Kernkraftwerksdiskussion zu rechnen,vor allem wenn das Entsorgungsproblem gelöst ist" erklärte Klaus Barthelt,der Vorstandsvorsitzende der Kraftwerksunion AG (KWU) Mühlheim. Bis zum Jahresende will die westdeutsche Bourgeoisie den Widerstand der Volksmassen gegen das imperialistische Kernenergieprogramm gebrochen haben.Durchgesetzt sein soll dann ein Programm,das Kernkraftwerke und Kohlekraftwerke vorsieht,mit deren Hilfe die Monopolbourgeoisie 30000 Megawatt bis 1985 an sich reißen kann. „Wir brauchen einen Auslandsanteil von deutlich über 50%." Noch immer stünden „viele Teile der Welt der KWU nicht offen: wie z.B. der Ostblock, Frankreich, Italien und Großbritannien. Voll geöffnet sei nur etwa ein Viertel des Weltmarktes. Gewisse Aussichten böte Japan, und vor allem die USA, die allein 36% des Kernkraftwerkweltmarktes ausmachen. "Auf den Markt in der USA und die Konkurrenz mit dem USImperialismus will sich die KWU - genauer der BRD-Imperialismus, denn der KWU ist ein Unternehmen unter direkter Kontrolle des westdeutschen Finanzkapitals - konzentrieren: Die Hauptkonkurrenten sind Westinghouse und General Electric, hinter ihnen soll jetzt der 3.Platz gesichert werden. Gegenwärtig liege der Marktanteil in der USA noch deutlich unter 10%. Der Kampf des BRD-Imperialismus geht um den ersten Platz. Der KWU Vorstandsvorsitzende Klaus Barthelt läßt daran keinen Zweifel: Was die Stückzahl angehe, gehe es zwar gegenwärtig um den dritten Platz - er lege allerdings Wert auf den ersten Platz in punkto Qualität. Zu dem Zweck sagt er, soll der USMarkt stärker vor die „Flinte" genommen werden. Der Kampf geht um die Beherrschung des Weltmarktes: Von einem gegenwärtigen Auftragspolster von 26 Mrd. DM liegt der Anteil des Auslandsgeschäftes bei 12 Milliarden. „Berechtigte Hoffnungen" mache man sich, meint mit Besitzerstolz der KWU-Vorsitzende auf zwei Ausschreibungen in Spanien und Portugal. Schon bisher stammen die dicksten Aufträge aus dem Iran - und dem Brasiliengeschäft, wo es gelungen ist, in die Einflußsphäre des USImperialismus einzubrechen. Das Bild mit die Flinte soll ausdrücken, daß es bei dieser Konkurrenz um Leben und Tod geht. Ein Unding sei es da, wenn in der BRD selbst Aufträge für 7,5 Milliarden DM auf Eis liegen. Die übrig bleibenden 6,5 Milliarden seien natürlich zu wenig, „ein florierendes Auslandsgeschäft sei nur auf Basis des Kernkraftwerkbaus im Inland zu leisten." Das ist deutlich: Die Monopolbourgeoisie - unter dem Druck einer Konkurrenz auf Leben und Tod - will dieses Jahr alle Kräfte anstrengen, um die Volksbewegung gegen das Energieprogramm zu zerschlagen.

Hamburg. Strompreiserhöhungen ab 1.7. zur Finanzierung des Kernenergieprogramms hat die Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK) auf ihrer Hauptversammlung angekündigt. Die NWK will die KKWs in Brokdorf und Krümmel bauen, KKWs in Stade, Brunsbüttel und an der Unterweser sind fertig, bzw. schon in Betrieb. Durch verschärfte Ausplünderung sollen die Volksmassen für die Kosten des Energieprogramms aufkommen.

Rekorde weiß die NWK auch von der Ausbeutung ihrer Arbeiter zu berichten. Laut Geschäftsbericht wurde 1975/76 ein Profit von 99 Millionen DM produziert, das sind 24 DM pro 100 DM-Aktie. Mehr als 67 Millionen DM werden als Dividende an die Aktionäre ausgeschüttet. Hauptaktionär ist mit einer Beteiligung von 67,8 % die Preußenelektra.

Die Partei wird überall aufgebaut

Ein Genosse berichtet von der Arbeit im Kleinbetrieb

Celle. Bei der Celler Werkzeug und Maschinenbau GmbH (CEWE) arbeiten knapp über 20. Die Arbeiter von CEWE produzieren hydraulische Stanzanlagen, Werkzeugeinheiten sowie vollautomatische pneumatische Sondermaschinen (beispielsweise Fachbodenstraßen, in denen durch bis zu zehn bis fünfzehn aufeinanderfolgende Arbeitsgänge Regaleinlegeböden hergestellt werden). Neben einem Vorarbeiter und einem Hilfsarbeiter arbeiten in der Produktion vierzehn Facharbeiter.

Von diesen 16 fangen regelmäßig vier bis fünf eine Stunde früher an und machen so täglich eine Überstunde. Sonnabends arbeitet ständig die Hälfte der Belegschaft. Oftmals müssen auch zwei Überstunden gemacht werden. So hat ein Arbeiter sich zum Beispiel vor einigen Jahren ein Einfamilienhaus gebaut und muß Überstunden machen, um neben den Aufwendungen fürs Haus noch ausreichend mit seiner Familie leben zu können. Neuanschaffungen und andere notwendige Dinge können sich die Arbeiter nur mit Überstunden leisten.

Als die IG Metall in der diesjährigen Tarifauseinandersetzung eine Prozentforderung aufstellte, die diese Lage nicht geändert hätte, kamen wir nach mehreren Diskussionen über den Ausgang dieses Lohnkampfes überein, daß eine Prozentforderung ganz falsch ist in dieser Lage, weil gerade die, die nicht die höchsten Stundenlöhne von 13 bis 14 DM haben, sondern 9 bis 11 DM, was 1 050 bis 1 400 monatlich sind, schon jetzt auf Überstunden angewiesen sind. Daher haben sieben Arbeiter einen Brief an die Tarifkommission der IG Metall und zur Gewerkschaft in Celle geschickt. Darin haben wir unter anderem geschrieben:

„Diesen 6,9 %-Abschluß (in Nordrhein-Westfalen, Red.) müßt Ihr ablehnen. Denn für die unteren Lohngruppen sichert er noch nicht einmal die Existenz. (...) Das wird für die meisten von uns bedeuten, daß wir darauf angewiesen sind, noch mehr Überstunden zu machen als bisher.

Die Kollegen, die jetzt schon zu wenig haben, werden am wenigsten, die in den höheren Lohngruppen am meisten bekommen ..., reißen doch die 6,9 % die Lohngruppen noch weiter auseinander."

Wir haben sie aufgefordert, „eine einheitliche Forderung für alle zu beschließen, in der Höhe, die unseren Reallohn sichert und langfristig die Spanne zwischen Tariflohn und tatsächlichem Lohn aufhebt. So eine Forderung ist 170 DM für alle gleich."

Durch diesen Tarifabschluß hat sich die Lage mit den Überstunden bei uns nicht geändert. Als in der KVZ zu lesen war, daß die Opel-Arbeiter einen gewaltigen Zusammenschluß für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich auf einer langen Betriebsversammlung hergestellt haben, hat uns das gezeigt, daß viele Arbeiter dafür sind, wofür wir auch sind: für einen ausreichenden Lohn bei einem Normalarbeitstag.

Schnell kam in der Diskussion heraus, daß man heute in acht Stunden das leistet, was man vor zehn Jahren in zehn oder elf Stunden geschafft hat. Über die Forderung nach dem Siebenstundentag waren wir schnell einig. Außerdem war es wichtig zu wissen, daß, wenn die Arbeiter früher nicht um die Arbeitszeitverkürzung gekämpft hätten, wir noch heute zum Beispiel zehn Stunden arbeiten würden. Ein Arbeiter, der elf Jahre bei Opel gearbeitet hat, berichtet von der Größe dieses Betriebs. Wir kamen dazu, daß in den Betrieben, wo Band und Akkord ist, die Arbeitsintensivierung noch viel drastischer vonstatten geht als bei uns, bei uns die Forderungen dagegen aber ebenso notwendig sind.

Als wir zu zehnt beim Mittag zusammensaßen, haben wir, nachdem ich die Opel-Resolution vorgelesen hatte, ebenfalls eine Resolution bei einer Gegenstimme und ohne Enthaltung verabschiedet. Diese Resolution, die an den DGB ging, endet damit: „Wir meinen, daß die einstimmig verabschiedete Resolution der Opel-Kollegen zum diesjährigen 1. Mai ein richtiger Schritt ist, um diese Forderung in den Gewerkschaften zu verankern.

Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich!"

Als nächsten Schritt wollen wir uns mit den Arbeitern von Telefunken zusammenschließen, um auf der IGM-Vertreterversammlung einen Antrag an den IGM-Gewerkschaftstag für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich zu stellen.

Es gibt kaum eine Mittags- oder Frühstückspause, wo nicht über politische und wirtschaftliche Fragen diskutiert wird. Weil ich Kommunist bin und – wie ein Kollege oft sagt – „gegen alles hier sei", spitzt sich die Diskussion fast immer auf den Sozialismus zu. Für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung ist jeder Arbeiter. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß wir oft zu zweit oder dritt Arbeiterlieder pfeifen,

Die Frage der Revolution ist die entscheidende Frage, und wie man dahin kommt und was man danach macht. Die Aufgabe ist, sich von der Klasse, die sich allen Reichtum aneignet und in ihrer Profitsucht die Entwicklung der Produktivkräfte hemmt und vernichtet, zu befreien, ihren Staat zu zerschlagen und eine Gesellschaft zu errichten, in der die Arbeiterklasse und das Volk fest die Macht über die Produktion und Verteilung in ihren Händen halten.

Dazu ist die Arbeiterklasse fähig, denn ihre Hände schaffen den Reichtum, auf ihren Schultern lastet die Produktion, kein Kapitalist und kein imperialistischer Staatsapparat sind dazu nötig.

Um diese Aufgabe zu lösen, braucht die Arbeiterklasse die Kommunistische Partei, die ihre Kämpfe führt. Diese Partei bauen wir auf in den Kämpfen, die jetzt geführt werden und geführt werden müssen. – (Zelle AEG-Telefunken, Bezirk Hannover)

Hamburg. Unterstützung des Streiks der Medizinstudenten.

Solidaritätsresolution von 18 Soldaten der Röttigerkaserne, Panzergrenadierbattaillon 72.

„Seit dem 2.5.77 8.00 Uhr sind die Medizinstudenten des Praktischen Jahres im Streik. Die Medizinstudenten fordern für die Zeit ihrer praktischen Ausbildung in der Klinik einen Tarif- und Ausbildungsvertrag mit politischen und gewerkschaftlichen Rechten. Bisher wurden die Medizinstudenten nach dem 1. Examen bezahlt wie Referendare. Jetzt will der bürgerliche Staat die Medizinstudenten als billige Arbeitskraft in den Kliniken ausbeuten, um dadurch Arbeitsplätze einzusparen. 100 Millionen DM will der Staat dadurch herauspressen, um damit u.a. die Armee aufzurüsten, z.B. das Fregattenprogramm. Wir Soldaten haben den gleichen Dienstherrn, den bürgerlichen Staat. Wir sind nicht freiwillig in der Armee, sondern wir sind zwangsverpflichtet. Auch wir bekommen unsere Arbeitskraft nicht bezahlt, sondern erhalten nur einen Hungersold von 165 DM.

Die Medizinstudenten sind für ihre Forderungen in den Streik getreten. Wir unterstützen ihre Forderungen und ihren Streik, weil sie genauso wie wir Soldaten für die Bezahlung ihrer Arbeitskraft kämpfen."

Solidaritätsresolution von 14 Beschäftigten einer Abteilung des Amtes für Jugend, elf davon ÖTV-Mitglieder und eine Vertrauensfrau. „Wie wir erfahren haben, sind am 2.5.77 um 8.00 Uhr die Medizinstudenten in allen westdeutschen Hochschulen in den Streik für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr (PJ) getreten. Im PJ, dem letzten Teil des Medizinstudiums, sind die Studenten fest in dem Stationsdienst an den Krankenhäusern eingeplant. Hier sollen sie ohne einen Pfennig Geld, ohne Tarif- und Ausbildungsvertrag vollständig rechtlos ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Weder können sie in die Gewerkschaft eintreten, noch werden sie vom Personalrat vertreten. Es ist der Versuch, einen Spaltkeil zwischen den lohnabhängigen Beschäftigten im Krankenhaus zu treiben. Das drückt eine Richtlinie deutlich aus: Die PJ-Studenten haben insbesondere „Neutralität in Arbeitskämpfen zu wahren".

Mit der unbezahlten Vernutzung der Arbeitskraft der PJ-Studenten spart der Staat jährlich 100 Millionen DM, während die Studenten in absolute Abhängigkeit zum Dienstherrn nach dem Lohnraubabschluß von 5,3 %, der Zulagenkürzung in den Säuglingsheimen, der kürzung in den Säuglingsheimen, der Rückstufung der Sozialarbeiterpraktikanten und Krankenpflegeschüler, sowie der Rückstufung der Sozialarbeiter, die jetzt für vier Jahre nach BAT V b bezahlt werden.

Wir erklären uns mit dem Streik der Medizinstudenten, der durch eine bundesweite Urabstimmung beschlossen wurde, solidarisch und unterstützen ihre Forderungen. Die Durchsetzung der Forderungen stärkt die Kampfkraft aller Kollegen im Öffentlichen Dienst."

Resolution von sieben Krankenpflegeschülern des Kurses I der Krankenpflegeschule St. Georg.

„Wir wollen Euch hiermit unsere Solidarität für Euren Streik aussprechen. Ihr wehrt Euch gegen die Absichten des Staates im Gesundheitswesen zu rationalisieren, die Lohnsenkung voranzutreiben und das Gesundheitswesen planmäßig verrotten zu lassen. Wir sind sieben Examensschüler der Krankenpflegeschüler des Allgemeinen Krankenhauses St. Georg und es werden bei uns 13 Schüler von 25 nach dem Examen nicht eingestellt. Dies entspricht den im Krankenhausbedarfsplan festgelegten Rationalisierungsabsichten des Staates. Darüberhinaus ist durch den Abschluß der letzten Tarifrunde die Richtung der Lohnsenkung am Beispiel der Rückstufung der Krankenpflegeschüler festgelegt worden. Gegen beides setzen wir uns zur Wehr und führen den Kampf dagegen, ebenso wie Ihr.

Wir fordern Euch auf, Euren Streik für Ausbildungs- und Tarifvertrag, für gewerkschaftliche Rechte und Streikrecht und für Mindestlohn von 700 DM fortzusetzen. Wir werden über Euren Streik weiter im Krankenhaus berichten."

Hamburg. Am Dienstag, dem zweiten Streiktag gegen das Landeshochschulgesetz, waren über 4000 Studenten auf einer Massenversammlung im Audimax. Die Versammlung war angesetzt worden vom UniPräsidenten, um zusammen mit Senator Biallas und Professoren den Abbruch des Streik zu erreichen. Seit Montag finden keine Lehrveranstaltungen statt. Die Zersetzungsversuche der Staatsmacht hatten den Streikbeschluß nicht verhindern können. Z.B. waren als Antwort auf einen Brief des Präsidenten Fischer-Appelt an alle 30000 Studenten, in dem er mit Bafög-Entzug und Semesteraberkennung drohte, 1000 Studenten zu ihm demonstrierte und hatten ihm den Streikbeschluß an die Tür gemalt.

Auf der Versammlung haben sie versucht, eine Übereinkunft „aller Hochschulangehörigen" zu erreichen, um ein Anhörungsverfahren zum LHG in der Bürgerschaft zu fordern. Die Resolution von FischerAppelt enthielt keine Forderung gegen das LHG und erwähnte den Streik nicht einmal. Sie wurde abgelehnt. Fischer-Appelt und Biallas waren in der Versammlung vollständig isoliert.

Gegen den Hochschulgesetzentwurf, für höheres Ausbildungsentgelt: Streiks an den niedersächsischen Hochschulen.

Am Montag hat die Vollversammlung der Technischen Universität Braunschweig, mit 1 300 Studenten die größte Vollversammlung seit langem, fast einstimmig für sofortigen Streik gestimmt gegen das Hochschulrahmengesetz und den Entwurf des Niedersächsischen Hochschulgesetzes, gegen die Bafög-Neuregelung, für kostendeckendes Ausbildungsentgeld und Einstellung der Strafverfahren gegen Redakteure einer Fachschaftszeitung und des AStA, die der Rektor eingeleitet hatte. Der Streik soll zunächst eine Woche dauern und ein Schritt zu bundesweiten Kampfmaßnahmen sein. Die Vollversammlung hat sich mit dem Streik der Medizinstudenten solidarisiert.

An fast allen Hochschulen Niedersachsens wurden ebenfalls Kampfmaßnahmen beschlossen gegen die reaktionären Hochschulgesetze und die drückende materielle Lage. An der Kunsthochschule Braunschweig und der Universität Oldenburg wurde bereits ein Streik beschlossen, in Hannover sprachen sich die Vollversammlung der Technischen Universität für Streik aus, der Anfang der Woche in den Fachbereichen beschlossen werden soll. Die Fachhochschule Hildesheim führt eine Urabstimmung über Streik gegen NHG und HRG durch. An den Pädagogischen Hochschulen, mehreren Fachhochschulen und an der Universität Osnabrück wurden Aktionstage beschlossen gegen die Hochschulgesetze, gegen die Unterdrückung der Lehrerstudenten, gegen den Vorbereitungsdienst und gegen Studienverschärfungen. Die niedersächsischen ASten rufen die Studenten auf, sich an der Demonstration am 13.5. in Hannover gegen das HRG/NHG, gegen die Unterdrückung der Lehrerstudenten, der Lehrer und Schüler zu beteiligen.

Bereits im letzten Semester hatten 12 000 Studenten in Hannover gegen das HRG und NHG demonstriert und Rechte gegenüber dem bürgerlichen Staat gefordert. Sie haben weder das Recht, Verträge abzuschließen über die Ausbildungsbedingungen und die Bezahlung während der Ausbildung, noch besitzen sie gewerkschaftliche und politische Freiheiten wie das Recht auf Streik, auf freie Meinungsäußerung, auf Verfügung über ihre Gelder, auf Zusammenschluß in Fachschaften und Bildung von ASten auf Grundlage ihrer Interessen. Wo ihnen die Hochschulverfassungen die eine oder andere Möglichkeit zum Zusammenschluß formell einräumen, haben sich reaktionäre Professoren und der RCDS immer wieder an die bürgerlichen Gerichte gewandt und Verbote und Disziplinarmaßnahmen durchgesetzt. Durch die Hochschulgesetze sollen jetzt alle Kampfpositionen der Studenten verboten werden.

Angesichts des geschlossenen Kampfes der Studentenbewegung gegen die Unterdrückung an den Hochschulen und gegen die Hochschulgesetze haben jetzt die Professorenreaktion und die bürgerlichen Parteien versucht, über die Leiche Buback die Studentenbewegung zu spalten und das Verbot des politischen Mandats durchzusetzen. In Göttingen und Braunschweig wurde Strafantrag gestellt gegen die ASten und die Redaktion einer Fachschaftszeitung. Zum Anlaß genommen wurden Artikel, in denen zum Ausdruck gebracht wurde, daß der Tod des Generalstaatsanwalts Buback alles andere als ein trauriges Ereignis darstellt. In Braunschweig wurden dem AStA die Gelder gesperrt. Der Versuch, die Autoren zu isolieren und das Politische Mandat zu verbieten, ist fehlgeschlagen. In Braunschweig ist die Forderung nach Einstellung aller Strafverfahren Grundlage des Streiks. Die Jungsozialisten wollten das verhindern. Sie haben dagegen gestimmt. Dabei haben sie sich offen auf die Seite der Bourgeoisie gestellt. Gegen die Strafverfahren sei nicht zu machen. Die studentische Presse müsse in Zukunft zensiert werden. Gegen das NHG müsse der „fundierte Rückzug" angetreten werden. Ohne Selbstzensur würde das politische Mandat genz abgeschafft. Ohnehin sei gegen das NHG nicht viel zu machen.

Die Jusos, die den Braunschweiger AStA tragen, sind auf einem Fachschaftstreffen dafür verurteilt worden, daß sie der Studentenbewegung in den Rücken fallen. Ausdrücklich wurde beschlossen, daß sich die Fachschaftsvertreter nicht vom Erscheinen der Artikel distanzieren und den Kampf gegen das NHG und die Strafverfahren fortsetzen. Die Studenten fordern entschlossen gewerkschaftliche und politische Rechte und organisieren den Kampf dafür.

Die Bewegung ist jedoch nach wie vor gespalten. Es sind in Niedersachsen noch kaum Beschlüsse gefaßt worden, daß die außerordentliche VDS-Mitgliederversammlung Ende Mai den bundesweiten Streik durch Urabstimmung einleiten muß, um vertragliche Rechte zu erkämpfen über die Höhe der Bezahlung während der Ausbildung. Ohne bewußte Taktik der Studentenbewegung, ohne bewußten Kampf gegen Konkurrenz und Spaltung kann das volle Koalitionsrecht nicht erkämpft werden. In Streiks und Aktionen muß darüber Klarheit geschaffen werden und der Aufbau der Streikfront gegen das BAFöG vorankommen. Die Bedingungen dafür sind gut.



Ca. 10 Prozent aller Studenten wohnen in Studentenwohnheimen, das sind ca. 90 000. Die Zimmer in den Wohnheimen sind klein und kärglich, die Mieten hoch. Die Kontrolle über die Wohnheime liegt meist beim Land oder der Stadt. Mit Heimordnungen, denen sich die Studenten im Mietvertrag unterordnen müssen mit ihrer Unterschrift, will der Staat die Studenten unter seine Kontrolle zwingen, um sie wie in einem Gefängnis wohnen zu lassen. Die Studenten in den Wohnheimen kämpfen dagegen, bilden eigene Heimverwaltungen und wählen sich Sprecher und nutzen die Gemeinschaftsräume dieser Heime für ihre Zwecke. Aus dem schlechten Wohnungsangebot schlägt der Staat Profit. Die Mieten in den Wohnheimen werden ständig erhöht, z.B. kostet ein Zimmer im Frankfurter Studentenhaus 275 DM 1975. Um überhaupt eine Unterkunft zu finden, sind die Studenten oft gezwungen, diese Summen zu zahlen. Für BAFöG-Empfänger ist dies auch bei Höchstsatz kaum zu machen und hat unweigerlich Einsparungen beim Essen und der Kleidung zur Folge. Mit Mietzahlungsboykotts und Besetzungen kämpfen die Studenten in vielen Wohnheimen gegen die Ausplünderung über die Mieten, die Wohnbedingungen und Unterdrükkung in den Wohnheimen.
Das Bild zeigt ein Studentenwohnheim in Frankfurt. Das Gebäude ist ein alter Bunker. Vor zwei Jahren hatten die Studenten dort bereits eine Mieterhöhung von 89 DM auf 125 DM zurückgeschlagen. Sie forderten die Renovierung der Räume. Als bis Anfang dieses Jahres die Räume immer noch nicht renoviert waren, haben sie das selbst in die Hand genommen und die Kosten von der Miete abgezogen. Jetzt ist das Haus gekündigt worden, das Studentenwerk weigert sich, es zu übernehmen, weil es kein Geld bringt. Die Studenten haben daraufhin das Haus besetzt.

Der Kolonialist von Melle: eingeschmolzen

1 000 Studenten sind nach der Universitäts-Vollversammlung letzten Dienstag zum Universitäts-Präsidenten demonstriert, um ihn mit dem Streikbeschluß zu konfrontieren. Dabei haben sie die Büste von Melles vom Sockel gestürzt und im Triumphzug über den Campus getragen. Beschlossen wurde, ihn einzuschmelzen, Taler zu machen und den Erlös für den bewaffneten Befreiungskampf in Zimbabwe zu spenden. Ein Schmelzfest wird vorbereitet. Die DKP-Studenten und die Jusos hätten ihn lieber zurückgegeben. Gegen ein Lösegeld! Das fand keine Zustimmung.



Von Melle war entschiedener Vorkämpfer der Hamburger Universität. 1905 sagte er: „Auf der neuen Hamburger Universität müßte alles, was sich auf Wirtschaft und Verkehr, auf überseeische Interessen und Weltpolitik beziehe, sehr viel stärker berücksichtigt werden als an irgendeiner anderen Universität ..., daß für den künftigen Auslandskonsul oder Kolonialpolitiker, Exportgroßkaufmann oder Forschungsreisender ein Studium in Hamburg selbstverständlich werde."

In der Denkschrift über den Ausbau Hamburgischer Einrichtungen zu einem Kolonialinstitut von 1907 wird festgehalten, wessen Interessen die Wissenschaft und Forschung untergeordnet sind: „Der Handel Hamburgs greift weit über die deutschen Kolonien hinaus in fremde Gebiete aller Zonen: dem entsprechen die vielseitigen Aufgaben, welche er den Hamburgischen Vertretern der Wissenschaft stellt, und das Rüstzeug, über welches die Institute verfügen." 1908 wurde das Kolonialinstitut durch von Melle feierlich eröffnet. 1912 wurden vom Kolonialinstitut zwei Preisausschreiben durchgeführt. Thema des ersten war die Hebung der Kakao-Kulturen der Eingeborenen in Kamerun oder Togo. Dafür wurden 3 000 Mark zur Verfügung gestellt. Das Thema hatte der Professorenrat des Kolonialinstituts gestellt, entsprechend den Absichten des Stifters (Herzog Albrecht zu Mecklenburg), dem es „auf eine unmittelbar praktisch-wirtschaftliche Aufgabe" ankam.

Das zweite Thema lautete: „Durch welche praktischen Maßnahmen ist in unseren Kolonien eine Steigerung der Geburtenhäufigkeit und Herabsetzung der Kindersterblichkeit bei der eingeborenen farbigen Bevölkerung – des wirtschaftlich wertvollsten Aktivums unserer Kolonien – zu erreichen?" Auch dies Thema entwickelte der Professorenrat, nachdem 6 000 Mark dafür ausgesetzt wurden.

Die Studentenbewegung hat mit der Professorenschaft nichts gemein. Die Professoren verehren den Kolonialisten von Melle und stellen ihn aus. Wird er gestürzt, schreien sie auf. Der Fachbereichsrat Historiker hat die Aktion der Studenten verurteilt. Schließlich seien sie als Historiker der Tradition verpflichtet. Diese Tradition ist, im Namen der Menschlichkeit die Interessen des Kapitals in aller Herren Länder zu bringen. Die Studentenbewegung wehrt sich dagegen, im Geiste solcher Wissenschaftler ausgebildet zu werden, die die Studenten ideologisch auf erneute Kriege gegen die Völker fremder Länder vorbereiten sollen.

Der Auftrag: sprudelnde Profitquellen sichern und ausbauen

US-Truppen sollen erstmals in Norddeutschland stationiert werden

Ein halbes Jahr später als geplant hat der Bau der Kasernen auf dem Truppenübungsplatz Garlstedt bei Bremen begonnen. Am Dienstag vergangener Woche legte Leber den Grundstein. In den Kasernen soll die 3. US-Brigade („Brigade 76") untergebracht werden. Sie soll als Kern für ein „im Krisenfall" binnen drei Wochen nach Norddeutschland zu verlegendes US-Armeekorps fungieren. Die Kerntruppen bestehen aus 3 548 Soldaten und 234 Offizieren, die mit 64 Panzern, 45 Panzerhaubitzen, 300 leichten Kettenfahrzeugen und über 500 Radfahrzeugen ausgerüstet sind.

Die halbjährige Verzögerung des Baus ist ein Ergebnis des seit mehr als zwei Jahren zäh geführten Kampfes der Volksmassen in Bremen und Umgebung gegen die Stationierung. Unter anderem wurden 45 000 Unterschriften gesammelt. Leber erklärte in Garlstedt, „auf die Befürchtungen der Bevölkerung sei weitestgehend Rücksicht genommen worden. Die getroffenen Kompromisse seien ‚frei von unerträglichen Belastungen der Umwelt'." (Süddeutsche Zeitung, 4.5.) Bei den „Kompromissen" handelt es sich um die Zusagen, auf die Führung der amerikanischen Einheit so einzuwirken, daß diese die Zerstörung der Äcker und der Garlstedter Heide, eines wichtigen Erholungsgebiets, nur an Wochentagen durchführt und auch nur die dafür vorgesehenen Geländestücke zerstört. Abgesehen davon, daß jeder norddeutsche Bauer aus 30 Jahren Erfahrung mit der britischen Besatzungsarmee weiß, daß diese Zusagen keinen Pfifferling wert sind, irrt sich Leber, wenn er glaubt, den Arbeitern und Bauern sei es allein um die Verhinderung dieser Zerstörungen gegangen und ginge es im weiteren Kampf allein darum.

Die Zerstörung von Äckern und Erholungsgebieten ist eine *Folge* des imperialistischen Charakters der US-Truppen, es ist nicht ihr *Zweck*. Dieser besteht in der Aufrechterhaltung und Ausweitung der Ausbeutung fremder Arbeitskraft in Westdeutschland und Westeuropa und damit der Aufrechterhaltung der US-imperialistischen Vorherrschaft über Westeuropa. Dieser Zweck steht völlig im Widerspruch zu den Zielen der westdeutschen Arbeiterklasse, die an der Spitze der Volksmassen die Ausbeuterherrschaft und die Ausbeutung abschaffen wird. Darum ist der Klassenkampf gegen die Stationierung fremder Truppen notwendig und unumgänglich. Über 6,5 Milliarden Dollar, damals über 24 Milliarden DM, haben die US-Imperialisten an Profit bereits im Jahr 1972 aus der Arbeitskraft kanadischer, japanischer und westeuropäischer Arbeiter gesogen, den größten Teil davon aus Westeuropa. Diese sprudelnde Profitquelle zu sichern gegen die proletarische Revolution und sie womöglich auszuweiten, ist einer der Gründe, warum die US-Imperialisten ihre Truppen in Westdeutschland ausbauen. Nicht umsonst geschieht das auch in Norddeutschland. „Hamburg, Bremerhaven, Rotterdam", so umreißt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" das Operationsgebiet dieses Teils der Besatzungsarmee. Interventionstruppen gegen die holländische und belgische Arbeiterklasse wie auch gegen die westdeutsche (und, falls nötig, auch gegen die imperialistischen Konkurrenten) werden hier aufgebaut.

Der BRD-Imperialismus ist in den Bemühungen um Verhinderung der proletarischen Revolution in Westeuropa mit seinem Oberherrn einig und funktioniert als dessen Kettenhund. Aber ein Verhältnis zwischen Supermacht und expandierender imperialistischer Großmacht kann nicht frei von Widersprüchen sein. Unter den Zuhörern Lebers in Garlstedt war auch der amerikanische Heeresminister Alexander. Von diesem Alexander und dem Verteidigungsminister Brown hatte sich Leber vor nicht einmal zwei Monaten in Washington stellvertretend für die westdeutsche Finanzbourgeoisie einen Tritt der US-Imperialisten abholen müssen. Der Tritt bestand in ihrer Weigerung, das beschlossene Panzerstandardisierungsabkommen durchzuführen. Mit dem Abkommen hatten die westdeutschen Imperialisten geglaubt, eine größere Unabhängigkeit von ihrem Oberherrn durchgesetzt zu haben, der weitere Fortschritte in der selbständigen Expansion und damit in der Konkurrenz gegen die beiden Supermächte möglich machen sollte. Nach dem Regierungsantritt hat sich schnell herausgestellt, daß der US-Imperialismus dazu in der Lage ist (und es auch tut), die westeuropäischen Konkurrenten fest an die Leine zu nehmen. Dazu braucht er eigene Truppen auch im Norden Westdeutschlands, wo zum Beispiel die britischen Konkurrenten Truppen stehen haben.

Die US-Imperialisten brauchen dieses Bündnis auch, um in der Konkurrenz mit dem Sozialimperialismus um die Vorherrschaft in ganz Europa militärischen und politischen Druck auszuüben, und um auf den Krieg um die Vorherrschaft in Europa vorbereitet zu sein. Vorbereitet zu sein auf das Austragen der Rivalität mit der anderen Supermacht um die Weltherrschaft im Krieg um Europa, das ist dritter Grund des verstärkten Truppenausbaus in Westdeutschland.

Die Truppen in Garlstedt haben dabei besondere Aufgaben. Die bisherige Konzeption der NATO sieht vor, daß der imperialistische Krieg von den verbündeten Imperialisten „Schulter an Schulter" in jeweils von West nach Ost verlaufenden Geländestreifen gegen den Sozialimperialismus ausgetragen wird. Die belgischen, britischen, holländischen und westdeutschen Imperialisten stehen in solchen Abschnitten in Norddeutschland, die US-Imperialisten bisher nur in Süddeutschland. Das Gebiet nördlich des Harzes bis Hamburg, also vor allem die Lüneburger Heide, ist britischen, westdeutschen und holländischen Truppen zugeteilt. Die US-Imperialisten mißtrauen den Fähigkeiten der belgischen und holländischen Imperialisten, intakte Truppen in einen Krieg um Europa – der voraussichtlich seine erste Schlacht erleben würde – zu führen. Das heißt dann so: „Die amerikanische Beurteilung berücksichtigt auch die Schwierigkeiten, mit denen im Ernstfall die Holländer und Belgier fertig werden müßten. Die niederländischen und belgischen Brigaden haben lange Anmarschwege in ihre Bereitstellungsräume." (Frankfurter Allgemeine, 2. Mai) Was die US-Imperialisten daran fürchten, ist nicht die Zeit, die das kostet. Ihre eigenen Reservetruppen brauchen drei Wochen. Sie fragen sich vielmehr, ob diese Armeen überhaupt ankommen und sich nicht während oder schon vor dem Marsch unter dem Eindruck revolutionärer Erhebungen auflösen.

Der jetzt umgestellte Aufmarschplan der US-Imperialisten für einen Krieg kann nur funktionieren, wenn die US-Armee direkt in Norddeutschland mit Infanterietruppen steht. Denn dies gibt dem Oberkommandierenden Europa Mitte der NATO die Möglichkeit, „elastischer zu planen": „Gestützt auf die neue Reserve aus den Vereinigten Staaten vermag er zwei bisher in Reserve gehaltene deutsche Divisionen weiter östlich anzusetzen. Die 3. und 7. Panzerdivision können die Kräfte verstärken, welche frühzeitig die vordersten Kampfzonen verdichten sollen". (Frankfurter Allgemeine, 2. Mai) Die Kalkulation der US-Imperialisten besteht darin, die erste Vernichtungsschlacht von den Panzerverbänden der Verbündeten austragen zu lassen und dann mit eigenen Truppen offensiv nachzustoßen. Deshalb ist die Brigade in Garlstedt als Panzergrenadiertruppe angelegt, also relativ schwach mit Kampfpanzern, stark aber mit Schützenpanzern und Radfahrzeugen für das Infanteriegefecht ausgestattet (was für alle konterrevolutionären Aufgaben von Vorteil ist).

Ein nach dieser Planung verlaufener Krieg hätte den Vorteil für die US-Imperialisten, daß bei der erwarteten Eroberung die imperialistischen Verbündeten mit ausgebluteten Armeen dastehen und die Hegemonie des US-Imperialismus weiter gefestigt würde. Die BRD-Imperialisten sehen dies mit gemischten Gefühlen und verlangen, daß US-Truppen ebenfalls da sind, wenn es darum geht, die ersten Kastanien aus dem Feuer zu holen. „Von deutscher Seite aus ist alles getan, dem amerikanischen Bundesgenossen zu helfen." Sogar 171 Millionen Mark haben sie gezahlt. „Jetzt darf erwartet werden, daß auch politisch eingelöst wird, was strategisch versprochen ist: die schnelle Verlegung des amerikanischen Korps aus Amerika nach Deutschland in Spannungszeiten." Man merkt dem Mann die Zweifel an. Daß imperialistische Räuber auch untereinander Lumpen sind, braucht aber niemanden wundern.

208 000 Mann hat der US-Imperialismus auf deutschem Boden stationiert. Ein großes Potential der Konterrevolution. Der Kampf der Arbeiter und Bauern in Garlstedt ist von großer Bedeutung für den Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse für den Abzug *aller* fremden Truppen und die Auflösung der NATO. Er ist von großer Bedeutung für die proletarische Revolution. – (Z.-Red)

Soldaten wollen Einsatz verweigern

Oldenburg. 72 Soldaten der Nachschubkompanie 310 haben angesichts der Kämpfe gegen den Bau von Kernkraftwerken in einer Resolution erklärt, sich nicht gegen das eigene Volk zur Unterdrückung gerechter Interessen und Ziele einsetzen zu lassen. 20 weitere Soldaten der Kompanie haben entweder aus Furcht vor Disziplinarmaßnahmen nicht unterschrieben oder weil sie sich nicht vorstellen konnten, daß die Bundeswehr jemals im Innern eingesetzt wird. Nur drei Soldaten haben sich für einen Einsatz der Bundeswehr in einem Fall wie Brokdorf ausgesprochen. Die überwiegende Mehrheit der Soldaten hat trotz Isolation und Indoktrination in der Bundeswehr nicht vergessen, auf welcher Seite sie stehen muß.

Gegen den Versuch, Soldaten wegen der Resolution zu bestrafen, hat jetzt die Bürgerinitiative Umweltschutz Oldenburg einen Offenen Brief an den Kompaniechef Hauptmann Pehl gerichtet.

Kiel. Der Bundeswehrführung fehlt der ideologisch zuverlässige Offiziersnachwuchs. Am ehesten glaubt sie ihn zu gewinnen aus wehrpflichtigen Abiturienten, die lange Jahre der ideologischen Indoktrinierung in den „höheren Schulen" ausgesetzt waren. Vom 18. bis zum 22.4. fand in Kiel ein „Staatsbürgerliches Grundseminar" für wehrpflichtige Abiturienten in der Luftwaffe statt. Ziel: „Bei den Teilnehmern die positive Einstellung zu unserer Staatlichen Ordnung zu verstärken, die Erkenntnis zu vertiefen, daß unsere Freiheit des ständigen Schutzes bedarf. Die Teilnehmer sollen dadurch befähigt werden, aus Überzeugung auf das staatsbürgerliche Bewußtsein ihrer Kameraden und deren Einstellung zur Bundeswehr einzuwirken." (Durchführungsbefehl). Als Referenten waren Hochschulprofessoren und Politiker der bürgerlichen Parteien aufgeboten. Die ersten Reaktionen der anderen Soldaten in der Kaserne Rendsburg waren: „Wenn Du hier als Offiziersanwärter wiederkommst, kannst Du Dir eine andere Stube suchen", und „Laß Dir von denen bloß nichts erzählen".

Schüler für politische Freiheiten in der Armee

Braunschweig. 11 Schüler der Cheme-Schule Heinemann verurteilen in einer Resolution die Absicht des Kommandeurs der PzGrenBrig 1, Oberst v. Erdmannsdorff, 3 Soldaten zu bestrafen, weil sie am 1. Mai in Uniform für die Forderungen nach Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht für Zeitsoldaten demonstriert haben. Die Schüler fordern politische und gewerkschaftliche Freiheiten auch für Soldaten. Sie haben ihre Entschließung an die Bundeswehr, den DGB und an die Presse geschickt.

Kriegsmäßige Mobilmachungsübung und militaristische Propaganda

beiterklasse, die an der Spitze der Volksmassen die Ausbeuterherrschaft
Leine zu nehmen. Dazu braucht er eigene Truppen auch im Norden West-
die US-Armee direkt in Norddeutschland mit Infanterietruppen steht. Denn
Auflösung der NATO. Er ist von großer Bedeutung für die proletarische Revolution. – (Z.-Red)
Kriegsmäßige Mobilmachungsübung und militaristische Propaganda

Hammelburg. Der Wehrbeauftragte Berkhan hat in seinem Bericht an den Bundestag gefordert, daß größere ideologische Anstrengungen unternommen werden sollen, um „die Soldaten für die Außenpolitik der Bundesrepublik zu gewinnen." Oberstleutnant von Heigendorf, Kommandeur des Jägerbataillons 351 in Hammelburg hat im letzten Quartalsabschlußappell angekündigt, was Sache ist: wehrpolitischer Unterricht in den Einheiten, Besuche der Zivilbevölkerung in der Kaserne und umgekehrt Besuche von Soldaten in Gerichten, Schulen und Stadtverordnetenzusammenkünften. In den letzten beiden Wochen begann nun diese große Kontakt- und Demokratiekampagne. Täglich besuchten mehrere Schulklassen aus der Gegend die Kaserne, technisches Gerät und Waffen wurden vorgeführt, Verpflegung gab und auch Vorträge. Zur selben Zeit fand in zwei Kompanien des Bataillons eine sogenannte Seminarwoche statt. An drei bis vier Tagen in dieser Woche gab es für die Soldaten politischen Unterricht und Diskussion. Zu Gast waren bei diesen Veranstaltungen auch eine Berufsschullehrer. Ebenfalls zur selben Zeit wurde für das Panzerbataillon 354 in Hammelburg Alarm gegeben. Das Bataillon rückte aus und verlegte nach Wildflecken. Alles geschah alarmmäßig in einem Höllentempo. Die Hammelburger Bevölkerung war gewiß nicht begeistert, daß ein ganzes Bataillon von M 48-Panzern mit höchstmöglicher Geschwindigkeit durch den Ort donnerte. Damit jedoch nicht genug. Die mobilen Reserven des Bataillons in ganz Unterfranken wurden ebenfalls mitten in der Nacht alarmiert. Kradmelder fuhren die Stellungsbefehle in der Gegend herum. Wer nicht erreicht wurde, den hat man am Morgen aus dem Betrieb geholt. Sofort nachdem das Panzerbataillon 354 nach Wildflecken verlegt war, wurden die mobilen Reserven in die Kaserne und dann nach Wildflecken nachgezogen. Eine solche alarmmäßige Mobilisierung der Reservisten ist seit der Kuba-Krise niemandem hier bekannt. Normalerweise bekamen die Reservisten vier Wochen vor der Reserveübung Bescheid. Die Imperialisten verschärfen zügig ihre Kriegsvorbereitungen. Wir müssen zügig den Kampf dagegen entfalten. Die Soldaten- und Reservistentage am 28.5. sind dabei eine wichtige Sache. – (Jäger a. Hammelburg)

Lohnfortzahlung für Wehrpflichtige muß sein

Am Samstag, 7.Mai, machte das SRK Kassel in der Innenstadt einen Stand, auf dem ein Wehrpflichtiger und ein Reservist von ihren Erfahrungen in der Bundeswehr und mit dem Wehrsold berichteten.

Der Text wurde von vielen Leuten aufmerksam gelesen. Bei den Diskussionen stießen die Forderungen nach Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht vor allem bei jungen Arbeitern und Angestellten und Arbeiterjugendlichen auf Zustimmung. Nur 2 Offiziere in Zivil traten gegen die Forderungen auf und redeten von der Verpflichtung, diesem Staat zu dienen. Die ganze Zeit wurde der Stand vom Ordnungsamt und zwei Polizisten beobachtet. Schließlich kamen zwei vom Ordnungsamt und zwei Polizisten, ein Mannschaftswagen im Hintergrund, und wollten die Personalien von den Soldaten und dem Reservisten. Die Beamten vom Ordnungsamt wollten die Polizisten dazu bringen, den Stand abzuräumen. Im Nu waren ca. 50 Leute stehen geblieben. Der Stand blieb stehen. Auch die Personalien des Soldaten bekamen sie nicht. Nach dem Rückzug der Polizei sagte ein Arbeiter: „Ich habe das gerade mitbekommen mit der Polizei. Ich finde es richtig, daß ihr zu solchen Sachen wie dem niedrigen Sold Stände hier in der Stadt macht. Im letzten Krieg sind wir Arbeiter gegeneinander in den Krieg gehetzt worden. Nach dem Krieg haben die da oben, Sieger und Verlierer, sich zusammengesetzt und alles blieb beim alten. Ändern können das nur wir Arbeiter."



Das Soldaten- und Reservistenkomitee Westberlin unterstützt den Medizinerstreik. Zersetzungserscheinungen bei der Polizei.

Wehrpflichtiger, z.Zt. bei der Bundeswehr: Am 1. April 1976 wurde ich eingezogen. Vorher hatte ich als Maschinenschlosser ca. 1 100 DM verdient. Ab sofort nur für 165 DM, bzw. 210 DM zwangsverpflichtet. Meine Arbeitskraft wird vom Staat für ein Butterbrot vernutzt. Hatte ich als Arbeiter das erkämpfte Recht, mich gewerkschaftlich zu organisieren, um für die Bezahlung meiner Arbeitskraft zu kämpfen, so habe ich dieses Recht jetzt auch nicht mehr. Ab sofort mußte ich zahllose Wochenend- und Nachtdienste leisten, ohne Ausgleich. Dies alles für diesen Staat, der die Ausbeutung der Arbeiter in den Fabriken schützt und für die Kapitalisten einen neuen Krieg vorbereitet.

Im Juli 1976 wurde ich in meiner Kompanie zum Vertrauensmann gewählt, weil ich gegen die vielen Zusatzdienste und für Dienstausgleich gegenüber den Kp-Chef auftrat. Erreicht haben wir, daß es jetzt für Bereitschaften einen halben Tag Dienstausgleich gibt. Mitte des Monats geht den meisten Kollegen der Sold aus. Es wurde deshalb oft über den Spottsold diskutiert. Aber erst seit ein paar Monaten beginnt sich die Diskussion auf die Frage der Lohnfortzahlung zuzuspitzen. Seit dem Aufruf der SRKs hat die Bewegung für Lohnfortzahlung an Gewicht gewonnen. In unserer Kompanie wird sie von vielen begrüßt. So fanden es auch viele richtig, daß ich am 1. Mai in Uniform hier in Kassel demonstriert habe, für diese Forderung.

Eine erste Zuspitzung muß der Kampf um Lohnfortzahlung, für Kündigungsrecht und für gewerkschaftliche und politische Freiheiten in der Armee, am 28. Mai in Köln bei den Soldaten- und Reservistentagen erfahren.

Viele Soldaten müssen dort, zusammen mit den Reservisten, demonstrieren. Weiter müssen die Forderungen der Soldaten, die ja meist Arbeiter oder Angestellte sind, von den Gewerkschaften unterstützt werden. Ich werde deshalb als IG-Metall-Mitglied demnächst in meiner Gewerkschaft einen Antrag dazu vorlegen.

Hauptgefreiter der Reserve, Zeitsoldat für 2 Jahre (Z2), 1967 und 1968. Verpflichten mußte ich mich, weil mir meine Eltern keinen Pfennig zuschießen konnten, weil ich als Lehrling nichts sparen konnte und weil 67 DM Wehrsold nie gereicht hätten.

Als Schlosser hätte ich damals mindestens 750 DM netto verdient, als Z2 bekam ich anfangs 425 DM. Jedes Wochenende 200 km nach Hause zu fahren, hat das natürlich auch nicht gereicht. Aber solche Sorgen brauchte ich mir wegen der zahlreichen Wochendienste gar nicht erst zu machen.

„Erzieherische Maßnahmen", oft und regelmäßig angewandt, weil wir Mannschaftsdienstgrade immer wieder den Offizieren im täglichen Kleinkrieg vor Augen führten: Wir sind zwangsweise rekrutiert oder haben uns zwangsweise verpflichten müssen, von „Befehl und Gehorsam" halten wir nicht viel.

Die vielgepriesene Kamaradschaft bei der Bundeswehr, das war der spontane Zusammenschluß der „einfachen" Soldaten gegen die Unterdrückung und kleinliche Schikane, das war die Hetze gegen die Kompaniechefs und Kommandeure auf den Stuben und das waren die spontanen kleinen Aktionen von ganzen Gruppen oder Kompanien, die das Offizierspack oft genug zur Weißglut gebracht haben.

Ohne politisches Ziel und unorganisiert haben wir damals unsere kleinen Aktionen durchgeführt und wir wußten nur eins: Zeigen, daß es mit unserer „Verteidigungsbereitschaft" nicht weit her ist.

Lieber heute als morgen hätte ich damals meine Kündigung eingereicht, wenn ich nicht wegen dem Geld gezwungen gewesen wäre, ganze zwei Jahre diesem Staat meine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen, rechtlos und weit unter dem Wert meiner Arbeitskraft. Deshalb unterstütze ich auch heute die Forderungen der Soldaten nach Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht und deshalb unterstütze ich auch die Soldaten bei der Vorbereitung des Soldaten- und Reservistentages am 28. Mai in Köln. Denn es ist sehr gut, wenn die Soldaten sich um ihre Forderungen fest zusammenschließen und von uns ehemaligen Soldaten, den Reservisten, aus den Betrieben und Gewerkschaften heraus tatkräftig unterstützt werden.

Sozialchauvinistische Mobilmachung in Frankreich

Der französische Imperialismus ist unter den Schlägen der Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker, unter den Schlägen, die ihm die eigene Arbeiterklasse, die Bauern und Volksmassen Frankreichs versetzen, und unter den Schlägen, die er von der imperialistischen Konkurrenz erhält, in eine tiefe Krise geraten und ist zu einem der schwächsten Kettenglieder im imperialistischen System geworden. Fieberhaft bemühen sich die französischen Bourgeois, aus dieser Lage herauszukommen und Tritt zu fassen.

Große Hoffnungen hatten sie an eine glanzvolle Wiederbelebung ihrer „Afrika-Politik“ geknüpft. Sie hofften, im eigenen Land noch einmal eine imperialistische Aufbruchstimmung zu schaffen. Mit ihrem Zaire-Abenteuer sorgfältig abgestimmt, lancierten sie ihren „Plan Barre Zwei“, der die französische Stahlindustrie und andere Schlüsselindustrien durch Massenentlassungen, Milliardensubventionen aus erhöhten Steuern und Bereitstellung einiger zehntausend jugendlicher Arbeiter mittels staatlicher „Arbeitsbeschaffung“ wieder auf Vordermann bringen soll.

Diese Hoffnungen sind rasch zerstoben. Die Erfolge der Nationalarmee von Zaire gegen die sozialimperialistischen Invasoren haben die Rechnung der französischen Imperialisten, sich im Herzen Afrikas von neuem als koloniale Schutzmacht etablieren zu können, durchkreuzt. Die französische Arbeiterklasse hat mit kraftvollen Massenaktionen gegen die Afrikaabenteuer und die imperialistischen Sanierungspläne der Regierung Front gemacht. Nach großen Streiks der Stahlarbeiter und der Volksmassen in Lothringen folgten am 28. April geschlossene Streiks der Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Transport- und der Elektrizitätsbetriebe, die die meisten großen Städte lahmlegten; am 1. Mai weitere Massendemonstrationen im ganzen Land. Nun bereiten die französischen Gewerkschaften den Generalstreik noch vor Ende des Monats vor. Schon jetzt gilt der neue Barre-Plan als so gut wie gescheitert und mit ihm die jetzige Regierung und der Präsident Giscard d'Estaing.

In dieser Lage gehen die führenden Finanzbourgeois entschlossen daran, einen großangelegten Austausch ihres geschäftsführenden politischen Personals vorzubereiten und mit einer Welle der sozialchauvinistischen Agitation von rechts wie von „links“ die proletarische Klassenbewegung und demokratische Bewegung der Volksmassen zu lähmen und zu zersetzen, um sie schließlich zerschlagen zu können.

Die chauvinistische Agitation sowohl der Rechten als der „Linken“ richtet sich zunehmend direkt gegen den BRD-Imperialismus als den unmittelbaren Rivalen auf dem europäischen Kontinent. Tatsächlich hat die Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten der westdeutschen Monopole, die sich in der Kunst der Ausbeutung überlegen zeigen, und ihre wuchtige Offensive des Waren- und Kapitalexports gerade auf dem französischen Markt selbst, erheblich dazu beigetragen, daß die kapitalistische Krise in Frankreich außerordentlich scharfe Formen angenommen hat. (Siehe dazu die beiden Schaubilder)

Auf der Rechten versucht der ehemalige Ministerpräsident und Präsident der gaullistischen Sammlungsbewegung RPR, Chirac, sich zum „Führer aller Franzosen, woher sie auch kommen, die sich der Gefahr kommunistischer Unterwerfung widersetzen wollen“, aufzuwerfen. Das ganze demagogische Repertoire der „Linken“, vom „Recht auf Arbeit“ bis zur „Mitbestimmung“, hat er sich kaltblütig zu eigen gemacht, um die abgedroschenen Phrasen von Frankreichs „Grandeur“ usw. an den Mann zu bringen. Der ehemalige Außenminister des Generals de Gaulle, Débré, wird vorgeschickt, um gegen die Versuche der BRD-Imperialisten zur Errichtung ihrer Hegemonie mittels der EG zu wettern. Stürmisch beklatscht wurden im Parlament seine Tiraden gegen die illegale Kartellbildung der deutschen Stahlkonzerne und deren Duldung durch die EG-Kommission.

„Der deutsche Expansionismus sei eine Bedrohung Frankreichs. Barre solle Schutzmaßnahmen für bedrohte nationale Industrien ergreifen, den Ausverkauf französischer Unternehmen ans Ausland verhindern.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.4.77)

Die entscheidende Rolle in den Plänen der herrschenden Finanzbourgeoisie kommt gegenwärtig jedoch der „Linksunion“ aus Reformisten und modernen Revisionisten zu, die bei den Kommunalwahlen im März über 52 % der Stimmen bekamen.

„Vor allem in Unternehmerkreisen, der Finanz- und Geschäftswelt wird die Frage immer lauter gestellt, ob es nicht besser sei, das Volk an die Urnen zu rufen, nachdem offensichtlich die Linke bereits die Mehrheit im Lande hat. Man könnte die noch zehn Monate währende Ungewißheit bis zum offiziellen Wahltermin im März 1978 weder den in- und ausländischen Investoren noch den Unternehmensplanern zumuten. Der ‚Suspens' fördere außerdem die soziale Agitation und lähme die Wirtschaft.“ (Die Welt, 5.5.77)

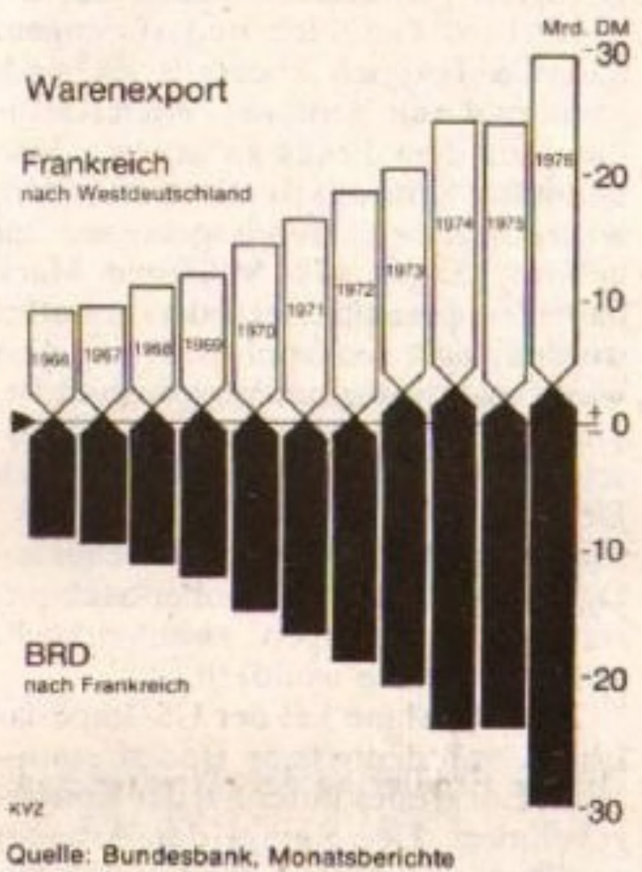
Ende April wurde der Sekretär der revisionistischen KP, Marchais, eingeladen, vor 400 Vertretern dieser „Geschäfts- und Finanzwelt“ sein Programm zu erläutern. Was Marchais dort unter der Parole eines „Sozialismus in den Farben Frankreichs“ entwickelte, war ein wenig verhülltes Programm der sozialimperialistischen Ausrichtung und Aufrüstung Frankreichs.

„Die Regierung und das Großkapital sehen sich vor die Unmöglichkeit gestellt, Frankreich aus dieser Krise herauszuführen. (...) Die große Änderung, die wir erreichen wollen, ist, daß das Soziale nicht nur ein bloßer Bodensatz, ein Anhängsel der wirtschaftlichen Entwicklung ist. Sodann aber wollen wir durch Planung die materielle Grundlage der Unabhängigkeit Frankreichs sichern. (...) Um das zu erreichen, brauchen wir einen bedeutenden nationalisierten Sektor. Die Gesamtheit der Nationalisierungen, die wir vorschlagen, betrifft 1 % aller französischen Unternehmen, 1,6 Millionen Personen, 15 % der aktiven Bevölkerung. Wir sind weit entfernt vom Kollektivismus. (...) Wir sind dafür, daß die Produktivität gehoben und der Produktionsapparat modernisiert wird. Schließlich sind wir dafür, daß Schutzmaßnahmen an unseren Grenzen getroffen werden. (...) Die größten Defizite in unserer Handelsbilanz sind nicht durch die erdölproduzierenden Länder verursacht, sondern durch die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten.“ (Humanité, 28. April 1977)

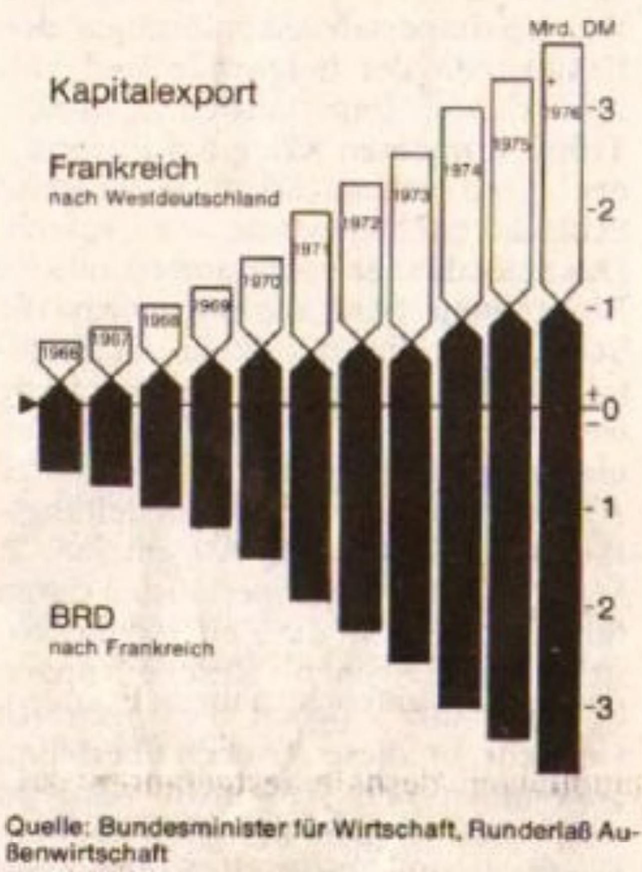
Marchais erntete gelegentliche Zwischenrufe wie „Aha!“, oder „Na, na!“, Gelächter über besondere Schlitzohrigkeit, wenn er z.B. sagte: „Klar ist natürlich, daß das Geld irgendwoher genommen werden muß“, und Unruhe, wenn er die Kapitalisten aufforderte, einen größeren Steuerbeitrag zur Kriegskasse zu leisten. Insgesamt aber stieß sein imperialistisches Programm auf größtes Interesse. Dessen ökonomischer Kern, die „Nationalisierung“ der Schlüsselindustrien, läuft im Rahmen des Gesamtprogramms auf nichts anderes hinaus als darauf, in Form von „Entschädigung“ den Finanzkapitalisten eine ungeheure Summe barer Geld- und Kreditmittel in die Hand zu geben und gleichzeitig unter der Losung des „Rechts auf Arbeit“ die Arbeiterklasse einem brutalen Regime der Zwangsarbeit zu unterwerfen, alles im Namen des Fortschritts und des Sozialismus. Der „Barre-Plan“ erscheint demgegenüber zwergenhaft.

Gleich im Anschluß wurde Marchais auch bereits auf außenpolitische Mission geschickt. In Rom traf er mit Vertretern aller großen Parteien zusammen, um eine imperialistische Allianz vorzuschlagen. Mit dem Sekretär der italienischen Revisionisten, Berlinguer, der von den Bourgeois seines Landes endlich den „historischen Kompromiß“ formell bestätigt bekommen hat und vor dem Eintritt in die Regierung steht, vereinbarte Marchais die Bildung einer gemischten Kommission zur „vertieften Prüfung der italienisch-französischen Beziehungen auf allen Gebieten“, mit dem erklärten Ziel, „das heute zugunsten Westdeutschlands bestehende Ungleichgewicht zu korrigieren“ – so Marchais in einem Interview in der führenden italienischen Tageszeitung „Corriere della Serra“, die zum FIAT-Konzern gehört.

Italien ist der entscheidende Zankapfel zwischen dem französischen und westdeutschen Imperialismus beim Kampf um die Vormacht in Europa. Marchais und seine revisionistische Partei sind heute ein machtvolles Instrument in den Händen der französischen Bourgeoisie, nicht nur zur Lähmung und Niederschlagung der Arbeiterbewegung, sondern auch dazu, die leidvollen Erfahrungen der Völker Europas mit dem Hitler-Faschismus umzumünzen in die Unterstützung neuer imperialistischer Allianzen. – (Z-Red.)



Quelle: Bundesbank, Monatsberichte



Quelle: Bundesminister für Wirtschaft, Runderlaß Außenwirtschaft

Die EG-Staaten tischen einen reaktionären Vorschlag auf

Ende Mai Fortsetzung der Pariser Nord-Süd-Konferenz / Sowjetunion gegen neue Weltwirtschaftsordnung

Die EG-Staaten haben sich auf einen Vorschlag geeinigt, den sie den Ländern der Dritten Welt bei den Pariser Verhandlungen als „Alternative“ zum Integrierten Rohstoffprogramm auftischen wollen. Schaut man sich die Sache genauer an, so muß man erkennen, daß es sich um den Versuch handelt, die Dritte Welt übers Ohr zu hauen. Angesichts der eindeutigen Forderungen der Dritten Welt, die deren gemeinsames Interesse ausdrücken, ist der Betrug allerdings so offensichtlich, daß er mit Sicherheit zum Scheitern verurteilt ist. Seine Wirkung dürfte eher darauf gerichtet sein, guten Willen vorzutäuschen, um hinterher eine imperialistische Hetze entfalten zu können.

Der EG-Vorschlag kann in drei Teile gegliedert werden. Erster Punkt ist die Einrichtung eines Ausgleichsfonds zur Stabilisierung der Erlöse der Entwicklungsländer nach dem Muster des Lome-Abkommens. Dieses Abkommen wurde im Februar 1975 zwischen der EG und den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP) geschlossen. Wirtschaftlich hat es für die Entwicklungsländer nicht viel gebracht. Sie sollen Ausgleichszahlungen erhalten, wenn die Export-Erlöse eines Landes um mehr als 7,5 Prozent unter den Durchschnitt der letzten vier Jahre sinken. Aufgrund der Inflation auf dem Weltmarkt liegt dieser Durchschnitt runde 20 Prozent unter dem realen Durchschnitt, dazu weitere 7,5 Prozent. In der Broschüre „Westeuropas wirtschaftliche Sicherheit“ teilt Wolfgang Hager von der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“ mit: „... das Garantienetz für die Produzenten ist so tief gespannt, daß es praktisch auf dem harten Boden liegt.“ Das ist ehrlich, aber nicht alles. Die meisten der Entwicklungsländer müssen die erhaltenen Gelder zurückzahlen, sowie die inflationierten Erlöse den vierjährigen Durchschnitt übersteigen. Ganze zwei Millionen Dollar oder fünf Millionen DM je Land und Jahr haben die EG-Länder als Obergrenze des Ausgleichsfonds festgelegt. Verwaltet wird er von der EG-Kommission.

Trotzdem war das Abkommen von Lome ein Fortschritt für die Dritte Welt, den sie den Imperialisten abkämpfen mußte. Wirtschaftlich besteht der Vorteil darin, daß es sich bei den Zahlungen des Ausgleichsfonds immerhin um *zinslose* Kredite handelt und eine Reihe besonders armer Länder muß sie *nicht* zurückzahlen. Politisch hat es die heute 52 Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifik zusammengeschlossen. Dies war ein Erfolg gegen die Versuche der EG, durch ihre Assoziierungspolitik und durch die Aufspaltung der Länder des Commonwealth und der Franc-Zone diese Länder in verschiedene Blöcke auseinanderzudividieren.

Worin die Not der Imperialisten bestand, das beschrieb – wohl unfreiwillig – nach der Unterzeichnung der Generaldirektor für Entwicklung und Zusammenarbeit in der Kommission der EG, Dr. Hans-Broder Krohn, in der Zeitschrift „Europa-Archiv“ Nr. 6/1975: „Kaum jemals vorher dürften Verhandlungen zwischen jeweils einer Gruppe von Industrieländern und Entwicklungsländern so deutlich gemacht haben, daß die Entwicklungsländer ihrem politischen Ziel, als gleichberechtigte politische und ökonomische Partner der Industriestaaten aufzutreten, sehr nahe gekommen sind.“ Einerseits hat der Druck der afrikanischen Länder Zugeständnisse der Imperialisten erzwungen; andererseits, wenn die Entwicklungsländer einer gleichberechtigten Position „sehr nahe gekommen sind“, dann gibt der Dr. Krohn zu, daß die Dritte Welt von den Imperialisten unterdrückt wird und daß sie heilfroh sind, daß dieses Verhältnis nochmal verlängert wurde.

Die AKP-Staaten und die Dritte-Welt-Länder sind nicht beim Lome-Abkommen stehen geblieben, sondern haben den gestärkten Zusammenschluß genutzt, um den Kampf gegen die Imperialisten fortzuführen. Fast gleichzeitig mit dem Abschluß in Lome (Togo) legte das Sekretariat der Welthandelskonferenz in Ausführung der UNO-Beschlüsse einen detaillierten Vorschlag für einen Integrierten Rohstoffonds vor. Er geht wesentlich über das Abkommen von Lome hinaus. Heute ein Programm der Erlösstabilisierung nach dem Lome-Muster aufzutischen, ist den Forderungen der Dritten Welt direkt entgegengesetzt, weil es sie um Jahre zurückwerfen will. Der Vorschlag der EG-Imperialisten, der auf ein 18-Seiten-Papier der Bundesregierung zurückgeht, ist reaktionär und dazu ausersehen, die alte Weltwirtschaftsordnung der Imperialisten zu erhalten.

Was fürchten die Imperialisten so sehr an dem Integrierten Rohstoffonds? Sie fürchten vor allem den Allgemeinen Fonds (common fund), der alles zusammenhält und in Händen der Dritten Welt ein starkes Instrument wäre, auf den Weltmarkt Einfluß zu nehmen und die hergebrachten Strukturen zu zerreißen. Klaus Broichhausen schreibt es in der „Frankfurter Allgemeinen“ vom 3. Mai: „Das würde ein Welt-Rohstoffkartell mit mehrheitlicher Kontrolle durch die Entwicklungsländer.“

Zweiter Punkt des EG-Vorschlags: Um dem ersten Nachdruck zu verleihen, soll eine „einmalige Sonderaktion zugunsten der ärmsten Entwicklungsländer“ in Höhe von einer Milliarde Dollar offeriert werden, eine Summe, die noch nicht mal die *Zinslast* eines einzigen Monats der Dritten Welt deckt. Auch das ist durchsichtig. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ erläutert ihrem Leserpublikum, wie sich die Ausgabe lohnen soll: „Die Hilfe soll auch bewirken, das das Thema Schulden-Moratorium vom Tisch kommt.“

Dritter Punkt und Krönung: Über das ganze soll nicht verhandelt werden, sondern es soll eine Kommission unter Fittichen des Internationalen Währungsfonds gebildet werden, die weitere Verhandlungen vorbereitet. Auf diesen und den zweiten Punkt haben sich auch die sieben Imperialistenhäuptlinge in London geeinigt. Offensichtlich verfolgen sie weiter die Taktik des leeren Palavers und des Zeitgewinns, auf daß ihr Geldsack sich in der Zwischenzeit weiter fülle. Daher waren sie sich auch einig, daß ihr Kapitalbesitz in der Dritten Welt nicht angetastet werden darf.

Auf der Konferenz in Paris, die am 31. Mai fortgesetzt wird, haben es die Länder der Dritten Welt unmittelbar mit den westlichen Imperialisten zu tun. Jedoch haben sie in ihrem Kampf auch die UdSSR im Nacken. Beständig tönen die russischen Sozialimperialisten damit herum, welch unverbrüchliche Freunde der Dritten Welt sie seien, jedoch stellen sie sich gegen die unterdrückten Länder, sobald es um Konkretes und um Taten geht. Im Oktober 1976 hat die sowjetische Regierung in einer Note an den UNO-Generalsekretär erklärt, daß sie sowieso keinerlei Beschlüsse über die neue Weltwirtschaftsordnung anerkenne. „Es gibt keine Grundlage und es kann auch keine dafür geben, bei der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten jene Forderungen zu erheben, die die Entwicklungsländer den kapitalistischen Industriestaaten stellen.“ Zusammen mit den anderen RGW-Staaten (sie nennen sich selbst „sozialistisch“) hat die UdSSR auf der Welthandelskonferenz in Nairobi das Integrierte Rohstoffprogramm abgelehnt: „Die sozialistischen Länder verstehen das Interesse der Entwicklungsländer an der Verbesserung des Systems der Ausgleichsfinanzierung, jedoch kann es nach Überzeugung der sozialistischen Länder nicht als ein wirksames Instrument für die Vervollkommnung der Handelsstruktur und der Organisation der Rohstoffmärkte angesehen werden.“ Genau wie die anderen Imperialisten schlägt sie stattdessen den „Abschluß internationaler Warenabkommen“ vor.

Die Forderung nach Streichung der Schulden wird in der 23seitigen Erklärung ausdrücklich nicht erwähnt. Das Recht auf Nationalisierung ausländischen Kapitals wird umgewandelt in die Aufstellung von „Normen und Verfahren für die vollständige und wirksame staatliche Kontrolle über die Tätigkeit des ausländischen Kapitals durch die Entwicklungsländer“. Was ist dies anderes als das Geschwätz der westlichen Imperialisten von der „Berücksichtigung der Interessen der Entwicklungsländer“? Das imperialistische Kapital kann viel über sich ergehen lassen, wenn es nur weiter *tätig* sein kann.

In allen wichtigen Punkten tritt die Sowjetunion den Forderungen der in der „Gruppe der 77“ zusammengeschlossenen Länder entgegen, um sich selbst die Tür zur Ausbeutung dieser Länder offen zu halten. In der Erklärung vom Oktober 1976 heißt es: „Ohne die Sowjetunion, ohne den Sozialismus und die zuverlässige Unterstützung, die er leistet, hätte der Imperialismus jeden Versuch der jetzt freien Staaten, echte nationale Unabhängigkeit zu erringen, im Keime erstickt.“ Dieser wissenschaftliche Unsinn ist eine Fortsetzung der kolonialistischen These von der Unfähigkeit der Völker, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Er ist eine Interventionsbegründung.

Der Sowjetunion geht es darum, „die Wirtschaft aller Länder enger und sicherer mit dem Weltmarkt zu verbinden“. Die Interessen der unterdrückten Länder sind entgegengesetzt. Dieser Tage haben Vertreter der Dritten Welt erneut bekräftigt, daß es ihnen darum geht, sich vom Weltmarkt loszutrennen, weil er eine imperialistische Einrichtung ist. Stattdessen müssen die Wirtschaftsbeziehungen der Dritten Welt untereinander gestärkt werden. Die Haltung der Sowjetunion in der Frage der neuen Weltwirtschaftsordnung hat vielen Vertretern der Dritten Welt die Augen über ihren räuberischen Charakter geöffnet. – (Z-Red.)

Carters Angriff auf die Rentenversicherung

Carter hat ein „völlig neues Wohlfahrtsprogramm" angekündigt. Er will es Anfang August dem Kongreß vorlegen. Nach mehreren Monaten Amtszeit des neuen Präsidenten ist man sicher, es kann sich nur um eine neue Teufelei handeln. Bestandteil seiner Reform ist eine Reform der Rentenversicherung.

Im Unterschied zur Regelung im imperialistischen Westdeutschland ist die Rentenversicherung in den USA nicht einmal formell selbständig als eigene Kasse und Versicherung organisiert. Die Sozialversicherungsbeiträge sind *direkt* Bestandteil des Staatshaushalts. Vom Arbeiterlohn werden insgesamt 11,7 Prozent vorenthalten und eingezogen; formal 5,85 Prozent je Arbeiter und Kapitalist. Der Vorteil für die Finanzbourgeoisie ist, daß sie die Gelder der Arbeiter für ihre Altersversorgung direkt in der Spitze der Staatsmacht zur beliebigen Verwendung zentralisiert und unumschränkte Zugriffsmöglichkeiten hat.

Gesetzlich festgelegtes Rentenalter ist 65 Jahre. Dies ist im „Social Security Act" aus dem Jahr 1935 geregelt. Damit wurde erstmals in den USA eine Rentenregelung eingeführt. Roosevelt erließ dies Gesetz in der Zeit der Kriegsvorbereitung der Imperialisten. Es war zunächst eine Maßnahme der sozialen Demagogie, denn damals kamen grad 220 000 in den Genuß der Rente. Der Rest war ausgesperrt. Inzwischen erfaßt die staatliche Rentenversicherung etwa 90 Prozent der Werktätigen.

Es war jedoch bereits als Polizei- und Spitzelgesetz gefaßt. Mit der Ausdehnung seines Geltungsbereichs tritt dieser Zweck voll in Wirkung. Die „Zeitschrift der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte", vom Fach, würdigt den praktischen Nutzeffekt: *„Da fast sämtliche Personen bei der Social-Security-Administration registriert sind und ein polizeiliches Meldesystem nicht vorhanden ist, werden die Versicherungsakten auch anderen Behörden, insbesondere zu Steuer- und Fahndungszwecken, zur Verfügung gestellt."* (Die bundesstaatliche Rentenversicherung in den USA, in: Nr. 4/1976)

„Zeitschrift der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte", vom Fach, würdigt den praktischen Nutzeffekt: *„Da fast sämtliche Personen bei der Social-Security-Administration registriert sind und ein polizeiliches Meldesystem nicht vorhanden ist, werden die Versicherungsakten auch anderen Behörden, insbesondere zu Steuer- und Fahndungszwecken, zur Verfügung gestellt."* (Die bundesstaatliche Rentenversicherung in den USA, in: Nr. 4/1976)

Wer immer in die Lage kommt, Anspruch auf Rente zu erheben, bei dem sorgt die imperialistische Gesetzgebung dafür, daß er ihn nicht lange wahrnimmt. Offizielle und damit bereits verlogene Armutsgrenze ist in den USA ein Einkommen von 400 Dollar (940 DM) monatlich. Der durchschnittliche Rentensatz beträgt nach Berechnung aus den offiziellen Angaben etwa 220 Dollar (520 DM) monatlich. Das Bundesverwaltungsamt gibt



Cleveland, USA: Die arbeitenden Massen kämpfen gegen die „Energiepolitik" der Regierung Carter, die für sie Ausplünderung bis aufs Hemd bedeutet. Den Kälteeinbruch Anfang des Jahres hatten die US-Energiemonopole bereits genutzt, um eine Verdoppelung der Gaspreise zu erpressen. Jetzt hat Carter den Gaspreis aufs Dreifache heraufgesetzt. Die Gasrechnungen für die Kältewochen betragen jetzt oft mehr als den halben Lohn oder die ganze Rente. Allein die Cleveland Gas Co. hat bis jetzt 40 000mal den Haushalten das Gas gesperrt, weil sie nicht zahlen konnten. Am 15. April haben Gewerkschaftsgruppen und Nachbarschaftskomitees in vielen Haushalten die Sperrung der Zähler verhindert, mit Demonstrationen wie der hier abgebildeten. Am 18. April wurde mit dem Polizeiknüppel die Sperrung erzwungen. „Wir fordern: 1. Keine Sperrung von Anschlüssen, 2. Runter mit den Tarifen, 3. Weg mit den Winter-Rechnungen, 4. Schluß mit der Verknappung" steht auf dem Plakat der schwarzen Mutter. Auf dem Plakat ihres Kindes steht: „Ich brauche warmes Essen und Heizung." Andere Demonstranten verlangen Arbeit. (Aus: Revolution, Mai 1977)

An der Spitze der Behörde, der größten aller Bundesbehörden, steht Josef Califano. Carter hat einen Fachmann berufen. Califano war bereits unter Johnson, der den Aggressionskrieg gegen das vietnamesische Volk organisierte, im Amt. Damals hatte Johnson erklärt: "Wenn Joe spricht, dann ist es meine Stimme, die Sie hören." Carter betreibt die Reform als Vorkämpfer gegen Korruption und für Durchschaubarkeit. Das System sei „weit komplizierter, voller Verdoppelungen, zum Teil überflüssig und betrugsanfälliger als vielfach angenommen". Also geht es um eine Zentralisierung und Straffung der Unterdrückungs-, Spitzel- und Polizeitätigkeit der imperialistischen Staatsmaschine.

Weiter erklärt Carter, mit der Reform sei bestimmt keine Kostensteigerung verbunden. Nach jetzigem Kassenstand der Rentenversicherung wäre die Auszahlung der Renten bis zum Jahr 1982 nur gesichert, wenn der vorhandene Reservefonds von 36 Milliarden Dollar aufgezehrt würde. Den aber will die US-Finanzbourgeoisie als Kapitalquelle und Kriegskasse für sich haben.

Carter drückt sich gewunden aus. Angesichts der Alternative „Erhöhung der Beiträge oder Kürzung der Bezüge der Rentner" lehnt er Beitragserhöhungen ab. Also Kürzung der Rente. Dies ist buchstäblich das Todesurteil für Millionen von Arbeitern und Angestellten in Rente.

Der „Rat für Internationale Wirtschaftsfragen" bei der US-Regierung hat ein Gutachten veröffentlicht, in dem er über das Schrumpfen des Vorsprungs des USA-Imperialismus bezüglich der Produktivität der Arbeit klagt und über die zu hohen Lohnkosten. Die USA-Imperialisten stechen im internationalen Vergleich zu ihren imperialistischen Konkurrenten auf dem Weltmarkt zwar fast jeden bezüglich der Niedrigkeit der Arbeitslosenversicherung aus. Das reicht ihnen aber nicht. Jeder Cent ist ihnen zuviel. Sie bauen auf die Existenz der riesigen industriellen Reservearmee in den USA.

Die Beanspruchung der Rentenkasse durch die Arbeiter und Angestellten erfährt bereits über die Festlegung des Rentenalters ihre erste Beschränkung. Dadurch, daß ein erheblicher Teil der Arbeiter das Alter gleich gar nicht erreicht, sondern vorzeitig vom kapitalistischen Fabriksystem verschlissen und zur Strecke gebracht wird. Denn allein die offizielle Lebenserwartung, in welcher die als Personen oftmals langlebigen Bourgeois mitsamt ihrem Anhang mitgerechnet werden, beträgt 67 Jahre. Die zweite Beschränkung erfolgt sogleich.

Wer immer in die Lage kommt, Anspruch auf Rente zu erheben, bei dem sorgt die imperialistische Gesetzgebung dafür, daß er ihn nicht lange wahrnimmt. Offizielle und damit bereits verlogene Armutsgrenze ist in den USA ein Einkommen von 400 Dollar (940 DM) monatlich. Der durchschnittliche Rentensatz beträgt nach Berechnung aus den offiziellen Angaben etwa 220 Dollar (520 DM) monatlich. Das Bundesverwaltungsamt gibt in seinen „Merkblättern für Auslandstätige und Auswanderer" in die USA für einen Angestellten für Lebenshaltungskosten ohne Wohnung und Kraftfahrzeug bereits 350 bis 500 Dollar (gleich 823 bis 1 175 DM) an.

Also ist die Rente direkt darauf berechnet, den Arbeiter rasch unter die Erde zu bringen.

Wer, um dem zu entgehen, nach dem 65. Lebensjahr sich zusätzlich der Rente verschafft, der „*muß bis zu seinem 72. Lebensjahr mit Rentenkürzungen oder Verlust der Rente rechnen*". Wer sich angesichts dieses Risikos entschließt, bis zum 70. Lebensjahr sich weiter in der Fabrik zu schinden, erhält pro Jahr eine „Prämie auf die Altersrente" von *einem* Prozent. Besser kann die Verkommenheit und Menschenverachtung des verrotteten US-Imperialismus nicht zum Ausdruck kommen. Fünf Jahre weiterer Arbeitsqual für einen Betrag von beispielsweise 20 Dollar monatlich, der durch die Inflation allein spielend beseitigt wird.

Auch diese Rentenversicherung, ein Programm zur Liquidierung der abgestoßenen, verbrauchten Arbeitskraft, zieht ihre ideologische Begründung aus dem „American Way of Life". Der New Yorker Korrespondent der „Stuttgarter Zeitung" schreibt, „*daß die staatlichen Renten nur die Basis der Altersversorgung darstellen sollen, während jeder Amerikaner versuchen sollte, sich während seiner Berufsjahre einen Vermögensgrundstock durch private Versicherungen, Ersparnisse, Hausbesitz und ähnliche Werte zuzulegen. Dieser soll dann die mageren Renten im Ruhestand anreichern.*"

Der tatsächliche Vorgang ist, daß bereits Ende des vorigen Jahrhunderts die Großbanker entdeckt haben, daß über Lebensversicherungen ein einträgliches Geschäft zu machen ist und rasch große Geldmengen als Kapital in ihrer Hand angehäuft werden können. Die Finanzimperien Morgan und Rokkefeller haben darüber die größten Lebensversicherungsgesellschaften aufgebaut – Metropolitan, Prudential, Equitable und New York Life, die sich im Geschäftsumfang mit jeder Großbank vergleichen lassen. Entsprechend das Interesse der Finanzbourgeois, jegliche Rentenregelung zu verhindern bzw. auf Auszahlung einer äußerst niedrigen Rente, um so den Zwang zum Abschluß von Lebensversicherungen für die Arbeiter und Angestellten, die Bauern, den Mittelstand zu erhalten. So haben sie auch alle Machtmittel in der Hand, um durch willkürliche Prämienerhöhungen, Betrug usw. nach ihrem Geschmack die Policen verfallen zu lassen. In den fünfziger Jahren haben zwei Drittel der Lohnabhängigen niemals die Leistungen erhalten, für die sie bezahlt haben. Welchen Umfang die Raubzüge der Finanzbourgeois haben, zeigt die jüngste Erfahrung der Arbeiter und Angestellten der Stadt New York. Diese hatten für ihre Altersversorgung einen Fonds von 9 Milliarden Dollar aufgebaut. Als die Großbanken ihren Plünderungszug gegen die Volksmassen organisierten, wurde ein Teil der Verschuldung der Stadtbürokratie diesem Fonds entnommen. Ein Drittel, das sind 3 Milliarden Dollar.

Neben der Lebensversicherung gibt es in vielen Branchen, bei kleinen und mittleren Kapitalisten die Firmenaltersversorgung. Bezüglich dieser Sorte Rente gibt die US-amerikanische Statistik selber an, daß gegenwärtig grad 58 Prozent aller von ihr erfaßten Arbeiter je in die Lage kommen, sie in Anspruch zu nehmen. Also knapp die Hälfte zahlt ein und verliert dann jeden Anspruch darauf. Das ist gesetzlich abgesichert. Bis 1974 war die gesetzliche Regelung, daß jeder Arbeiter, der den Betrieb wechselt, entlassen wird, jedweden Anspruch auf die eingezahlten Gelder verliert. Das Geld verbleibt in der Hand des Kapitalisten bzw. der Bank. Diese Regelung, bekannt in Deutschland aus den Knappschaftskassen der Bergbaukapitalisten Mitte des vorigen Jahrhunderts, hat für die Kapitalisten verschiedene Vorteile. Zunächst bindet dies System den Arbeiter an den Kapitalisten. Entweder der Arbeiter erduldet jeden Fußtritt des Kapitalisten in der Sorge um Arbeitsplatz und Altersversorgung und wofern nicht, wehrt er sich, kann ihm der Kapitalist leichten Herzens sagen: Hol dir die Papiere, aber deine Kassenzahlungen bleiben hier! Die Regelung hat den Vorzug, daß sie dem *einzelnen* Kapitalisten auch über die Altersversorgung *Zugriff* auf den *einzelnen* Arbeiter, die einzelne Arbeitskraft gestattet und so ermöglicht, den Lohn unter den Durchschnittslohn zu senken. Bei dieser Regelung war es so, „*daß nur ein relativ kleiner Teil der 35 Millionen Versicherten wirklich in den vollen Genuß aller während des Berufslebens angesammelten privaten Pensionsansprüche kam. Dies wird sich in den kommenden Jahren ändern*", schreibt der schon zitierte Korrespondent.

Ein Reformgesetz, 1974 beschlossen, trat 1976 in Kraft. Danach hat Anspruch auf solche Rente, wer fünf Jahre beim selben Kapitalisten ausgebeutet wurde. Da allein nach den offiziellen Angaben jedoch über die Hälfte der Arbeiter in kürzerem Zeitraum den Arbeitsplatz wechseln muß, erlischt ihr Anspruch und ziehen die Kapitalisten wiederum unentgeltlich Arbeiterlohn an sich. Was die anderen angeht, so werden die oben genannten Wirkungen aufrechterhalten.

An Carters Wohlfahrtsprogramm ist nichts neu. Es verschärft alle Regelungen der gegenwärtigen Rentenversicherung. Es ist ein Programm zur Vernichtung verbrauchter Arbeitskraft, der weiteren Verwendung der USA in ein Militärzuchthaus und der Bereicherung der parasitären Finanzbourgeoisie. – (Z-Red.)

„Fischtage" in der Sowjetunion

Mit Haken und Ösen verteidigen die Sozialimperialisten bei den Verhandlungen über Fischereirechte innerhalb der überall proklamierten 200-Meilen-Zone ihre „traditionellen Fangrechte" in fremden Gewässern, während sie selbst ihre Territorialgewässer rigoros dicht gemacht haben. Fast an allen Ecken und Enden sind die Verhandlungen deshalb festgefahren: so

sich schon an ihrer Ausrüstung. 80 Prozent der Schiffe sind hochseetüchtig und darauf eingerichtet, direkt an Bord den Fisch zu verarbeiten und zu konservieren. Die sowjetischen Trawler und Fabrikschiffe fischen mit engmaschigen Netzen, in denen auch die kleinen Fische hängen bleiben. Sie werden zu Fischmehl verarbeitet.

wandelt. Und „Fischtag" ist sowieso jeden Donnerstag in der ganzen Sowjetunion, wenn die Fleischereien nach staatlicher Anordnung geschlossen bleiben müssen. Bis 1980 soll laut Plan der Fischverbrauch pro Kopf der Bevölkerung auf 20 bis 21 Kilo gesteigert werden. Im groben Überschlag gerechnet heißt das: etwa jeden vierten

„Fischtage" in der Sowjetunion

Mit Haken und Ösen verteidigen die Sozialimperialisten bei den Verhandlungen über Fischereirechte innerhalb der überall proklamierten 200-Meilen-Zone ihre „traditionellen Fangrechte" in fremden Gewässern, während sie selbst ihre Territorialgewässer rigoros dicht gemacht haben. Fast an allen Ecken und Enden sind die Verhandlungen deshalb festgefahren: so mit Norwegen über die Aufteilung der Barentssee, mit Schweden über die Fangrechte in der Ostsee (in der gleichzeitig jetzt intensiv nach Öl gebohrt wird), mit den EG-Staaten über die Fangquoten in der Nordsee, mit Japan über die gegenseitigen Rechte im Ochotskischen Meer bzw. den japanischen Küstengewässern und schließlich mit den USA über Quoten und Gebühren für Fänge vor den US-Küsten. In den 200-Meilen-Zonen verschiedener Länder der Dritten Welt führen die neuen Zaren die Ausraubung der Fischvorkommen weiter wie eh und je oder erpressen einseitige Verträge, wie von Angola.

Die sowjetische Fischfangflotte ist eine der größten, mit Sicherheit aber die räuberischste der Welt. Das zeigt sich schon an ihrer Ausrüstung. 80 Prozent der Schiffe sind hochseetüchtig und darauf eingerichtet, direkt an Bord den Fisch zu verarbeiten und zu konservieren. Die sowjetischen Trawler und Fabrikschiffe fischen mit engmaschigen Netzen, in denen auch die kleinen Fische hängen bleiben. Sie werden zu Fischmehl verarbeitet.

In der Ernährung der Arbeiter und Werktätigen der Sowjetunion tritt die Ernährung mit tiefgefrorenem und in Konserven abgepacktem Fisch (nicht mit Frischfisch – der ist selten und teuer) zu einem immer größeren Anteil an die Stelle des Verzehrs von Fleisch und Molkereiprodukten, zusammen mit Billigwurst, der 20 Prozent „Füllmasse" beigegeben sind. Die Erzeugung von Fleisch und Molkereiprodukten ist Ende 1976 / Anfang 1977 noch weiter abgesunken. Diese Nahrungsmittel sind weithin nur noch auf den „grauen" Kolchosmärkten oder auf dem Schwarzmarkt erhältlich und müssen dort zum doppelten bis vierfachen Preis bezahlt werden. Das kann sich meistens nur noch die neue Bourgeoisie und ihr Anhang leisten. In den Betriebskantinen werden immer öfter die „Fleischtage" in „Fischtage" umgewandelt. Und „Fischtag" ist sowieso jeden Donnerstag in der ganzen Sowjetunion, wenn die Fleischereien nach staatlicher Anordnung geschlossen bleiben müssen. Bis 1980 soll laut Plan der Fischverbrauch pro Kopf der Bevölkerung auf 20 bis 21 Kilo gesteigert werden. Im groben Überschlag gerechnet heißt das: etwa jeden vierten Tag Fisch. Und zwar *anstelle* von Fleisch.

Für die sozialimperialistische Bourgeoisie der Sowjetunion ist die Dekkung des notwendigsten Eiweißbedarfs in der Ernährung der Volksmassen durch den auf den Weltmeeren zusammengeraubten Fisch nicht nur eine Quelle großer imperialistischer Extraprofite, sondern bietet die Möglichkeit, weiterhin der eigenen Landwirtschaft Kapital zu entziehen und in der beschleunigten Entwicklung der Schwerindustrie, der Rüstungsindustrie und einiger Exportindustrien zu akkumulieren. Die Raubfischerei auf den Weltmeeren und die „Fischtage" für die sowjetischen Arbeiter sind ein wichtiger Teil des Expansionismus und der Kriegsvorbereitungen der neuen Zaren.

Kommunalwahlen in Schottland und „die Königin wagt das Undenkbare"

„Schottland endlich ganz den Schotten, ist die Parole", so endete am Sonntag der „Weltspiegel", eine Sendung über den Sieg der Schottischen Nationalistischen Partei bei den Kommunalwahlen, die am 3. Mai in ganz Britannien stattgefunden haben. „Wir können nicht unsere eigene Wirtschaftspolitik machen, unsere eigenen Bodenschätze nutzen, wenn wir nicht unabhängig sind", – so das Vorstandsmitglied Margo MacDonald der Nationalisten, kurz SNP genannt.

„Woran sie denken, ist klar. Es ist das Öl in der Nordsee. Es ist britisch, sagen die Engländer, es ist schottisch, sagen die Nationalisten." (Weltspiegel) „Man muß Lösungen für den augenblicklichen Zustand Schottlands anbieten, so MacDonald." „Sie wollen mit den Einnahmen aus der Förderung Schottland, aber nicht den englischen Staatshaushalt finanzieren." (Weltspiegel)

96 Mandate haben die Nationalisten hinzugewonnen, die regierende Labour-Partei hatte große Verluste. Insbesondere in dem Industriegürtel um Edinburgh und Glasgow herum hat Labour ihre absolute Mehrheit verloren. Die Nationalisten knüpfen bei ihrer Propaganda an der elenden Lage der arbeitenden Klassen in diesem Teil Großbritanniens an und an der Jahrhunderte währenden Ausbeutung und Unterdrückung des schottischen Volkes durch die Engländer und die rigorose Ausplünderung der Bodenschätze Schottlands durch die Engländer. Im Industriegürtel um Edinburgh und Glasgow leben vier Fünftel aller Schotten. „Es ist eine arme Bevölkerung. Sie lebt in einer Gegend, die die EG in Brüssel als vorrangiges Fördergebiet einstuft, als Sizilien des Nordens. Die schlimmsten Slumgegenden Großbritanniens liegen fast alle im Gebiet von Glasgow. Die Arbeitslosenquote ist hier eine der größten im Lande. Kein Wunder, daß Glasgow die höchste Selbstmordrate aufweist, daß hier die Menschen mehr straffällig werden als in jeder anderen Stadt Europas", berichtet der „Weltspiegel". Daß hier auch eine kampfstarke Arbeiterklasse seit Jahren gegen die kapitalistische Profitwirtschaft kämpft, die Ursache für die Lage der Massen ist, berichtet der Lumpenjournalist nicht. Gegen die Stillegung von Werften, von Zechen kämpfen die Arbeiter mit Massendemonstrationen, Streiks und Werkbesetzungen. Die Nationalistenpartei knüpft an diesen Bewegungen an und versucht sie für ihre Ziele zu nutzen.

Die Führer sind teilweise Vertreter der alten Adelsfamilien und Großgrundbesitzer, die versuchen, Teile der Arbeiter in diese Partei zu ziehen. Die Entwicklung in Schottland hat jetzt die britische Königin dazu veranlaßt, bei ihrer jährlichen Rede in Westminister von ihrem sonst ihr vorgeschriebenen Text abzuweichen und selbständig zwei Sätze zu sprechen: „Ich habe Könige und Königinnen von England und Schottland und Prinzen von Wales unter meinen Vorfahren. Ich kann also diese Wünsche nach Unabhängigkeit verstehen. Doch ich kann nicht vergessen, daß ich als Königin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland gekrönt bin."

„Die Königin hat es gewagt, Sätze zu sprechen, die ihr nicht vorgeschrieben waren. Sie tat es in Anwesenheit des britischen Establishments, von Premiers und Parlamentariern, Lords und Leibwächtern, Botschaftern und Beamten. Einigen fiel vor Verblüffung das Gebiß herunter, einige murmelten eher verstört denn applaudierend ‚hört, hört', andere waren schlicht böse", kommentiert die Zeitung „Welt" diesen Vorgang. Was sich in dieser Entwicklung ausdrückt, ist die Zersetzung des ganzen britischen Empires einschließlich des „Mutterlandes". Inzwischen hört man, daß die Queen ganz allein diesen Satz doch nicht herausgebracht hat. Angesichts der Wahlen hat ihr die regierende Labour Party den Satz untergeschoben.

Die türkischen Arbeiter und Bauern kämpfen gegen den Imperialismus

Der 1. Mai 1977 stand in der Türkei im Zeichen heftiger Klassenkämpfe. 300 000 Arbeiter auf der 1. Mai-Demonstration und Kundgebung in Istanbul sind ein deutliches Zeichen für das Voranschreiten des Kampfes der türkischen Arbeiterklasse, ihres ungebrochenen Willens, gegen Imperialismus, Kompradorenbourgeoisie und bürokratisches Kapital zu kämpfen, im Bündnis mit den Bauern die Großgrundbesitzer niederzuschlagen und für eine neudemokratische Revolution in der Türkei zu kämpfen auf dem Weg zum Sozialismus.

Seit einem Jahr gibt es in der Türkei einen Aufschwung der spontanen Arbeiterbewegung. Am 1. Mai 1976 waren es 250 000 Menschen auf der Kundgebung in Istanbul. In den Kämpfen der türkischen Arbeiterklasse wurden Forderungen nach mehr Lohn und besseren Arbeitsbedingungen aufgestellt, wobei entscheidend ist, daß sich diese Kämpfe gegen die Kapitalisten nicht auf die drei Industriezentren im Lande beschränken, sondern sich ausgedehnt haben auf alle Teile des Landes. Nach Statistiken (veröffentlicht in: Türkei-Info Darmstadt, türkische Studentenorganisation) sind für das Jahr 1976 die Teuerungsraten für Lebensmittel um über 43 Prozent gestiegen. Für die türkischen Arbeiter bedeutet das verstärkte Ausplünderung und weiteres Herabdrücken ins Elend. Die Arbeiterlöhne sind außerordentlich niedrig. Nach einem Bericht der türkischen Gewerkschaft DISK brauchte eine Familie mit zwei Kindern im Jahr 1971 für die Ernährung in Istanbul mindestens 25, in Ankara, der türkischen Hauptstadt, 26,5 und in Izmir, dem größten Hafen, 27 Türkische Lira. Dagegen bekommt ein Arbeiter durchschnittlich 20,26 Türkische Lira, wenn er im Staatssektor arbeitet und 17,5, wenn er beim

tor arbeitet und 17,5, wenn er beim

Kapitalisten beschäftigt ist. Während von 1970 bis 1975 die Lebenshaltungskosten um über ein Drittel gestiegen sind, sind die Löhne nur um ein Fünftel erhöht worden.

Die Imperialisten pressen die Türkei immer stärker aus. Die USA-Imperialisten, die EG-Imperialisten, insbesondere die BRD, überschwemmen den türkischen Markt mit ihren Waren, gleichzeitig werden die Rohstoffe des Landes wie Eisen, Kupfer und Chrom geplündert. Durch Kapitalexport setzen sich die Imperialisten immer stärker im Lande fest, beherrschen weite Teile der Schlüsselindustrien und beuten türkische Arbeiter aus. Die Sozialimperialisten versuchen neuerdings, durch die Vergabe von Milliardenkrediten die Imperialisten der USA und der EG zu übertrumpfen. Die Türkei bildet einen entscheidenden Schnittpunkt aufgrund ihrer strategischen Lage im Konkurrenzkampf der imperialistischen Mächte, insbesondere im Streben der beiden Supermächte zur Hegemonialmacht über Europa zu werden. Diese Lage macht die Türkei zum Tummelplatz der imperialistischen Monopole und Banken. Diese können sich stützen auf eine einheimische Kompradorenbourgeoisie, die das Land mit Haut und Haaren versucht an die Imperialisten zu verscherbeln. Untereinander zerstritten darüber, welchen imperialistischen Monopolen sie sich verkaufen, sind sie doch alle darüber einig, an der hemmungslosen Ausbeutung der türkischen Arbeiterklasse und der Volksmassen mit allen Mitteln teilzunehmen. Das führt unvermeidlich zu verschärften Klassenauseinandersetzungen. Politische Unterdrückung durch Militärdiktatur und reaktionäre Banden haben nicht verhindern können, daß sich die türkischen Arbeiter immer wieder gegen imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung erhoben. In diesen Kämpfen gibt es in der Arbeiterklasse Auseinandersetzungen über die Rolle der verschiedenen Gewerkschaftsverbände in der Türkei. Gegenwärtig gibt es zwei Gewerkschaftsverbände: eine gelbe Gewerkschaft, die 1963 gegründete Türkische Gewerkschaftliche Konföderation, TÜRK IS genannt, sowie die 1967 gegründete Konföderation progressiver Gewerkschaften (DISK), eine fortschrittliche Gewerkschaftsformation, in der heute in der Führung die Revisionisten und Reformisten sitzen.

Die Geschichte der türkischen Gewerkschaftsbewegung ist bestimmt durch den Kampf gegen die vollständige Unterdrückung der Gewerkschaftsbewegung. Bis 1945 waren Gewerkschaften vollständig verboten und auch in den Jahren danach haben die herrschenden Klassen der Türkei es verhindert, den Aufbau der Klassenorganisation des Proletariats zu betreiben. Erst mit Entwicklung der Arbeiterbewegung in den sechziger Jahren sind die herrschenden Klassen unter Mithilfe der Imperialisten dazu übergegangen, die gelbe Gewerkschaft zu gründen. Das erklärt heute auch, daß zuerst eine große Masse von Arbeitern in diese Gewerkschaften strömte. Erst mit Gründung der DISK wurde es in der Arbeiterklasse zur Frage, in welcher Gewerkschaft organisiere ich mich, und es gibt gegenwärtig innerhalb der Kämpfe der Arbeiterklasse die Strömung, in die DISK überzutreten. Die Streikbewegungen der Arbeiter werden von den Kapitalisten mit Aussperrung beantwortet, ebenso mit Entlassungen. Übertritte in die DISK werden ebenfalls mit Entlassung beantwortet.

Die Arbeiterbewegung ergreift zunehmend Forderungen gegen die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung. Forderungen für die Unabhängigkeit der Türkei und für Volksdemokratie waren auf den 1. Mai-Demonstrationen Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen, insbesondere Parolen gegen den SU-Imperialismus. Reformisten und Revisionisten versuchen, die Arbeiterbewegung zu spalten, indem sie sich mit den Teilen der Kompradorenbourgeoisie verbünden, die die USA-Imperialisten, die BRD-Imperialisten oder die der Sowjetunion unterstützen.

Gemeinsam mit den Arbeitern führen die Bauern einen zähen und beharrlichen Kampf gegen die Großgrundbesitzer und Großbauern. Der Kampf wird geführt um den Boden, den die Großgrundbesitzer zum großen Teil in der Hand haben. Nach Angaben der türkischen Studentenorganisation ATÖF „leben 70 % der Bevölkerung in Dörfern. Die landwirtschaftliche Nutzfläche beträgt 78 Millionen Hektar. Diese Flächen sind meistens in den Händen von Großgrundbesitzern und Großbauern. Im Jahre

besitzern und Großbauern. Im Jahre

1972 besaßen 84 % der 4 126 000 Familien, die in der Landwirtschaft beschäftigt waren, weniger als 10 Hektar Boden. Ein Drittel der in der Landwirtschaft beschäftigten Familien besitzen weder Boden noch Produktionsmittel. 5,5 % der in der Landwirtschaft beschäftigten Familien, also Großgrundbesitzer und Großbauern, besitzen dagegen über 60 % der anbaufähigen Bodenflächen."

Die Bedingungen, unter denen die große Masse der armen Bauern, Pächter und Landarbeiter leben müssen, sind ausgesprochen schlecht: „In 96 % der Dörfer gibt es keine Elektrizität, zu 66 % der Dörfer führen keine öffentlichen Wege, in 22 % der Dörfer gibt es kein Trinkwasser, 48 % der Häuser sind Lehmhütten. In einem Zimmer wohnen bis zu 6 Personen im Winter mit den Tieren zusammen. 55 % der Wohnungen haben keine Küche, 45 % der Familien kennen nur Tiermist als Brennmaterial. Nur in 5 % der über 40 000 Dörfer gibt es einen Arzt oder sachkundige Gesundheitsbeamte. Wegen der Unterernährung bzw. Fehlernährung und dem Mangel an Ärzten und Medikamenten sterben 55 % der Kinder, bevor sie 18 Jahre alt sind!"

Feudale und halbfeudale Strukturen sind vorhanden. Die armen und besitzlosen Bauern verpachten ihre Arbeitskraft den Großgrundbesitzern oft gegen freie Verpflegung. Vor allem in Ost- und Südanatolien gibt es Grundherren, die hunderte Dörfer auf diese Weise besitzen. Diese Bauern sind praktisch Besitz der Großgrundbesitzer. Sie werden wie eine Ware mit dem Boden, den sie bebauen, verkauft. Oft sind es Angehörige der kurdischen Minderheit in der Türkei, die unter diesen Bedingungen leben müssen und ausgebeutet werden.

Gegenüber dieser Unterdrückung gibt es Bauernaufstände, die mit Landbesetzungen enden und die schon oftmals von Armee und Polizei niedergeschlagen worden sind. Verbinden tut sich dieser Kampf mit dem der Landarbeiter, meist ehemaliger Bauern, die von ihrem Grund und Boden vertrieben worden sind durch die einsetzende Kapitalisierung der Landwirtschaft. Hauptsächlich in Mittelanatolien und in den Küstengebieten schreitet dieser Prozeß voran, eingeleitet durch die sogenannte „weiße Revolution" durch die Imperialisten, die Tausende von Bauern in Lohnarbeiter verwandelt. Durch Wucherkredite und hohen Zins werden die Bauern gezwungen, ihr Land an die Gutsherren zu verkaufen, die das Land dann auf Grundlage der Lohnarbeit ausbeuten und die Arbeitskraft ebenso. Gewerkschaftliche Zusammenschlüsse sind den Landarbeitern verboten. Viele dieser Arbeiter sind Saisonarbeiter. Durch die Vertreibung vom Land flüchten viele Bauern in die Stadt, was die industrielle Reservearmee vergrößert.

Die Arbeitslosigkeit steigt. Nach einer Statistik der staatlichen Organisation für Planung DPT trugen im Jahre 1972 14,3 Millionen ihre Arbeitskraft zu Markte, davon haben 12,7 eine Arbeit gefunden, das heißt 1,6 Millionen Arbeitslose. Heute sind es 2 Millionen, dazu kommen die Saisonarbeiter, welche besonders im Winter ohne Arbeit sind, ca. 9,3 Millionen, das sind 65 % der arbeitsfähigen Bevölkerung.

Die türkischen herrschenden Klassen, die Regierung Demirel haben gegenüber der sich entwickelnden Bewegung der Arbeiter und Bauern, der Jugendlichen in den Städten und an den Universitäten mit verschärfter politischer Unterdrückung geantwortet. Reaktionäre Banden werden eingesetzt und haben in den letzten Jahren Hunderte von Revolutionären, Arbeitern, Bauern und Studenten ermordet. Das blutigste Beispiel ist der 1. Mai 1977, wo von den Dächern auf die Kundgebung geschossen wurde und 40 Menschen getötet wurden, hunderte verletzt. Die Banden werden von der Polizei geschützt und von ihr gedeckt. Diese Unterdrückungsmaßnahmen haben bisher nie gereicht, um die Arbeiter- und Volksbewegung niederzuschlagen. Jetzt haben die herrschenden Klassen vorzeitige Neuwahlen angekündigt für den Juni noch vor der Erntezeit, um so die Massenbewegung aufzufangen. Die machtvolle Kundgebung in Istanbul ist eine Antwort der Arbeiter auf das parlamentarische Manöver der herrschenden Klassen. – (Z-Red.)

Dorfbewohner führen bewaffnet mit ihren Arbeitsgeräten eine Landbesetzung durch.

Am 1. Mai 1976: Demonstration in Istanbul von 250 000 Arbeitern, Angestellten, Schülern und Studenten.

1. Mai 1977: Die Kundgebung der 300 000 wird, nachdem die reaktionären Banden von den Dächern auf die Massen geschossen haben, von der Polizei mit Panzerwagen und Wasserwerfern angegriffen, wobei erneut Arbeiter getötet und verletzt werden. Vielfach wird mit Pistolen, Steinen und Stöcken Gegenwehr geleistet.

Türkei: Land- und Forstwirtschaft Fischerei

Bergbau und Industrie

Der KB Nord, die Bürgerinitiativen und das Atom

Am Wochenende wird in Hannover eine „Bundeskonferenz" der Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke stattfinden. Ob was Gutes herauskommt, wird man sehen. Von den Initiatoren geplant ist das nicht. Ein solcher Kongreß könnte einen Sinn haben: Beratung und Verabschiedung einer Plattform für den Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm. Sowas sieht die vorgeschlagene Tagesordnung nicht vor. Man wird eine solche Plattform jedoch unter dem Tagesordnungspunkt 3 „Grundlagen unseres Widerstandes" beraten können und müssen. Einlader der Konferenz sind die Bürgerinitiative Hameln, die Bürgerinitiative Hannover und die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe. Unterzeichnet ist das Einladungsschreiben von dem allseits bekannten Hopfenmüller, der es vor Brokdorf zu trauriger Berühmtheit als Hilfspolizist gebracht hat. Inzwischen sind einige Dokumente bekannt geworden, die klar machen, warum dieser Mensch diese Rolle eingenommen hat. Kennt man den Inhalt dieser Dokumente, versteht man, warum die Beratung und Verabschiedung einer Plattform für den Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm nicht auf der Tagesordnung einer Bundeskonferenz steht, zu der ein Hopfenmüller einlädt. Eine solche Plattform würde die Möglichkeiten von solchen Leuten, im Trüben zu fischen, einschränken, und das wollen die natürlich nicht. Bei den erwähnten Dokumenten handelt es sich um Rundbriefe des „Leitenden Gremiums" des KB Nord an die Mitglieder des KB Nord. Diese Rundbriefe sind aus Spontikreisen heraus veröffentlicht worden. Die Veröffentlichung ist eine fortschrittliche Tat.



KB-Nord-Kette vor Polizeiabsperrungen (Brokdorf, 19. Februar)

In einem Flugblatt vom 5.5.77 schreibt der KB Nord: „Wir behaupten sogar, daß in den BI's und in der BUU keine politische Tendenz so wenig ‚Machtpolitik' betreibt wie gerade der KB. Es kann sich doch jeder ausrechnen, daß es uns ein leichtes gewesen wäre, rein zahlenmäßig schon vor Monaten praktisch alle BI's zu ‚übernehmen' und die BUU vollständig zu majorisieren. An einer solchen Politik sind wir aber überhaupt nicht interessiert, weil das mit Sicherheit den Tod der BUU Hamburg und überhaupt das Ende jeder Aktionseinheit bedeuten würde."

Nützliches Eingeständnis der guten Leute aus Hamburg, denn sagen sie doch damit nichts anderes, als daß die Durchsetzung ihrer Linie den Tod der BUU Hamburg und das Ende aller Aktionseinheit bedeuten würde. Das stimmt. Das liegt an der Linie, nicht an irgendwelcher „Machtpolitik", auf die der KB Nord der Lebensfähigkeit der Bürgerinitiativen zuliebe angeblich verzichtet. Auf der Linie des KB Nord ist der Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm nicht zu führen, denn diese Linie besteht aus zwei Elementen: In der Massenbewegung gegen den Bau der Kernkraftwerke ist etwas zu holen und die Besetzung von Bauplätzen ist unmöglich von wegen Stärke des Staatsapparates. Natürlich kann eine solche Linie nur den Tod der BUU und das Ende der Aktionseinheit bedeuten. Diese Linie ist es auch, die den KB Nord in den Ruch der Machtpolitik gebracht hat, den er nun verzweifelt unter Hinweis auf seine wahre Stärke loszuwerden versucht.

Also zitieren wir ein bißchen aus den jetzt bekanntgewordenen Rundschreiben.

Aus Rundschreiben vom 9.11.76, wenige Tage vor der zweiten Demonstration an dem Bauplatz Brokdorf vom 13.11.77, durch die die Polizeibesatzung angegriffen wurde und der Boden für den weiteren Angriff auf den Bauplatz am 19.2.77 bereitet wurde, den der KB Nord im Verein mit der Gruppe Rote Fahne dann direkt gespalten hat:

„Inzwischen hat die Polizei alles mögliche aufgeboten, um die KKW-Gegner gar nicht erst an den Platz herankommen zu lassen: Eine Betonmauer, auf der ein weiterer Stacheldrahtzaun angebracht ist, ist um den Bauplatz herumgezogen worden. Dazu kommen noch zahlreiche Stacheldrahtverhaue und Wassergräben (zu einem richtigen ‚Todesstreifen' fehlen eigentlich nur noch Minen und Selbstschußanlagen ...).

Hier ist ein Punkt erreicht – und das kommende Wochenende wird das mit aller Brutalität zeigen – wo die Bewegung der KKW-Gegner unserer Einschätzung nach nicht mehr in der Lage ist, in direkter Konfrontation mit dem staatlichen Gewaltapparat ihr erklärtes Ziel – den Bauplatz zu besetzen – erreichen kann. Man kann darüber spekulieren, ob es einem Teil der Demonstranten auch diesmal wieder gelingen wird, die noch mehr verstärkten Befestigungsanlagen des Baugeländes zu überwinden. Sicher ist u.E., daß der Bauplatz nicht besetzt (gehalten) werden kann, – und daß nur wenige der möglichen ‚Besetzer' unverletzt von einem derartigen Unternehmen zurückkehren dürften."

Zu einem richtigen Eiertanz fühlt sich das LG durch seine Theorie von der Allmacht der Waffen gezwungen, weil es sich mit seinem bißchen konterrevolutionären Verstand doch noch irgendwo bewußt ist, daß der Festungsring vielleicht auch nicht halten könnte. An der Demonstration vom 13.11. sind dann seinerzeit die KB-Nordler auf der Wiese herumgestanden und wußten nicht was tun, als die Demonstranten den Befestigungsring um den Bauplatz angegriffen haben. Man kann sich jetzt ungefähr die Gefühle ausmalen, die diese Leute dabei gehabt haben müssen: „Hoffentlich hält der Befestigungsring und hat unsere Theorie von der Allmacht der Waffen Bestand."

Der Befestigungsring hielt, aber das Bewußtsein der Bewegung, daß er zu knacken ist, wenn der politische Kampf und der Druck auf die Polizeibesatzer verstärkt wird, war mit dem 13.11. gestiegen. Das LG mußte sich etwas einfallen lassen. Beunruhigt ließ es sich am 3.12. über die Stärke der Bewegung aus:

„Man muß kein Prophet sein, um voraussagen zu können, daß die Auseinandersetzungen an dieser Front in den nächsten Monaten und Jahren noch an Schärfe und Umfang bedeutend zunehmen werden – dafür werden bereits die Großbourgeoisie und ihr Staat selbst sorgen bei dem Versuch, ihr ehrgeiziges Atomenergieprogramm (Bau von -zig weiteren AKW's und sogenannten Entsorgungsparks) schrittweise zu verwirklichen und Atomwaffen zur eigenen Verfügung herzustellen.

Hier *kann* eine politische Massenbewegung entstehen, die an die große antimilitaristische Bewegung gegen die Wiederbewaffnung und Atomrüstung des westdeutschen Imperialismus Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre heranreicht."

Der Vergleich kommt offensichtlich über das „Atom" zustande. Die Bewegung gegen die Wiederbewaffnung und die Atomrüstung ist an ihrem Pazifismus zugrunde gegangen. Den Pazifismus als Konzept der Zugrunderichtung der Bewegung gegen den Bau von Kernkraftwerken faßt das LG sofort ins Auge:

„Spontaneisten und ‚ML'-ler wollen den Kampf gegen die AKW's und die Atompolitik des westdeutschen Imperialismus auf ‚direkte Aktionen' reduzieren, verbreiten phantastische Fehleinschätzungen über das Kräfteverhältnis und falsche Vorstellungen über die Langfristigkeit und Kompliziertheit des Kampfes."

Die Absicht ist klar: Die Bewegung als Bewegung gegen das „Atom" ideologisch zu fesseln und Pazifismus verbreiten, so müßte es gehen, hat sich das LG gesagt. So ist es schon Ende der 50er Jahre und zu Beginn der 60er Jahre gelungen, eine politische Massenbewegung gegen den Imperialismus zugrunde zu richten. Warum nicht auch jetzt? Das LG muß die Sache in die Hand nehmen, denn die SPD kommt diesmal für diese Rolle nicht in Frage, weil sie als Regierungspartei direkt das Geschäft der Bourgeoisie macht, gegen das sich die Massenbewegung richtet.

In der Hoffnung, daß die Bewegung nicht vorankommen würde, war das LG am 13.11. auf der Wiese gestanden. Jetzt hat es diese Hoffnung aufgegeben, daß die Bewegung von selber zugrundegeht. Man muß was dafür tun, stellt das LG beunruhigt fest. Das erste ist also die ideologische Irreführung der Bewegung, was not tut.

„Daß hier was ‚aufgerissen' werden kann, schon seit langem bestehende Kontakte aktiviert und auch bisher nicht weiter aufgefallene Menschen interessiert werden können, zeigen die Erfahrungen mehrerer Einheiten aus der Betriebs- und Bezirksorganisation ....

Das heißt: hier ist was drin!!"

Deshalb müssen mit aller Kraft falsche Auffassungen hineingetragen werden, damit sichergestellt werden kann, daß nichts herauskommt:

„Wir Kommunisten haben in dieser Situation keinerlei Veranlassung, der Aufforderung von bourgeoisen Politikern und Ideologen, die Diskussion um das Atomenergieprogramm ‚sachlich' zu führen, zu folgen, sondern sollten tatsächlich *alle* Register der Agitation ziehen – denn das, was wir nur *in Worten* andeuten und warnend beschreiben können, reicht bei weitem nicht an die der werktätigen Bevölkerung drohenden *tatsächlichen* Gefahren heran (das gilt sowohl für die Sicherheitsfragen im Zusammenhang mit AKWs als auch für die Problematik der Atomrüstung und der Einsatzpläne für Atomwaffen)."

Also Verbreitung von Angst über das Atom, strahlenbedrohte schwangere Frauen vor Reaktoren, Reaktoren mit Atompilzen im Hintergrund, „bei Nordwind 20 000 Tote" (die 10 000 bei Südwind reichen nicht! das sind ein paar Register zu wenig). Mit Angst vor dem Atom kann der Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm niemals gewonnen werden, sondern nur mit Klarheit über die Absichten und Ziele, die die Imperialisten mit diesem Energieprogramm verfolgen und aus denen die Gefährlichkeit des Programms hervorgeht.

Falsche Auffassungen in die Bewegung hineinzutragen, das ist das erste, um die Bewegung zugrundezurichten. Aber es reicht nicht. Die Bewegung hatte am 13.11. ihre Kraft im Kampf mit dem bürgerlichen Staatsapparat bewiesen und gezeigt, daß sie nicht von der Allmacht der Waffen ausgeht, sondern in der Zuversicht handelt, daß, da die Massen Berge versetzen können, die Massen auch noch so gut gebaute und beschützte Festungsringe brechen können. Beunruhigt hatte das LG das von seinem Standpunkt auf der Wiese mit ansehen müssen. Die Konsequenz: reingehen in die Bürgerinitiativen und Pazifismus verbreiten unter dem Vorwand des langfristigen Kampfes.

„Einige Genossen sind der Meinung, um die Sektierer innerhalb der Anti-KKW-Bewegung zu bekämpfen, hätten wir voll nach Brokdorf mobilisieren müssen. Auch diese Meinung halten wir für falsch. Es ist unmöglich und politisch schädlich, ‚vor Ort' die Stoßrichtung der Aktion noch ändern zu wollen, nachdem die Sache einmal so beschlossen war (‚Bauplatzbesetzung'). Genossen, die mitten im ‚Eifer des Gefechts' am Bauzaun oder drumherum andere Demonstranten belehren wollten, man sollte den Kampf lieber langfristig führen, haben damit der Sache einen schlechten Dienst erwiesen, weil sie für ihre Belehrung den falschen Ort und Zeitpunkt gewählt hatten. Was not tut, ist stattdessen eine aktive Mitarbeit in den Bürgerinitiativen, dort die Auseinandersetzung zu führen, auch in unserer Presse, Flugblätter etc. offensiv die Sektierer als Totengräber der Bewegung zu entlarven. Im übrigen sei es jedermann gesagt: Wenn den Sektierern im Kampf gegen das KKW Brokdorf Luft und Lust ausgeht, fangen wir gerade erst an!"

Den „Sektierern" ging im Kampf gegen das KKW Brokdorf die „Luft und Lust" nicht aus. Ermutigt durch die Erfahrungen am 13.11., als die Demonstranten die Theorie von der Allmacht der Waffen bereits zu einem guten Teil widerlegt hatten, wurde beschlossen, am 19.2. erneut eine Demonstration in Brokdorf durchzuführen und den Bauplatz anzugreifen. Nachdem die offen bürgerlichen Führer der Bürgerinitiativen wie Wüstenhagen und die Revisionisten für die Bourgeoisie bereits einen Teil der Spaltung übernommen hatten und beschlossen hatten, nach Itzehoe fern vom Bauplatz aufzurufen, übernahm der KB Nord den zweiten Teil der Spaltung. Im Verein mit der GRF. Sie traten nirgends offen gegen die Bauplatzbesetzung auf, beteiligten sich vielmehr an allen verspielten technischen Vorbereitungen der Bauplatzbesetzung, während sie die politische Mobilisierung hintertrieben. Das ist ihnen nicht gelungen und die Demonstration am 19.2. erreichte eine politische Kraft, die den Angriff auf den Bauplatz ermöglichte. Der KB Nord aber hatte die Zeit inzwischen genutzt, um sich in die Bürgerinitiativen einzuschleichen und sich in der Demonstrationsleitung festzusetzen. In den Bürgerinitiativen hatte er soweit Zersetzung betrieben, daß er diesmal „vor Ort" die Stoßrichtung der Demonstration ändern konnte, wie er sich die ganze Zeit in den Bürgerinitiativen bereits so verhalten hatte, daß im Ernst an eine Besetzung des Bauplatzes nicht zu denken sei. Hopfenmüllers Hilfspolizistenrolle war vorbereitet. Nun soll niemand meinen, daß diese Politik innerhalb des KB Nord nicht umstritten sei. Das LG muß viel Papier darauf verwenden, seine Politik innerhalb des KB Nord an den Mann zu bringen, und es gibt Widerstand dagegen. Am 3.12. hatte das LG eine ganze Seite darauf verwenden müssen, solche Kritik unterzukriegen und die Organisation auszurichten auf die nächste Schandtat. Am 13.11. hatte sich der KB Nord blamiert. Das LG stellt fest:

„Innerhalb unserer Organisation wird in solchen Situationen den Sektierern von vielen Genossen entweder überhaupt nicht oder nur defensiv entgegengetreten. Der Grund dafür besteht in mangelnder eigener politischer Klarheit."

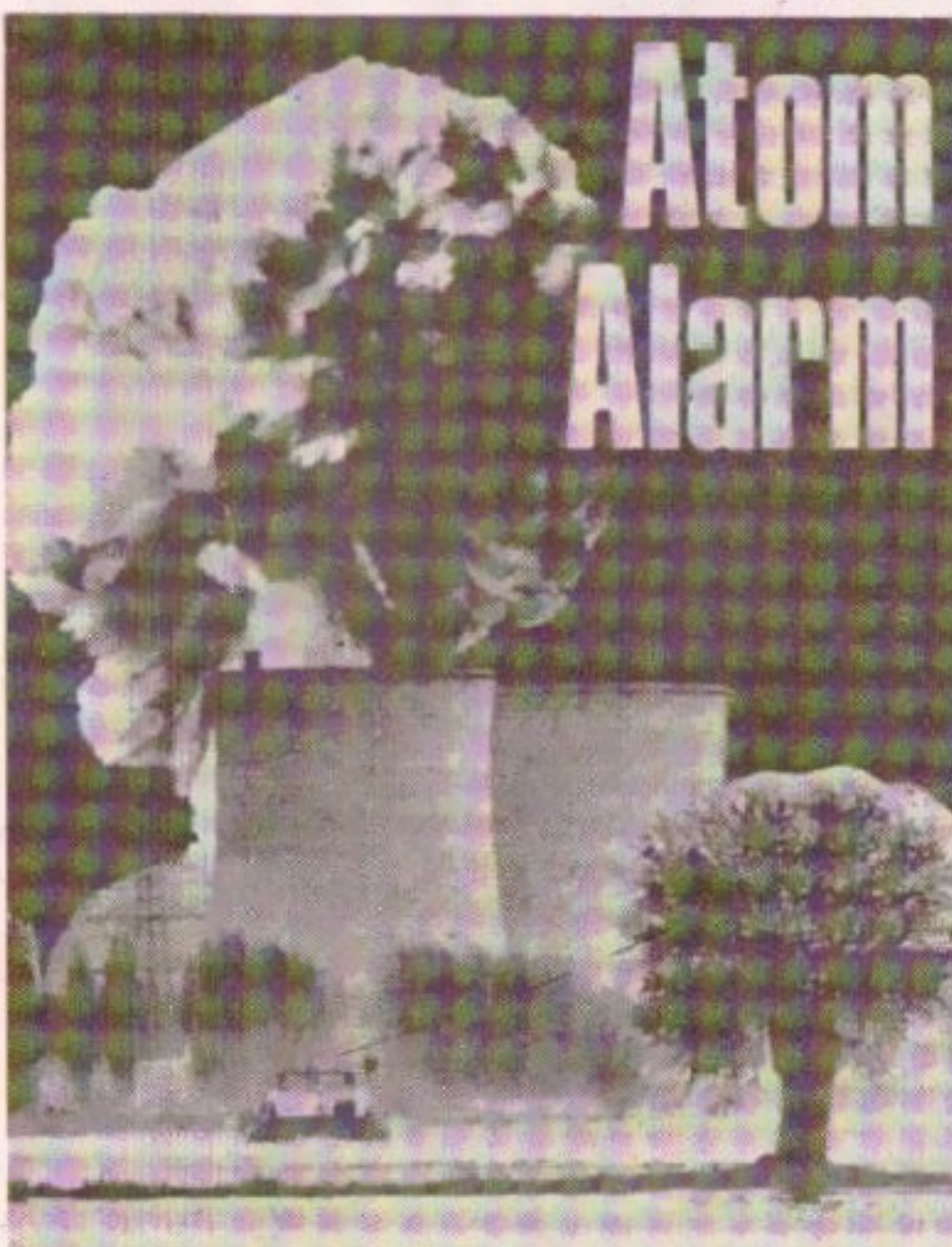
An dieser „Klarheit" hat es dann offensichtlich auch nach dem 19.2. gefehlt, wo natürlich längst nicht alle Mitglieder und Sympathisanten des KB Nord von der Rolle des Hopfenmüller begeistert gewesen sind. Noch hat das LG die Organisation nicht vollständig in eine Organisation von Hilfspolizisten umwandeln können. Nach dem 19.2. mußte bewiesen werden, daß der KB Nord durchaus zum Kampf bereit ist, wenn das LG darauf hoffen wollte, weiterhin den Kampf „langfristig" spalten zu können. So kam es nach dem Marsch auf Brokdorf, der durch die Spaltung der Opportunisten scheiterte, zum Scharmützel von Grohnde, wo sich der KB Nord rasch auf den Bauzaun warf, wie geplant nicht durchkam, sich durch andere den Rückzug sichern ließ und auf der Abschlußkundgebung dann verkündete, es habe sich jetzt gezeigt, daß mit „Militanz" nichts zu machen sei. Das nächste waren dann die Osterspaziergänge. Auch bei diesem Einfall hat sich der KB Nord an das Beispiel gehalten, wie die antiimperialistische Bewegung der 50 er Jahre schließlich in den Ostermärschen zugrundegerichtet wurde.



„Arbeiterkampf" propagiert Osterspaziergang

Planlosigkeit kann man der Politik des LG nicht vorwerfen. Das konnte man der Politik von Opportunisten, Revisionisten und Sozialdemokraten noch nie vorwerfen. Mal sehen, welche Register die Leute auf der „Bundeskonferenz" ziehen und wie weit sie damit kommen. – (Z.-Red.)

Alle Register werden gezogen





Georg Weerth

„Erster und bedeutendster Dichter des deutschen Proletariats" (Friedrich Engels)

Friedrich Engels nennt Georg Weerth (1822-1856) den „ersten und bedeutendsten Dichter des deutschen Proletariats". Entschieden und leidenschaftlich nahm Weerth Partei für die Arbeiterklasse. Aus eigener Anschauung lernte er in England, wo er 1843 bis 48 als Vertreter einer Handelsfirma lebte, das Elend der englischen Arbeiterklasse kennen. Die Bekanntschaft mit Engels und mit den Arbeiterführern der englischen politischen Arbeiterbewegung vertiefte sein Verständnis der ökonomischen Ursachen des gesellschaftlichen Elends der Arbeiter, der Ausbeutung durch die Kapitalisten. So schilderte er nicht nur die Not der Arbeiterklasse, sondern ihre Kraft, ihren Mut und Willen, die Herrschaft der Ausbeuter zu stürzen, die sie knechten und im Elend halten. Aus dieser Zeit stammt der abgedruckte Text über das Blumenfest der englischen Arbeiter.

Auch die beiden Gedichte, die im selben Zeitraum entstanden sind, prophezeien der herrschenden Klasse ihr Ende und stellen diejenigen heraus, die ihr dieses Ende bereiten werden: die produzierenden Klassen, Arbeiter und Bauern.

Die schärfste Waffe Weerths war seine ätzende Satire. Als Kampfgefährte von Marx und Engels war er Redakteur der „Neuen Rheinischen Zeitung", „Organ der Demokratie", die in der bürgerlichen Revolution 1848/49 als Sprachrohr der Arbeiterklasse erschien. Mit Hohn und Spott überschüttete Weerth im Feuilleton die reaktionären feudalen Junker wie die deutsche Bourgeoisie und ihre Angst vor der Revolution des Volkes. Aus der „Neuen Rheinischen Zeitung" (1848) stammt „Herr Preiss in Nöten". Der Abschnitt entstammt einer Folge von satirischen Artikeln über den Verrat der deutschen Bourgeoisie an der bürgerlichen Revolution 1848 am Beispiel eines Handelsbourgeois.



Georg Weerth

Das Hungerlied

Verehrter Herr und König,
Weißt du die schlimme Geschicht?
Am Montag aßen wir wenig,
Und am Dienstag aßen wir nicht.

Und am Mittwoch mußten wir darben,
Und am Donnerstag litten wir Not;
Und ach, am Freitag starben
Wir fast den Hungertod!

Drum laß am Samstag backen
Das Brot, fein säuberlich –
Sonst werden wir sonntags packen
Und fressen, o König, dich!

Der Herr Preiss in Nöten

Wiederum stehen wir im Comptoire des Herrn Preiss. Rötlich strahlt der Morgen durch zwei große, halbverstaubte Fenster auf die Tintenkleckse des Schreibpultes. Sandbüchsen, Federmesser, Gänsekiele und ähnliche friedfertige Instrumente schlummern in holder Gemeinschaft neben Postpapier und Propatria. Hohe, ledergepolsterte Dreifüße umringen das Pult; und das Pult hat Schubladen mit Schlössern und Riegeln daran von echtem Eisen.

Totenstille.

„Das Jahrhundert ist sehr schlecht geworden", seufzt endlich der Herr Preiss.

„Sehr schlecht", erwidert der dürre Buchhalter mit außerordentlichem Nachdruck.

Armer Herr Preiss! – Er war ordentlich mager geworden, unheimlich mager, der sonst so stattlich runde, der handfeste Mann. Die flinken, unternehmenden Falkenaugen hatten allen Glanz verloren; schärfer als früher war die Biegung der Nase, und das sonst so keck nach vorn stehende Kinn, es hing hinab, ja verdächtig hinab auf die Spitzen des Halstuches. An den Kleidern des ehrenwerten Handelsherrn, die, nicht zu vergessen, noch vor dem 24. Februar* aus der Bude des kunstfertigsten aller Schneider gingen, sah man indes erst recht, welche Veränderungen sich zugetragen. Die Hose war voller Falten ... Wahrheitsliebende Nachbarn behaupteten, der Herr Preiss habe vier geographische Meilen verloren, im Durchmesser.

„Aber mögen die Zeiten auch noch so schlecht sein, die Energie ist mir geblieben!" fuhr der Herr Preiss zu dem Buchhalter fort. Bitterkeit lag im Ton seiner Stimme.

„So Gott will!" seufzte dieser. „Aber die österreichischen Metalliques-Coupons fallen mit jedem Tage."

Wie dem Hexameter der Pentameter** folgt, so folgte die Antwort des Buchhalters dem Ausrufe des Prinzipals.

Der Buchhalter Lenz litt mit seinem Herrn, wenigstens scheinbar; denn trotz der schlechten Zeiten erhielt er nach wie vor seine 600 Taler jährlich, das Neujahrsgeschenk extra. Der Herr Lenz hatte noch immer eine rote Nase – das Morgenrot einer bessern Zukunft. Auch im Prisen war bei ihm keine Reaktion eingetreten – braun und duftig tropfte es hinab auf die verblichene Weste. Man sah ihm an der Nase an, daß er noch der alte Buchhalter war, aber dennoch litt er. Seit dem 24. Februar war er dreimal zur Kirche gewesen; stündlich seufzte er sechsmal; zwölf alte Federn fraß er per Tag.

„Ich kann Ihnen versichern", sprach der Herr Preiss weiter, „nichts auf der Welt konnte mir ungelegener kommen als diese Revolution."

„Diese verfl ... Revolution!" hätte der Herr Lenz beinah gesagt.

„Wahnsinn ist es, nichts als Wahnsinn! Froh und glücklich lebten wir dahin. Ein lauterer Bach war unser Leben, kaum getrübt von einer Fallite.*** Ruhig schlafend bei Nacht, gestärkt erwachend am Morgen, taten wir, was Gott gebot und unser eigenes Interesse. Taten wir Böses, so lag es in der Natur der Sache, denn schwache Menschen sind wir, schwach und vergänglich. Zur Arbeit erhoben wir die Hände; steckten wir sie in die Tasche, so geschah es aus Gründen – um zu halten, was wir hatten. Segen folgte unserm Beginnen wie das Ende dem Anfang. Manchmal warens 20 Prozent; manchmal darüber. Kam uns die Post, da gabs was. Ein Brief von den Ufern der Lahn, von der Mosel, von den Höhen des Schwarzwaldes: 10 Fässer Heringe, eine Ordre auf Rosinen, und jedesmal war verdient. Ruhig gaben wir Kredit, wie uns selbst kreditiert wurde von Bankier zu Bankier. Gab es Gefahr, da mahnten wir stark, aber immer mit Anstand. Vertrauen genossen wir, Vertrauen gaben wir. Wir zahlten stets so spät als möglich, aber immer in Zeiten. Wir waren immer gefällig, nur nicht zu unserm Nachteil. Sorgend für uns, schadeten wir niemand – uns am wenigsten. Wir ließen leben und lebten. Das letztere war die Hauptsache. Zufrieden waren wir mit Gott und aller Welt, weil wir zufrieden waren mit uns. Trotzend der Konkurrenz, überwanden wir vieles. Leuchtend lag die Zukunft vor uns – da schlägt die verfluchte Revolution hinein!"

„Und unsere Bons auf die Insel Sandwich fallen auf Null", unterbrach ihn der Buchhalter mit Schwermut.

„Ja, da schlägt die Revolution hinein, wie der Hagel in ein Kartoffelfeld, wie der Blitz in den Spinat! Verschwunden ist unser Hoffen, und unser Glück ist aus. In düstern Träumen wälzt man sich nachts auf seinem Lager, noch gestern träumte ich, eine Guillotine und ein Bettelsack tanzten einen schauerlichen Walzer. Schweißtriefend erwacht man am Morgen, und sieht man in den Spiegel, da glaubt man einen vom Galgen Gefallenen zu sehen. Ruhe suchend im Gebet, gelingt dieses doch selten, denn unheilschwanger steht einem der Tag bevor, und aus den frommsten Erhebungen zu Gott taumelt man unwillkürlich mit den Gedanken zurück in die entsetzliche Wirklichkeit. Voll Angst beginnt man seine Arbeit, und zitternd eröffnet man jeden Brief, denn es ist nur zu wahrscheinlich, daß irgendeiner ‚Mit traurigem Herzen' oder ‚Ich sehe mich in die traurige Notwendigkeit' oder ‚Bei dem Drang der Verhältnisse bedaure ich' oder mit irgendeiner anderen bankerotten Phrase beginnen wird. Falliten folgen Falliten, und der Kredit ist erschüttert bis in seine Urtiefen. Throne wackeln, und es wackelt der letzte Seifensieder. Bankiers fallen wie die Fliegen im Winter, und die, welche auf den Beinen bleiben, sind so hartleibig, als hätten sie nur Wasser gesoffen und gekochte Eier dazu gegessen seit sieben Monaten. Wegen jedes Lauseposten wird man gemahnt, als schuldete man eine Million zwei Jahre über Verfalltag. Die gleichgültigsten Freunde und weitläufigsten Anverwandten pumpen einen an wie der Student seinen Stiefelfuchs. Aufträge bleiben aus; die, welche eintreffen: Ziel 14 Monate. Keiner traut seinem Nachbarn; man betrachtet sich wie ein Robert Macaire den andern. Auf der Straße geht man einher wie ein Leichenbitter, verhöhnt von rohen Proletariern, gierig angegafft vom nimmersatten Volk. Auf der Börse ist es still wie mitten in einem Kornfelde. Man hört die Mäuse an den Wänden krabbeln, und Tränen rinnen um die angeschlagenen niedrigen Kurse. Oh, Herr Lenz, wir sind heimgesucht worden von einer schweren, sehr schweren Landplage. Wie ein trauernder Jude an den Wassern zu Babylon, also sitze ich klagend auf meinem Comptoirstuhl."

Eine Pause entstand. Herr Preiss bedeckte die gewaltige Stirn mit beiden Händen, indes der Buchhalter Lenz eine Prise nahm, von den allergrößten. (...)

* Pariser Januaraufstand 1848
** Altgriechische Versmaße
*** Konkurs



Kämpfe in Berlin 1848

Kämpfe in Berlin 1848

Das Blumenfest der englischen Arbeiter

Die alte Turmglocke rief eben mit vernehmlicher Stimme, daß es 8 Uhr sei, und die sinkende Sonne setzte hinzu: „8 Uhr abends" – da klopfte es recht tüchtig an meine Tür, und herein trat Freund Jackson.
(...)

„Trinkt Ihr gerne Punsch?" fragte er mich und „Liebt Ihr die Blumen?" und „Wollt Ihr mit in die ‚Alte Hammelsschulter' gehen?" – Die „Alte Hammelsschulter" ist aber eine Schenke am Abhange des nächsten Hügels.

Zu allem war ich bereit, und rasch eilten wir die Gasse hinunter. Um 8 Uhr abends auf den Gassen – in einer Fabrikstadt!

Da kann man vielerlei sehen.

Rechts und links öffnen sich die großen Türen der Magazine, der Werkstätten, der Fabriken, und in einem Augenblick sind die sonst so stillen Straßen voll von heimkehrenden Arbeitern. Man denke sich aber keine lustige Menge, die nach geschehener Arbeit jubelnd ins Freie stürzt, gleich einer Bande ausgelassener Jungen, die, der Schule und dem Stock des Magisters entlaufen, hurtig der Freude den Zügel schießen läßt – nein, die Knaben und Mädchen der Fabriken schleichen stumm und traurig ihrer Freiheit entgegen, denn ein Tag der angestrengtesten Arbeit hat ihre Füße gelähmt, ihre Arme zerschlagen, ihren Sinn verwirrt, und wie ein Alp reitet die Müdigkeit auf ihren armen Seelen. – Und nun die Männer und Frauen! Tiefer Ernst liegt auf ihren Gesichtern; und die Gesichter sind dunkel, schmutzig; nur hin und wieder hat ein voller, schwerer Schweißtropfen, der über Stirn und Wange rieselte, eine weiße Straße in das staubige Antlitz gefurcht. Die Männer sprechen miteinander – keiner sieht den andern dabei an, die Köpfe sind gesenkt, und die Augen starren auf das Pflaster der Gassen.

So wandern sie vorwärts. Vielleicht werfen sie einen Blick auf die Pracht der Kaufläden, in denen eben beim Glanz von tausend Lichtern alle Wunder der Industrie zu schimmern anfangen. O die prächtigen Tücher, die feinen Spitzen, die schweren Atlasstoffe! Wie das flimmert und blitzt! Und dort die goldenen Uhren, die silbernen Schüsseln und die weichen Sessel, und drei Schritte weiter: wie es dort dampft und duftet! Da nicken die gebratenen Tauben zum Fenster hinaus, und rechts und links freundliche Rinderkeulen und Enten und ander verstorbenes Federvieh bescheiden im Hintergrund, in reizenden Gruppen. O schmackhafte Welt! O du zerlumpter, hungriger Arbeiter! – Rasch schreitest du vorüber. Die seidenen Tücher wehen – nur nicht für dich. Die Schüsseln blitzen – nur nicht für dich! Und Tücher und Schüsseln hast du doch selbst geschaffen – und einer gebratenen Ente ist es einerlei, ob sie im Magen eines Schurken oder eines ehrlichen Mannes begraben wird.

Dort an der Straßenecke stockt plötzlich der Zug der Vorübergehenden. Die Vordern bleiben stehen; die Folgenden müssen ebenfalls halten, und bald stehen Männer, Weiber und Kinder in einem dichten Haufen zusammen.

Aller Augen richten sich nach einem Anschlagzettel, der von der Wand des nächsten Gebäudes herunterhängt.

Es wird sehr still in dem ganzen Kreise. Da, mit einem Male entsteht ein Murmeln. Der größte Teil der Arbeiter kann nicht lesen – die Gelehrteren teilen ihren Kameraden daher den Inhalt des Plakats mit. Das Murmeln wird immer lauter; Männer und Kinder sprechen durcheinander, die Weiber flüstern und machen bedenkliche Gesichter. Manche der Lauschenden setzen ihre Töpfe oder Körbe, in denen sie das Mittagessen, den Tee oder Kaffee mit sich führten, zur Erde; und hin und wieder ballt sich eine kräftige Hand zur drohenden Faust; auch die Augen werden lebendiger – sie blitzen, sie leuchten –, man sieht, die Leidenschaft zieht plötzlich in jede Brust ein – spät am Abend setzt sie die Geister jener Müden noch einmal in Flammen.

Wehe, wenn diese Geister erst zu vollem Bewußtsein erwachen! Es rollt ein düstrer Fluch von Mund zu Mund – dann ein Lachen – Zorn und Spott zuckt durch die bleichsten, die ältesten Gesichter – der Haufe stiebt auseinander. Wovon sprach wohl jener Anschlagzettel? –

Jackson machte ganz gewaltige Schritte. In Zeit von zehn Minuten hatten wir schon die dumpfige Stadt hinter uns. Die dumpfige Stadt! Ewig eingehüllt in den dichtesten Kohlendampf, so daß man eine halbe Meile von den ersten Häusern auch kein Dach bemerkt. Nur am Sonntag wird es plötzlich hell, oben über der Stadt; aber nicht in den hunderttausend Köpfen da unten!

(...)

Da standen wir vor der Schenke „Zur alten Hammelsschulter". In dieser Schenke hielten die Arbeiter eines gewissen Bezirkes der Grafschaft York ihr erstes diesjähriges Blumenfest.

Mit diesen Blumenfesten verhält es sich aber folgendermaßen.

Jeder Arbeiter, der aus dem Schmutz der Städte, aus dem Rauch der Fabriken, aus dem Dunst der Branntweinstuben – aber auch aus den Wogen einer Volksversammlung, aus der Wut einer Emeute* den zarten Sinn, die Liebe zu einer Blume rettete, sucht entweder neben seiner Wohnung oder in dem Garten irgendeines Freundes einen kleinen Platz, den er sorgfältig mit Hacke und Spaten bearbeitet, den er noch sorgfältiger düngt, den er mit Latten und Stöcken gegen alles Ungemach zu schützen sucht und dem er seinen teuer erkauften Blumensamen, seine Tulpen- oder Hyazinthenzwiebeln anvertraut.

Kommt dann der Frühling heran, so verständigen sich diese blumenliebenden Arbeiter über einen Tag, an dem sie sich gegenseitig mit dem Resultat ihrer Gartenkunst bekannt machen wollen. Für die erste Zusammenkunft wird gewöhnlich die Tulpe bestimmt, für die zweite die Ranunkel, für die dritte und letzte die Aster und Georgine. Außerdem zahlt jeder einen Schilling in eine gemeinschaftliche Kasse, aus der die vorkommenden Kosten wie Miete des Saales, worin die Blumen ausgestellt werden, Honorar für die Blumenrichter und andere Sachen bestritten werden. Den Rest des Geldes verwendet man zum Ankauf eines Geschenks für denjenigen, der die schönste Blume aufzuweisen hat. Diese Blumenausstellungen oder Blumenfeste werden in vielen Teilen Englands, namentlich aber in den nördlichen Provinzen jährlich dreimal von den Arbeitern gehalten. Sie stehen unter keiner höheren Protektion. Diese Blumenliebhaberei hat sich rein aus dem Volk entwickelt. Die Bourgeoisie weiß wie von so vielen andern Dingen nichts, so auch nichts von dieser poetischen Leidenschaft der Arbeiter. Wie könnte es auch einem respektablen Mann einfallen, sich in die „Alte Hammelsschulter" zu verirren!

In dieser Schenke hatte man einen Saal oben im Hause für den Tag gemietet. Das Zimmer war voller Menschen. Aber welche Menschen! Prächtige Kerle, in Schmutz, Staub und Lumpen gewickelt, und dann ein gewaschenes Gesicht und jetzt ein neuer Hut auf einem unternehmenden Kopfe und weiter ein paar Lenden und ein paar Fäuste und eine Brust, ein Schädel – ein Bursche, der dreißig Mann hintereinander niederboxen würde; aber auch recht verkommene Gesellen reckten sich in die Höhe; Leute, an denen die Not schon lange Zeit still genagt hatte, die vielleicht eben erst gesenkten Hauptes aus den Fabriken schlichen, wo sie zwölf Stunden gearbeitet, wo ihnen zwölf Stunden lang eine rasselnde Maschine das Jubellied der Industrie gesungen – und den eigenen Grabgesang.

Mochte der Staub ihrer Kleider, mochte die Furche auf mancher Stirn verraten, daß die ganze Gesellschaft dieser Blumengenossen eben nur Sklaven, arme Teufel, Gassenbuben und Lumpen waren – in dem Benehmen eines jeden, in der Art, wie sie miteinander sprachen, wie sie mir, dem Fremden, entgegentraten und mich bald freundlich, bald keck und herausfordernd anschauten, lag doch der Ausdruck jenes Bewußtseins, das einen Mann inmitten des gräßlichsten, aber unverschuldeten Elends, inmitten der tiefsten Verworfenheit trotz Staub und Fetzen zu einem Helden stempelt, jenes Bewußtsein der guten Fäuste, des guten Rechts und des unerschütterlichen Willens! – Und sind das nicht Helden, die vierzig, fünfzig, sechzig Jahre leben wie englische Arbeiter! Oh, wer beschreibt die Langmut des Volkes!

(...)

Die Sonne hatte sich inzwischen davongemacht, ein zartblauer Nebel flutete über die Berge. Da kam die Nacht, und im Saale der Blumenfreunde mußte man die Kerzen auf zwei alten Kronleuchtern anzünden. Als dann auch die Tulpen an die Frauen und Töchter der Anwesenden verschenkt und die Tische näher zusammengerückt waren, eröffnete der Kassaführer der Gesellschaft, daß nach Abzug aller gehabten Kosten noch soundso viel Münze vorrätig sei, die nach seiner bescheidenen Meinung nicht besser verwandt werden könne, als wenn man dafür einen kleinen Punsch bereiten lasse und diesen in dem neuen Kessel des allgemeinen Freundes und Siegers Jackson auf den Tisch bringe.

Diese Proposition wurde natürlich mit großer Stimmenmehrheit angenommen.

Man setzte sechs Gläser auf den Tisch, die stets aufs neue mit dem dampfenden Getränk gefüllt wurden und gleich der Reihe nach ausgetrunken werden mußten. Als die Reihe etwa zum zehnten Male an mich kam, flüsterte mir Jackson ins Ohr, es sei jetzt wohl Zeit, daß er mich an die frische Luft setze; und da ich nichts dagegen hatte, so war ich bald auf dem Heimweg.

In der Schenke „Zur alten Hammelsschulter" öffnete man aber die Fenster, denn die Nacht war gar zu köstlich. Die Sterne funkelten so lustig, als freuten sie sich über die armen kleinen Menschen da unten auf der Erde, über die Arbeiter in Yorkshire, die trotz aller Tyrannei dennoch so herrliche poetische Feste feiern.

(...)

Darin liegt denn auch ein Beweis, daß der Arbeiter neben seiner politischen Entwicklung noch einen Schatz von warmer Liebe für die Natur in seinem Herzen bewahrt hat, eine Liebe, welche die Quelle aller Poesie ist und die ihn einst in den Stand setzen wird, eine frische Literatur, eine neue, gewaltige Kunst durch die Welt zu führen.

* Aufstand, Erhebung

Der Kanonengießer

Die Hügel hingen rings voll Tau;
Da hat die Lerche gesungen.
Da hat geboren die arme Frau –
Geboren den armen Jungen.

Und als er sechzehn Jahre alt:
Da wurden die Arme strammer;
Da stand er in der Werkstatt bald
Mit Schurzfell und mit Hammer.

Da rannt er den Öfen in den Bauch
Mit schweren Eisenstangen,
Daß hell aus Schlacken und aus Rauch
Metallne Bäche sprangen!

Kanonen goß er – manches Stück!
Die brüllten auf allen Meeren;
Die brachten die Franzen ins Ungelück
Und mußten Indien verheeren.

Die warfen Kugeln, leidlich schwer,
Den Chinesen in die Rippen;
Die jauchzten Britanniens Ruhm daher
Mit eisernen Kehlen und Lippen!

Und immer goß der lustge Held
Die blitzenden Geschütze:
Bis ihm das Alter ein Bein gestellt,
Die Fäuste wenig nütze.

Und als sie versagten den Dienst zuletzt,
Da gab es kein Erbarmen:
Da ward er vor die Tür gesetzt
Wohl unter die Krüppel und Armen.

Er ging – die Brust so zornig weh,
Als ob sie der Donner durchgrollte
Von allen Mörsern, die er je
Hervor aus den Formen rollte.

Doch ruhig sprach er: „Nicht fern ist das,
Vermaledeite Sünder!
Da gießen wir uns zu *eignem* Spaß
Die Vierundzwanzigpfünder."